MATERIALIEN GESUCHT

- Kaufe folgende "links"-Ausgaben: April 71, August 71, Mai 72, Juni 72, SZ-München c/o Hochschulgruppe, Heßstr. 80, 8 München 40
- Thema: Internationaler Jugendaustausch (Vergleich kapitalistisch/sozialistische Länder) Uschi Sossalla, Bahrfeldstr. 7, 32 Hildesheim
- Graue Literatur über das rote Bologna bzw. Emilia-Romagna. J. Lange, Friesenstr. 11, 28 Bremen
- Wer kann mir "Psychologie Heute" Okt. 75/Juli 75/April 75 ausleihen? Leonardo Grundhöffer, Isenburg 15, 54 Koblenz 1
- Thema: Selbstorganisierte Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten - theoretische Einschätzungen und praktische Beispiele kollektiver Lebensformen. Kosten werden erstattet, Hans Haug, Reicheneckerstr. 39, 741 Reutlingen 17
- Thema: Landkommunenbewegung in den USA und BRD Andreas Wojak, Reuterstr. 43/44, 1 Berlin 44 und Axel Deprins, Alteburgstr. 13, 741 Reutlingen
- "Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit auf Jugendliche in FE/FEH" - Wer arbeitet im Raum Erlangen/Nürnberg an/in einem ähnlichen Projekt? Petra Rückert, Marloffsteinerstr. 19, 8521 Uttenreuth
- Thema: "Jugendwohnkollektive in der Fürsorgeerziehung" Christine Staffler, Reisenbergerstr. 18, A 5020 Salzburg/Österreich
- Thema: "Situation der Erzieher in Kinder- und Jugendheimen" Manfred Sälter, Erlenweg 4, 4531 Lotte

TERMINE

- 16.4. - 17.4. Sozialpolitisches Treffen für Gruppen im Raum Heidelberg; AG SPAK c/o Pinocchio, Plöck 71, 69 Heidelberg
- 29.4. - 1.5. Medienseminar (Foto-Plakat-Video) in Nürnberg
- 29.4. - 1.5. Therapeutische Wohngemeinschaften in Melle/Bielefeld
- 6.5. - 8.5. Jugendwohnkollektivtreffen in Ulmbach
- 13.5. - 15.5. Koordinationstreffen der Jugendzentren aus dem süddeutschen Raum in Heidelberg
- 18.5. - 22.5. Überregionale Tagung: Obdachlosenpolitik in der BRD in Roßdorf/Darmstadt
- 2o.5. - 22.5. Regionaltagung Nord: Auswirkungen des neuen Strafvollzugsgesetzes in Oldau
- 24.6. - 26.6. Regionaltagung Nord: für Psycho-Gruppen; Thema: Probleme der Zensur in Hamburg

  Für die Tagungen von Nürnberg - Hamburg gilt: Teilnehmerbeitrag DM 3o,--/5o % Fahrtkostenrückerstattung; Anmeldung: AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 Mü 80
- 1o.5. - 13.5. Tagung der Internationalen Gesellschaft f. Heimerziehung in Beutelsbach/Stuttgart; Thema: Geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen; Anmeldung: IFGH, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 6 Frankfurt
- 12.6. - 19.6. Erster Europäischer Kongreß für Spielplatzpädagogen in Hamburg; Nähere Informationen über Arbeiterwohlfahrt, Ollenhauerstr. 3, 53 Bonn

★

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

Schwerpunktthema: KINDERGARTENARBEIT



Ausserdem: Zensur bei den "bielefelder blätter" ★ Polizeieinsatz im Klever Hof ★ Jugendzentren koordinieren sich ★ Konflikt an der Ev. Fachhochschule Darmstadt ★ Russell-Tribunal über die Repression in der BRD ★ Kleinanzeigen

17

Offenbach im Juli 1977
Einfachnummer - Preis DM 5,--

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind. Der Info enthält neben einem Schwerpunktthema Darstellungen über die Organisationsmodelle und Basisaktivitäten sozialistischer Sozialarbeiter/-pädagogen, Erzieher etc., Kurzberichte, Informationen und Analysen aus dem Sozial- und Gewerkschaftsbereich sowie Materialien, Hinweise, Stellenangebote und Kleinanzeigen.

Neben dem Informationsdienst (erscheint viermal im Jahr) veröffentlichen wir in unregelmäßigen Abständen Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich.

Herausgeber: Sozialistisches Büro
Postfach 591, 605 Offenbach 4

Verleger: Verlag 2000 GmbH Offenbach

Erste Auflage: Juli 1977, 5000 Exemplare

Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postscheck: Frankfurt Nr. 61041 - 604

Preis: Einzelexemplar DM 5.--
bei Abnahme von mind. 10 Stück 20 % Rabatt
Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 40 % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Der Info kann auch im Abonnement bezogen werden. Bezugsgebühren für das Jahr 1977 (Heft 16 - 19) DM 15.-- u. DM 2.80 Versandkosten

Verantwortlich: Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach

Bilder und Karikaturen: Seite 15 aus Sozialmagazin 2/77; Seite 18 Wagenbach-Verlag Bd. 75; Seite 52 Kölner Volksblatt; Seite 60 ÖTV-Info Hamburg; Seite 79 edition staeck

Beilagen: Unterschriftenliste zur Unterstützung des Russell-Tribunals

Druck: hbo-druck, Einhausen

Info Sozialarbeit, Heft 17

INHALT

AUFRUF der Bertrand Russell Peace Foundation

Aus allen Teilen Westeuropas sind bei der Bertrand Russell-Foundation Appelle eingegangen, in denen eine internationale Untersuchung der Situation in der Bundesrepublik Deutschland gefordert wird. Diese Aufforderungen, die sich durch ihren Tatsachengehalt auszeichnen und die sowohl von Organisationen als auch von Individuen kommen, betreffen vor allem den sogenannten Radikalenerlaß, demzufolge bestimmten Staatsbürgern aus politischen Gründen die Ausübung ihres Berufs verwehrt wird. Diese Praxis ist international unter dem Wort "Berufsverbote" bekannt geworden. Ferner werden andere Angaben über den Abbau von Menschenrechten gemacht. Manche dieser Appelle stellen auch die Frage nach den Folgen dieser Praxis in der BRD für die gesamte europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für andere europäische Staaten. Viele der Appelle zitieren Gesetze und Statistiken der Bundesregierung und enthalten anderes dokumentarisches Material. In einigen Appellen finden sich Auszüge aus kritischen Stellungnahmen zur Politik der Bundesregierung, die in konservativen, liberalen und sozialistischen Presseorganen der USA und Westeuropas erschienen sind.

Die Russell-Foundation, die 1963 von Bertrand Russell ins Leben gerufen wurde, um seine Arbeit für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte weiter zu entwickeln, hat diese Appelle mehrere Monate lang sorgfältig geprüft. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß in der BRD eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Einschüchterung gekennzeichnet ist, und daß alle Umstände mit größter Sorgfalt untersucht werden sollten. 1966 berief Bertrand Russell das "Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam" ein, das weltweit als "Russell-Tribunal" bekannt wurde. Das zweite Russell-Tribunal hatte die "Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" zum Gegenstand. Diese internationalen Tribunale sind nicht mit staatlicher Gewalt ausgestattet. Ihre moralische Autorität beruht auf der Integrität ihrer Mitglieder, und ihre Urteile stützen sich auf das ihnen vorgelegte Beweismaterial.

auf diese Aufforderung positiv und ruft die Öffentlichkeit in der ganzen Welt auf, die Errichtung eines Russell-Tribunals zu unterstützen, nationale Unterstützungskomitees zu gründen, dazu beizutragen, die notwendigen Mittel für dieses Tribunal aufzubringen und wichtiges dokumentarisches Material zu sammeln, das einem Tribunal vorgelegt werden kann. Die Russell-Foundation betont, daß ein solches Tribunal nicht ohne massive Unterstützung der Öffentlichkeit veranstaltet werden kann; denn nur mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit können die nationalen Komitees getragen und kann die Arbeit eines Tribunals finanziert werden.

Russell Peace Foundation, Bertrand Russell House, Gamble Street, Nottingham NG 7 4 ET (Großbritannien)

Der Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation zur Einsetzung eines Russell-Tribunals über Unterdrückung in der BRD wurde im Februar 1977 bekanntgegeben. Inzwischen wurde ein vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals eingesetzt und für Oktober 1977 die Konstituierung der Jury angekündigt. Zur Verbreiterung der öffentlichen Resonanz und zur Aktivierung einer umfassenden Unterstützerbewegung für die Initiative Russell-Tribunal kommt es in den nächsten Wochen vor allem darauf an, möglichst viele Zustimmungserklärungen (Unterschriften) für diesen Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation zu sammeln. Der Aufruf bzw. die Initiative für ein Russell-Tribunal über Unterdrückung in der BRD wird neben vielen anderen unterstützt von Prof. Johannes Agnoli, Prof. Elmar Altvater, Dr. Bernt Armbruster (FDP-Stadtrat), Arnfried Astel (Schriftsteller), Prof. Bernhard Blanke, Prof. Ernst Bloch, Heinz Brandt (Journalist), Jens Brückner (Rechtsanwalt), Prof. Peter Brückner, Gerda Burckhardt (SPD-Stadträtin), Dr. Andreas Buro, Prof. Hansgeorg Conert, F.C. Delius (Schriftsteller), Prof. Frank Deppe, Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Rudi Dutschke, Prof. Fritz Eberhard, Prof. Walter Eder, Bernt Engelmann (Schriftsteller), Prof. Ossip K. Flechtheim, Kabarettgruppe Floh de Cologne, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Wilfried Gottschalch, Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Hans Heldmann (Rechtsanwalt), Willi Hoss (Betriebsrat), Prof. Joachim Hirsch, Prof. Urs Jaeggi, Prof. Egbert Jahn, Hannelore Jochum (SPD-Stadträtin), Yaak Karsunke (Schriftsteller), Alexander Kluge (Regisseur), Dr. Nils Kadritzke (Lektor), Hans Lietzmann (Bundesvorstand des LHV), Dr. Charlotte Maack (Publizistin), Jacob Moneta (Journalist), Marie Marcks (Grafikerin), Prof. Wolf-Dieter Narr, Prof. Oskar Negt, Prof. Claus Offe, Claus Peymann (Schauspieler), Sybille Plogstedt (Journalistin), Prof. Rolf Rendtorff, Jürgen Roth (Journalist), Prof. Jürgen Seifert, Prof. Ulrich Sonnemann, Willi Scherer (Betriebsrat), Prof. Eberhard Schmidt, Dr. Hannes Schwenger (Journalist), Prof. Theo Schiller, Peter Schneider (Schriftsteller), Hermann Treusch (Schauspieler), Klaus Vack (SB-Sekretär), Prof. Marie Veit, Dr. Klaus Wagenbach (Verleger), Prof. Uwe Wesel, Christian Ziewer (Filmregisseur), Gerhard Zwerenz (Schriftsteller).

Die Unterschriften zur Unterstützung des Aufrufs der Bertrand Russell Peace Foundation sollten möglichst bis zum 15. September 1977 abgegeben werden, und zwar an die Adresse: Sekretariat des Russell-Tribunals, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 3o.

Wolfgang Bode, Frankfurt

GEGEN DIE PRAXISFEINDLICHKEIT PÄDAGOGISCHER UTOPIEN – FÜR EINE PÄDAGOGISCHE PERSPEKTIVE UND EINE PERSPEKTIVISCHE POLITIK –

VORBEMERKUNG

Ich habe den folgenden Artikel geschrieben, um eine Diskussion einzuleiten, die mir längst überfällig zu sein scheint. In keinem Bereich ist es in den letzten Jahren so deutlich geworden wie im Erziehungs- und Bildungswesen, daß die undogmatische Linke den Faden verloren hat. Die anrollende Gegenreformation, die uns im wesentlichen erst noch bevorsteht, findet nur noch versprengte Häuflein vor.
Der Begründungszusammenhang, den ich am utopischen Charakter der zentralen linken Erziehungswerte wie Selbstbestimmung und Repressionsarmut entwickelt habe, wirkt in dieser geschichtlichen Situation vielleicht wie Ketzerei. Und viele Leser werden womöglich auch noch glauben, hier werde der Reaktion Vorschub geleistet, indem ich gegen die Kinderfreundlichkeit der Linken polemisiere.
Deshalb betone ich ausdrücklich, daß diese Kinderfreundlichkeit mit ihren utopischen Vorstellungen eine sehr weitreichende Sprengkraft beim Aufbrechen der Erziehungsinstitutionen und der erstarrten Fronten hatte. Die radikale Kritik und Selbstkritik richtet sich demgegenüber lediglich gegen die Verselbständigung der utopischen Elemente, die die Abwendung der Linken von der Erziehungswirklichkeit so nachhaltig gefördert hat.

Dieses Problem hat so konkrete Folgen, daß jeder Linke, wenn er im Erziehungs- und Bildungsbereich arbeitet oder selbst Kinder hat, davon nachhaltig betroffen ist. Ich nehme mich da nicht aus. Meine Erfahrung im Bereich der Universität, der Kinderladenbewegung, des Modellversuchs Kita 3000 und vieler Diskussionen und Aktionen mit Lehrern und Erzieherinnen hat mich gelehrt, daß Utopien, die nicht an der Praxis selbst anknüpfen, sie bereichern und perspektivisch sinnvoll in die Zukunft verlängern, zu guterletzt nur den Beweis hergeben, daß die Praxis schlecht ist und nichts taugt. Das heißt sie erschweren nicht nur die Entwicklung einer sozialistischen "Bewegung", sondern sie zersetzen sie geradezu in ihrem Kern. Denn diese Utopien schreiben nicht die praktische Tätigkeit als Veränderung der Umstände und derer, die die Umstände verändern, auf ihre Fahnen, sondern ihre ewige Wahrheit.

Sie sind zu einer undogmatischen Ideologie geworden. Das Leiden an der Praxis aber bleibt. Gerade die kinderfreundlichsten Linken müssen sich dann häufig genug gegen sinnlose Angriffe zur Wehr setzen und auf Scheingefechte um den Nachweis des Besitzes der Wahrheit einlassen. Die Erziehungspraxis kam und kommt dagegen zu kurz. Die Schärfe der Kritik muß also in Beziehung zu diesem Sachverhalt gesehen werden. Das ist keine Entschuldigung, sondern ein Vorwurf: Der linke Aberglaube, von dem was Erziehung und Bildung ist und sein

soll, ist zwar, so wie er hier beschrieben wird, undogmatisch aber zugleich von einer politisch isolierenden und für kritische Erziehung zerstörerischen Selbstgefälligkeit.

Das mag zwar wiederum zum großen Teil Ausdruck der politischen Isolation und der pädagogischen Hilflosigkeit sein, aber es hat zur Folge, daß die arbeitende Masse der professionellen Erzieherinnen und Lehrer nicht nur für diesen Aberglauben, sondern auch für viele andere vernünftige Anstöße und Anregungen von Linken kein Interesse aufbringen will . Wenn wir dafür kämpfen, daß Erziehungsprozesse nicht länger die Produktion von Tauschwerten (wie z.B. Autoritätshörigkeit) zum Ziel haben, dann müssen wir uns auch hüten, - so verführerisch einfach es ist - linke Tauschwerte (wie z.B. individuelle Selbstbestimmung) zum Erziehungsziel zu erklären. Dagegen ist es unsere Aufgabe, den Gebrauchswertcharakter der Erziehung weiterzuentwickeln. Damit haben wir schon längst angefangen; überall dort, wo wir versuchen, die Praxis zu verändern, ohne sie ideologisch beherrschen zu wollen.

1. LINKE KINDERFREUNDLICHKEIT

Seit die undogmatische Linke in der BRD ihr Herz für Randgruppen entdeckt hat, sind auch die Kinder mit dabei. Die Heimkampagne des SDS, die breite Strömung von Linken in die Schulen hinein und wieder heraus, die Kinderladenbewegung, die Schülerläden, Eltern-Kind-Gruppen, ganz zu schweigen von der pädagogischen Theoriebildung und der universitären theoretischen Ausbildung von Pädagogen, die jetzt in immer größeren Zahlen in den Arbeitslosenmarkt hineinströmen. Da war und ist einiges los. Aber was nützt das den Kindern?

Jeder Linke, der sich halbwegs ernst nimmt, hat auch ein Herz für Kinder, denkt er. Denn die werden in unserer Gesellschaft sowieso unterdrückt, weiß er. Und wo du auch hinsiehst: Die Eltern, Kindergärten und Schulen, Krippen, Heime und Horte, sie alle stehen in der breiten, bösen Front der Kinderfeinde. Ja selbst in Kinderläden und anderen autonomen Gruppen lassen sich immer wieder - wie durch eine Fügung des Schicksals - neue Kinderfeinde ausmachen.
Die Linke, so könnten wir sagen, hat es nahezu perfekt verstanden, die Kinderfrage um ihren sachlichen Inhalt zu erleichtern und dafür tüchtig zu ideologisieren, aber was bringt es, wenn wir das bejammern? Mal sind es die Unterschichtkinder, die so beschissen dran sind. Dann wieder werden die Mittelschichtkinder mindestens genauso repressiv erzogen. Da gibt es eine bunte Palette von Meinungen, Aberglauben, Erkenntnissen und Erfahrungen.

Der Faden ließe sich noch eine ganze Weile weiterspulen. Da gibt es die Diskussionen über die pädagogischen Institutionen, die Familie, die Entdeckung der "wahren" und der "falschen" Bedürfnisse. Zu guterletzt gipfeln wir in der Diskussion um Kinder überhaupt. Können wir es wagen, im Kapitalismus noch Kinder zu machen? Dürfen wir uns zutrauen, unter den leidvollen Verhältnissen, die diese Gesellschaft so mit sich bringt, sie auch noch erziehen zu wollen? Müssen wir nicht endlich den Mut aufbringen, die Realität kindlicher Bedürfnisse und Interessen und die ebenso unleugbar wirkliche Kinderfeindlichkeit anzuerkennen und jeglichen Erziehungsanspruch abschwören? Und was bedeutet das alles eigentlich?

Das wilde Ideologisieren der vielen linken Gruppen hilft da leider nicht weiter, denn nicht die Spaltung in noch so viele aufrichtige Gruppen und Sekten von linken Kinderfreunden wird das Kinderelend beseitigen.
Wenn wir uns auf die Kinderfrage einlassen wollen, kommen wir also nicht darum herum, zunächst einmal die verschiedenen Aspekte, die hier zum linken Knoten geknüpft wurden, wieder zu trennen und mal genauer zu betrachten.

2. ANTIAUTORITÄRE POLITIK

Die Betrachtung der spätkapitalistischen Gesellschaft als geschlossenem repressivem System hatte einmal die Frage nach der historischen Überwindung dieser Ordnung aufgeworfen. Die Gleichsetzung von autoritärem Staat und Faschismus hatte hingeleitet zur Faschismusanalyse Adornos und Horkheimers. So kam der 'autoritäre Charakter' ins Spiel. Und die Erfahrungen des persönlichen Leidens in der Klassengesellschaft verleiteten zu der Vorstellung einer subjektiven Befreiung durch die Abschaffung des autoritären Charakters. Dahinter stand zum einen die Vorstellung, die "unaufhaltsame" Faschisierung der Gesellschaft lasse sich nur durch die Erzeugung demokratischer, sozialistischer oder gar revolutionärer Persönlichkeiten verhindern. Und sie begründete Hoffnung auf eine Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche durch die Arbeit an den Subjekten der Geschichte, im Gegensatz zu den unveränderbar oder sogar notwendig repressiv erscheinenden objektiven Strukturen. Die Diskussion über die objektiven Möglichkeiten, die notwendigen und unverzichtbaren Ziele und die angemessenen und kämpferischen Mittel und Methoden bewegte sich an zwei gedanklichen Linien entlang: einer politisch-strategischen und einer pädagogisch-emanzipatorischen. Beide Linien müssen wir zunächst voneinander trennen, um das linke Interesse an Kindern besser zu verstehen.

Die Lehren aus der Wirklichkeit gewordenen Revolutionstheorie der Leninisten und die Erfahrungen mit der politisch-strategischen Hilflosigkeit der Reformisten hatte die Studentenbewegung motiviert, nach neuen effektiven und ermutigenden Revolutionskonzepten zu suchen. Als entscheidende Elemente der politischen Befreiung galten der Neuen Linken folgende Momente, die, wie wir gleich noch sehen werden, unmittelbare Auswirkungen auf ihre Erziehungsvorstellungen haben:

- imperatives Mandat und jederzeitige Abwählbarkeit von Mandatsträgern, um Verselbständigung und Bürokratisierung zu verhindern;
- Selbstbestimmung als aktiver Kampf gegen die Unterdrückung durch ökonomisch, politisch und sozial fremdbestimmende Sachzwänge;
- Erhaltung und Erweiterung von gesellschaftlichen Freiräumen für eine radikale Selbstbestimmung von Betroffenen;
- Verpflichtung jeder Erziehungstätigkeit auf die Bekämpfung autoritärer Charakterstrukturen und die Herstellung antiautoritärer, antikapitalistischer und antibürokratischer Persönlichkeitsstrukturen.

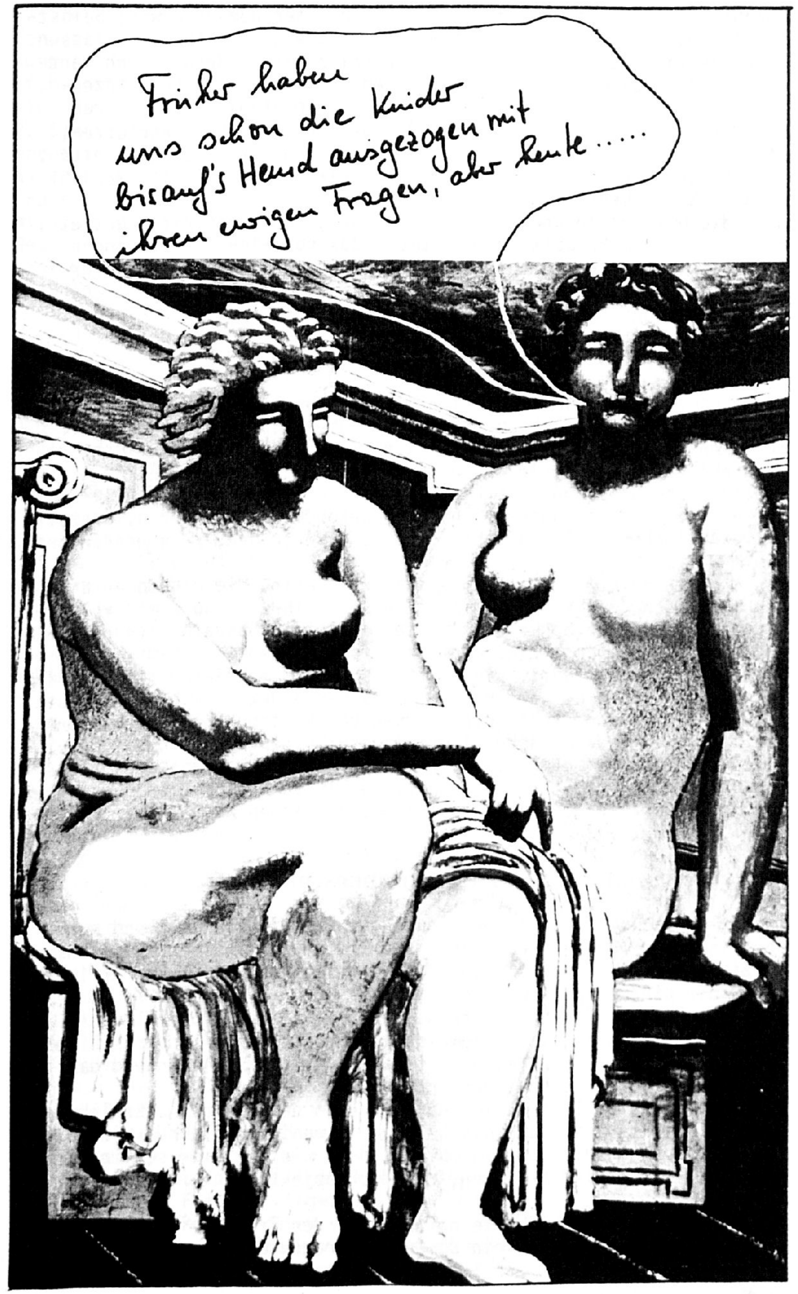
Für die Suche nach Erklärungsmustern der subjektiven Strukturen erschien die Psychoanalyse mit ihrer Sexualtrieblehre als Rettungsanker. Die Befriedigung unmittelbar spontaner Bedürfnisse wurde als objektiv und subjektiv befreiende Regelverletzung des gesellschaftlich verordneten Persönlichkeitskorsetts verstanden. Es ist kein linkes Wunder, welche Erziehungsvorstellungen sich auf diesem Hintergrund ausgebreitet haben.

3. PÄDAGOGISCHE VERWEIGERUNG

- Die Kinder müssen ihre "wahren" Bedürfnisse ausleben und durcharbeiten um zu entfalteten, widerspruchsfreien, handlungsfähigen und solidarischen Persönlichkeiten heranzureifen.
- Die Erwachsenen dürfen den Entwicklungsprozeß der Kinder nicht bewerten und anleiten, weil sie es gar nicht "richtig" können. Sie haben ja selbst nicht die Konfliktfähigkeit, die die Kinder sich aneignen sollen.
- Eine Eingrenzung der entwicklungsmäßigen Bedürfnisse, eine verbindliche Erwartung an das Verhalten des Kindes verhindern dessen freie Entfaltung und gelten daher bei noch so gutem Willen als objektiv kinderfeindlich und politisch reaktionär.
- Selbst unter bedrohlichen Umständen können Eingriffe Erwachsener, so notwendig sie erscheinen mögen, auf die Entfaltung der kindlichen Bedürfnisse nur als verstandes- und verständnisloser autoritärer Drill und Zwang zur Unterordnung unter die herrschenden Strukturen wirken, und müssen daher so weit wie irgend möglich hinausgeschoben werden.

Für die subjektive Befreiung aus den herrschenden gesellschaftlichen Zwängen wurde so die befreiende, möglichst spontane Tat zum unverzichtbaren Ziel. Und war man als Erwachsener aufgrund von Angepaßtheit, Verklemmung und psychischer Deformation schon nicht mehr absolut fähig, die Revolution zu beginnen, so hatte man als Linker doch alles dafür zu tun, daß die Kinder einmal unbehelligt und unbeschwert die absolute Emanzipation erreichen könnten.
Die antiquiert anmutende Erziehungswirklichkeit und die Hilflosigkeit und Ohnmachtserfahrungen emanzipatorischer Erziehungsversuche gegenüber der angeblichen "Geschlossenheit" des autoritären spätkapitalistischen Systems verleiteten zur Übertragung der politischen Emanzipationsvorstellungen in diese abenteuerliche pädagogische Ideologie.

Letztlich handelte es sich um eine pädagogische Verweigerung. Wie in der Politik die Partei nicht mehr als Avantgarde akzeptiert wurde, so sollte auch in der Erziehung das Prinzip von Führenden und Geführten fallen. Nach dem Motto: Die Kinder wissen selbst am besten, was gut für sie ist, wurde und wird das Heil der Erziehung in allen Spielarten sogenannter Selbstbestimmung der Kinder und Erwachsenen gesehen. Von der antiautoritären über die repressionsarme bis zur kindorientierten Erziehungseinstellung führte zwar ein weiter Weg. Aber genau besehen liegen alle Stationen dieses Weges auf einer - wenn auch nicht geradlinigen - und derselben Strecke.



Sowohl Kinder als auch Erwachsene wurden unter dem Stichwort Selbstbestimmung im schlechtesten Sinne des Wortes sich selbst überlassen. Eine überzeugende pädagogische Perspektive konnte daraus nicht entstehen; denn diese Vorstellungen waren zu kurzsichtig und konzeptionslos. Beispiel: Repressionsfreiheit. Die Utopie einer repressionsfreien Erziehung bedeutete, Repression an sich abzuschaffen, statt sie in Bezug auf pädagogische Ziele und Mittel zu bearbeiten. So entstand vor allem der eitle Wettstreit um das Etikett: WER IST AM WENIGSTEN REPRESSIV?
Auch die Umformulierung in repressionsarm, bedürfnisorientiert etc. half da nicht mehr weiter. Das Opfer, das so leicht zu erbringen schien, wirkte wie ein Bumerang. Die Preisgabe des Anspruchs der Kinder auf Erziehung leugnete das objektive Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Kindern. Die Repressionsfreiheit gipfelte in der Freiheit der Erwachsenen von der repressiven Verpflichtung auf Erziehungstätigkeit.

So haben zwar seit Jahr und Tag Tausende von kleinen Gruppen nach "dem" neuen Erziehungskonzept gesucht, aber ihre Erfolge waren immer dann am wenigsten fruchtbar, wenn die Suche sich nicht mehr direkt auf den Zweck ihrer Gruppentätigkeit bezog. Also z.B. wenn eine Kinderladengruppe über die kapitalistische Kinderfeindlichkeit im allgemeinen und die ödipale Phase im besonderen meditierte, anstatt die praktischen Ziele, die sie gemeinsam verbanden, zu benennen und zu verwirklichen.
Ein anderes Beispiel wäre das einer Erzieherin, die die momentanen Verhaltensschwierigkeiten eines Kindes in ihrer Gruppe mit vulgärpsychoanalytischen Sprüchen auf die verklemmte Sexualbeziehung dieser Eltern im besonderen und den "Terrorzusammenhang" Familie im allgemeinen zurückführt. Diese Art von negativer Zielbestimmung hat der pädagogischen Linken in hohem Maße geschadet. Sie hat bis heute zu keiner umfassenden Neuorientierung von Erziehung geführt. Aber sie hat einen pädagogischen Abgrenzungswahn hervorgebracht, der viele engagierte und mutige Einzelpersonen und Gruppen über Desorientierung, Mutlosigkeit und Verzweiflung bis zu Resignation, Sektierertum und Flucht in den Konservativismus getrieben hat.

4. DER LINKSPÄDAGOGISCHE GRUNDWIDERSPRUCH

Zunehmend hat sich die Tendenz durchgesetzt, kindliches Elend nur noch in seiner Unabwendbarkeit zu erklären und zu beklagen, anstatt es zielstrebig zu beseitigen. Das ist eine Art von linker Affirmation, die einen doppelten Sinn hat:

- einmal "befreit" sie von der Notwendigkeit, das Kinderelend in allen Details objektiv nachzuweisen und zu begreifen; denn schließlich wissen wir ja alle, daß wir im Kapitalismus leben und daß das schlecht für die Kinder ist, und
- andererseits entlastet sie subjektiv von dem Anspruch, Erziehung als Linker besser - und das heißt doch wenigstens kinderfreundlicher - gestalten können zu müssen; denn wie soll man schließlich subjektiv ein Kind befreien, das doch objektiv unterdrückt ist?

Auf diese und ähnliche Weise hat sich in der Praxis eine pädagogische Linke gebildet, die ein doppelter Grundwiderspruch durchzieht:

1. Sie ist angetreten, die jahrhundertealte Hoffnung auf eine Veränderung der Gesellschaft durch eine natürlichere, kindgerechte Erziehung nun endlich wirklich einzulösen. Aber sie betrachtet jede Erziehungstätigkeit am Kind als Unterdrückung desselben und sperrt sich damit gegen die Verwirklichung ihres Anspruchs.
2. Sie begreift Erziehung heute als geprägt durch den Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit, aber sie sucht sich beständig diesem Widerspruch pädagogisch zu entziehen und schreibt die von Erziehung freie Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit auf ihre Fahnen. Damit verwirft sie ihren Anspruch auf die wirkliche Veränderung der Gesellschaft durch wirksame Erziehung und flüchtet sich in die unhistorische und unpolitische Scheinfreiheit einer erziehungslosen Gesellschaft.

5. FALSCHE FRAGEN UND FALSCHE ANTWORTEN

Ich brauche hoffentlich nicht weiter fortzufahren, um zu zeigen, daß es die falsche Fragestellung ist, die so viel Verwirrung stiftet. Individuelle Entfaltung der Persönlichkeit und kollektive Emanzipation aus der Lohnarbeit müssen wir als eine Einheit verstehen. Ebensowenig wie die politische Revolution verstanden werden kann als Freiheit von der Politik, kann die pädagogische Emanzipation sich die Freiheit von der Erziehung zum Ziel setzen. Es handelt sich dabei nicht nur um ein völlig unhistorisches Verständnis von Politik, sondern auch um einen idealistischen ja zuweilen arg romantisch-sehnsüchtigen Begriff von Freiheit. Als ob wir die geschichtliche Entwicklung an diesem Punkt anhalten könnten wie einen Schnellzug, indem wir die Notbremse ziehen, um dann zu sagen: wir machen nicht mehr mit, wir steigen aus, wir verlassen die Verhältnisse. Das führt dann immer nur dazu, daß wir uns nicht mehr zu den Verhältnissen, aber diese sich sehr wohl zu uns verhalten. Und dafür gibt es aus der linken Erziehungsecke sehr viele Beispiele, von denen ich hier nur eines wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung aufgreife.

Beispiel: Kleinfamilie
Es wurde z.B. gefragt: warum macht die Arbeiterklasse keine Revolution? Wer hindert sie daran? Wie können wir das verhindern?
Mit der Aufgabe, die subjektiven Strukturen umzuwälzen, stieß die Protestbewegung notwendigerweise auf die Schwierigkeit, daß die Menschen sich nicht einfach mal so eben umkrempeln lassen. Die subjektiven Strukturen entstehen in einem bestimmten Umgang mit objektiven Realitäten. Weil aber diese Bewegung die sogenannten Subjekte als durch die Verhältnisse determiniert begriff und also zu Objekten mit mindestens falschem Bewußtsein degradierte, ging sie implizit stets davon aus, daß die Veränderung der Subjekte in der Veränderung der unmittelbaren Verhältnisse bestehe, in denen sie sich bewegen.
Also war die Familie an allem schuld.
Zweckmäßiger wäre es
ins Detail zu gehen und danach zu suchen, wie die Entwicklungsmöglichkeiten der Familie denn nun praktisch aussehen und welche Widersprüche hier zutage treten. Also warum müssen sich so viele Kinder in "ihrer" Familie eingezwängt fühlen? Welche Einflüsse sind es, die die Erziehungsabsichten von Eltern, Erzieherinnen und Lehrern immer wieder zunichte machen? Wo können Kinder sich Handlungsfähigkeit und Solidarität abgucken und aneignen? usw., usw.

Stattdessen haben
die falschen Fragen zu falschen Antworten geführt. Sollte der objektive kleine Unterschied zwischen Erwachsenen und Kindern verschwinden, so mußte logischerweise die Familie wie jedes andere personale Erziehungsverhältnis geleugnet und 'abgeschafft' werden. Die Familie wurde auf die plattesten Arten als direkte Instanz des Kapitals zur Integration der Ware Arbeitskraft ins System beschrieben. Die Familie war der institutionalisierte Terrorzusammenhang, der Ödipuskomplex ein Inbegriff der familialen Sexualunterdrückung. Die einen glauben noch heute, daß das Kinderelend im angeblichen Erziehungswahn der Erwachsenen bestünde, die anderen schwören auf deren objektives Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber den Kindern. Wie dem nun auch im einzelnen sei, einig war und ist man sich in der Grundidee, daß die Klassengesellschaft eine ihrer Wurzeln in der Unterdrückung der Kinder durch ihre Eltern festmacht und nichts schien leichter, als mit der "radikalen" Negation dieses Wunschbildes die Kinder der Lohnabhängigen ihrer Drangsalierung durch die herrschende Elternklasse zu entziehen.

Dabei handelt es sich aber lediglich um eine scheinbare Radikalität. Die Wurzeln des Übels werden nicht wirklich gezogen, weil es gar nicht möglich ist, sie so zu ziehen. Die Kinder bleiben in ihren Familien, aber jeder kinderfreundliche Linke kann sich damit trösten, wie gut es die Kinder doch haben könnten und wieviel besser sie zu erziehen wären, wenn:

- sie nicht dem 'Familienterror' ausgeliefert wären,
- es selbstbestimmte sozialistische Kinderkollektive gäbe,
- die Erwachsenen endlich ihren bürgerlichen Erziehungseinstellungen abschwören würden, etc.

Hier zeigt sich wieder sehr deutlich, daß die linken pädagogischen Utopien mehr versprechen, als sie halten können, d.h. als mit ihnen erreichbar ist. Sie sind auf dem langen Marsch zur pädagogischen Praxis steckengeblieben. Von der Gegenreformbewegung können die Utopisten umso leichter neutralisiert werden, je weniger überzeugende und zielstrebige Erziehungsarbeit sie vorzuweisen hatten und haben. Und unnötigerweise warfen und werfen auch noch viele "freiwillig" das, was sie angefangen haben, zu schnell wieder hin, weil sie selbst nicht daran glauben, daß es einen Sinn hat.
Die Befreiung aus diesem politischen Elend wird durch den Glauben an einen pädagogischen Grundwiderspruch zwischen Erwachsenen und Kindern nicht leichter, sondern unendlich viel schwerer.

Gegenüber den tatsächlich vorhandenen politischen Kräfteverhältnissen erscheint jede erzieherische Anstrengung, gemessen an den genannten Ansprüchen, als absurd in der Praxis und theoretisch auf dem Holzweg. Eine pädagogische Linke, die sich darauf beschränkt, ein kinderfreundliches Gesicht zu zeigen, indem sie sich weigert, ihre erzieherische Funktion von den Lohnarbeiterinteressen her auszufüllen und auszuführen, ist also so kinderfreundlich nicht, wie sie es gern sein möchte. Denn der passive Traum von der Selbstbestimmung versetzt Kinder und Erwachsene leider gerade nicht in die Lage, sich in ihren Lebenssituationen mutiger zu bewegen und sie durch eigene Aktivität umzugestalten. Solange das so ist, riechen die linken Familienideologien nur nach der Rechtfertigung pädagogischer Hilflosigkeit.

6. JÜRGEN

Ein 5-jähriger Junge (Jürgen) besucht einen Kinderladen. Vater und Mutter haben sich getrennt, als er 3 Jahre alt war. Sein Bruder lebt beim Vater, Jürgen bei der Mutter. Sie macht das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nach, bekommt finanzielle Unterstützung vom geschiedenen Mann und jobbt für den Rest. Mutter und Sohn sind seit der Scheidung bereits öfters umgezogen. Zur Zeit suchen sie eine "Frau mit Kind", die zu ihnen in die Wohnung ziehen soll.
Die Mutter spricht gegenüber Freunden immer wieder aus, daß sie sich mit der Erziehung überfordert fühlt. Sie fühlt sich Jürgen nicht gewachsen und gibt ihn daher in unregelmäßigen Abständen zu ihren Eltern. Das bereitet ihr aber ein schlechtes Gewissen. Sie möchte, daß Jürgen glücklich ist und fühlt sich als Versagerin. Sie sagt offen, daß ihr das Kind zuviel ist.

Jürgen macht einen unzufriedenen, ruhelosen Eindruck. In der Kindergruppe sucht er ständig die "Machtprobe". Obwohl er motorisch nicht sehr geschickt ist, erklärt er sich beharrlich zum Stärksten.
Die Spielangebote der Bezugsperson ignoriert er und tobt lieber stundenlang herum. Er ist gern Bandenchef und kommandiert. Alle anderen Kinder haben Angst vor ihm, weil er sehr wild und machmal unberechenbar ist. Morgens bringen die Kinder ihm Süßigkeiten mit in den Kinderladen und schenken sie ihm. Dann fragen sie: darf ich heute Dein Freund sein? Wer seinen Anweisungen nicht folgt, wird von Jürgen bedroht und manchmal geschlagen.
Alle Beteiligten fühlen sich ohnmächtig und hilflos. Die Mutter möchte entlastet werden, aber die Probleme wachsen täglich an. Die Bezugsperson möchte, daß Jürgen in die Gruppe integriert wird, aber er wird immer aggressiver. Die Eltern der anderen Kinder sind unterschiedlicher Meinung.

Allmählich bekommt die Mutter Angst, Jürgen sei verhaltensgestört und werde in der Grundschule Schwierigkeiten bekommen. Sie überlegt, ob Jürgen nicht besser in eine andere Kindergruppe gehen soll. Die Bezugsperson hat Angst vor Jürgens Wutausbrüchen und versucht, Konflikte zu vermeiden, damit er die anderen Kinder in Ruhe läßt. Ihr werden die Schwierigkeiten mit Jürgen langsam zuviel, und sie drängt die Mutter, etwas zu unternehmen, damit Jürgen sich ändert. Die Kinder fühlen sich in ihrer Gruppe unwohl und sagen immer öfter, daß sie nicht in den Kinderladen gehen wollen. Jürgen führt mit ihnen ein strenges Kommando. Sie tun alles, um sich von seiner Aggressivität wenigstens vorübergehend freizukaufen.
Das Beispiel stammt aus dem Kinderladenalltag und ist hier nur etwas zugespitzt wiedergegeben, um zu zeigen, wie schlecht es eben auch von links um Kinder bestellt sein kann und teilweise auch ist.

7. FREIHEIT WOVON UND FREIHEIT WOFÜR?

Eines wird an diesem Beispiel sofort klar: außer Jürgen und der Kindergruppe haben alle - also die Erwachsenen - die Möglichkeit, sich über ihre Ängste und Enttäuschungen mit politischen Redensarten hinwegzutrösten. Das Problem Jürgen bleibt schließlich an der Mutter hängen. Geht sie mit ihm zur Erziehungsberatung oder zum Psychologen, so erbringt sie damit in aller Augen den Beweis, daß die Kinder in

der Familie kaputt gemacht werden, wofür Jürgen dann eben ein besonders deutliches Beispiel ist. Gibt sie Jürgen in einen traditionell geführten Kindergarten, so beweist sie damit, daß sie eben nicht bereit ist, Jürgen frei zu erziehen. Unternimmt sie aber gar nichts, so muß sie mit immer stärkeren Aggressionen der übrigen Eltern und der Bezugsperson rechnen, die es ihr selbst immer schwerer machen werden, Jürgen in dieser Gruppe zu lassen.

Dabei ist es keineswegs so, daß sie nur die Angst vor der Kritik der anderen lähmt. Sondern sie befürchtet am allermeisten, daß daran etwas wahres sein könnte. Daß sie unter Umständen wirklich zu dumm, zu unsicher, zu verklemmt oder zu bürgerlich sei, um Jürgen freiheitlich erziehen zu können.
In dieser Erziehungsnotlage, in der sie nicht mehr weiß, was sie tun soll, wird besonders anschaulich, wie verheerend sich die Ziele "Repressionsfreiheit" und "Selbstbestimmung" für sie selbst und für Jürgen auswirken. Schließlich taucht dann noch die zynische Argumentation auf, die Aggressivität müsse man Jürgen doch zugestehen, das sei doch sein Bedürfnis, und darauf habe er schließlich ein Recht, in seiner beschissenen Lage. So schließt sich endgültig der Kreis pädagogischer Verweigerung und politischen Versagens.

Beispielhaft ist hieran, wie aus den utopischen Zielen, in der Praxis weitgehend unbegriffen, Mittel der Erziehung geworden sind, oder besser gesagt, Mittel der Nicht-Erziehung. Dabei sind die eigentümlichsten Motive daran beteiligt und es wäre für die Praxis sehr förderlich, wenn Linke es möglich machen, über Motivationen unbefangener zu sprechen. Das Gegenteil ist meistens der Fall. Repressionsarmut und Selbstbestimmung werden nicht im konkreten Zusammenhang besprochen,sondern es wird so damit umgegangen, als seien es Werte, die an sich angestrebt und verwirklicht werden müssen. Sie erscheinen dann als selbstverständliche aber vorgegebene Werte. Das heißt nichts anderes, als daß sich diese Utopien verselbständigt haben und für die praktische Erziehungsarbeit nicht mehr viel hergeben.
Am Beispiel bedeutet es, daß nun jeder wesentliche Eingriffe in Jürgens Situation als repressiv, autoritär und "bürgerlich" erscheint. Die Ziele regen die Praxis nicht mehr an. Sie bewirken keinen Anstoß als den, beweisen zu wollen, daß letztlich eben Erziehung überhaupt repressiv ist und alles was man macht, gegen die Kinder wirken muß. Also ist es am besten, sich vornehm zurückzuhalten und der Praxis ihren Lauf zu lassen.
Jeder, der sich in solchen und ähnlichen Situationen bemüht hat, zur Sache zu kommen und gemeinsame Maßnahmen zur Unterstützung der vielen Jürgen und ihrer Mütter anzuregen, hat mehr oder weniger deutlich in der Praxis erfahren, wie ernst die linke "Kinderfreundlichkeit" genommen werden muß. Denn solche Personen werden immer wieder der logischen Unvernunft folgend, als unzuverlässige Zweifler, als bürgerliche Abweichler und autoritäre Charaktere "entlarvt".

Das Ergebnis solcher Anfeindungen, die permanente Selbstzerfleischung hat ihren Sinn. Die Besinnung auf die Praxis wird verhindert. Die undogmatischen Kinderfreunde erringen so einen Sieg nach dem anderen, während in der Praxis alles beim alten bleibt. In ihrer Praxis allerdings nicht. Sie wird auf den Kopf gestellt und ein historisch bisher unvorstellbarer Totalitarismus der "undogmatischen" Utopie feiert fröhliche Urständ. Das ist das eigentlich Neue an dieser kinderfreundlichen Linken: daß aus einer undogmatischen, utopischen Theorie eine so dogmatisch ideologische Praxis entstehen kann. Und zwar nur deshalb, weil es ihr bis heute nicht gelungen ist, die Befreiung jedes individuellen Kindes und Erwachsenen in die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen hineinzudenken und also praktisch von den Erziehungssituationen auszugehen, die wir vorfinden.

Dieses Dilemma reicht politisch weit über das Spektrum linker Pädagogik hinaus. Aber sie befindet sich in einer besonders schwierigen Lage. Die linken Pädagogen haben sich und den Kindern eine weitreichende Freiheit von historisch überholten Erziehungsvorstellungen, von Moral, Anständigkeit und allen traditionellen Werten "erkämpft". Aber es ist ihnen nicht gelungen, an deren Stelle neue Erziehungsziele und Werte zu setzen, für die es sich zu leben, zu arbeiten und zu erziehen lohnt.
Was uns zusammenhalten läßt, ist die Sorge, anderswo könnte es den Kindern schlechter gehen, könnten wir als Eltern, Bezugspersonen, Lehrer oder Sozialarbeiter weniger Einfluß auf die Erziehung nehmen, könnten die Kinder weniger frei oder sogar unterdrückt sein. Aber was uns fehlt, und weswegen wir uns ständig in der Praxis auseinandertreiben lassen, ist eine gemeinsame Perspektive, wie der Kampf um die Befreiung der Kinder hier und heute von uns selbst geführt werden kann und wohin er führen soll.
Nur solch eine praktische Perspektive, die sich von ideologischen Verführungen nicht beeindrucken läßt, wird allen unseren einzelnen praktischen Schritten und Anstrengungen die notwendige Zielrichtung zeigen und uns selbst die Motivation und Kraft geben, unsere Zukunft und unsere Gegenwart, unsere Arbeit und unser persönliches Leben, unsere Pädagogik und unsere Politik zu entwickeln. Aber die Erarbeitung dieser Perspektive hängt von der Praxis ab, die sie anleiten soll, und an der sie auch überprüft werden muß.

8. FÜR EINE PÄDAGOGISCHE PERSPEKTIVE ...

Solch ein Ziel liegt heute in anscheinend unerreichbarer Ferne gerade für diejenigen Linken, die sich tagtäglich und überall mit dem Kinderelend herumschlagen. Und das liegt auch und gerade leider an den anderen "Linken", die das Elend nur noch aktualisieren, indem sie ihre Hoffnungen auf eine rote Zukunft beschwörend vor sich her tragen, ohne Auswege aus dem Erziehungsnotstand, in dem wir stecken, zu kennen, geschweige denn daran zu arbeiten.

Die linkspädagogischen Märchen (wie z.B. das von der reibungslos programmierten Erziehungsmaschine Kapitalismus) haben ihre Beweiskraft in der Praxis völlig verloren, man kann nur noch daran glauben. Aber sie verleiten - wie ein linkes Gebetbuch - immer wieder dazu, die pädagogische Hilflosigkeit von Eltern, die Arbeitsüberlastung von Erzieherinnen und Lehrern, die theoretische Verunsicherung von graduierten und diplomierten Pädagogen als unvermeidbares und nun schon fast "natürliches" Schicksal der Erziehung in der Klassengesellschaft hinzunehmen.

Auf diese Weise haben uns die Utopien in die Sackgasse geführt. Wir müssen uns daher entscheiden, ob wir an der Ideologie festhalten oder die Erziehungsarbeit und die Arbeit an der Erziehung wieder in die Hand nehmen wollen.

Auf der anderen Seite steht dem Kinderelend ein breites Interesse an neuen pädagogischen Theorien, Wertvorstellungen, Erfahrungen und Rezepten derjenigen gegenüber, die als Lohnarbeiter den Auftrag haben, die Erziehungstätigkeiten zu gestalten. Dieses Interesse stammt eben nicht aus der Tatsache, daß Erziehungsarbeiter als Lohnarbeiter zur Gleichgültigkeit verdammt sind, wie inzwischen schon wieder ein heimliches Dogma der undogmatischen Linken verkündet. Sondern es stammt aus der Identifikation mit ihrer Tätigkeit bei gleichzeitiger Hilflosigkeit in der komplizierten Praxis. Es entspringt aus der permanenten Ohnmacht gegenüber den in der privaten und öffentlichen Erziehung mit verheerender Geschwindigkeit anwachsenden Erziehungsnöten, - problemen und -katastrophen. Es ist der Wirkungslosigkeit der traditionellen Erziehungsziele und Erziehungsmittel zu verdanken, daß das Kinderelend in seinen vielfältigen konkreten Erscheinungsformen in zunehmendem Maße von denen erkannt wird, die mit Kindern zu tun haben. Wenn sie die Identifikation mit ihrer Tätigkeit aber anfällig macht für die Resignation, so ist eine linke Pädagogik und Politik, die darauf ihr undogmatisch ideologisches Süppchen zu kochen versucht, an Zynismus nicht zu überbieten.

In diesem Zusammenhang sei auf einen Ansatz einer Gruppe hingewiesen, die sich nun wirklich auf die Praxis der Erziehung als Sinn und Zweck ihres Handelns besonnen hat. Es ist die Initiativgruppe Kindertagesstätten Rhein-Main. (siehe Seite 53)

9. ...UND FÜR EINE PERSPEKTIVISCHE POLITIK

Eine pädagogische Linke muß sich heute wieder darauf besinnen, daß die Veränderung der Verhältnisse nicht als Veränderung subjektiver Strukturen und als Befreiung von Erziehung gelingen kann. Diese Wunschträume führen uns mit Notwendigkeit in die pädagogische und politische Resignation, wenn wir nicht begreifen, daß die Veränderung der Subjekte stattfindet in der Umwälzung der objektiven Verhältnisse, in denen wir uns bewegen und die Kinder erziehen. Die Befreiung der Kinder besteht erst einmal darin, daß die Verhältnisse kindgerechter und Erziehung wieder möglich wird. Dafür gibt es mehr konkrete Ansatzpunkte als sich in diesem Zusammenhang aufzählen läßt.

Im Bereich öffentlicher Erziehung geht es im Kern immer wieder um materielle Bedingungen, wie z.B. den Ausbau von Planstellen, Praxisberatung, Ausstattung der Einrichtungen, aber ebenso um die inhaltliche Gestaltung der Aus- und Fortbildung, die Entwicklung von produktiven Kooperationsformen, die Durchführung von Elternarbeit und vieles mehr. Das heißt, unsere Aufgabe ist es gerade, den Kampf zu führen für eine Erhöhung des pädagogischen Gebrauchswertes der vielen zersplitterten erzieherischen Tätigkeiten, anstatt ihn zu verweigern.

Im Bereich privater Erziehung geht es heute vor allem darum, den lohnabhängigen Eltern mehr materielle Möglichkeiten für ihre Erziehungs-

tätigkeiten in die Hände zu geben, indem sie z.B. vorübergehend und teilweise vom Arbeitsprozeß hierfür freigestellt werden, und sie ideell für ihre Erziehungsaufgaben zu befähigen. Die Erziehungsmöglichkeiten von Eltern zu verbessern, heißt aber zugleich, sie von Bildungs- und Erziehungsarbeit zu entlasten, die sie heute gar nicht mehr wirksam wahrnehmen können, und den Bereich öffentlicher Erziehung endlich von seiner gesellschaftlichen Rückständigkeit zu befreien.

Wenn Eltern ihre Kinder terrorisieren, und Kinder ihre Eltern, so nur deshalb und solange, wie sie von der Gesellschaft gezwungen werden, und sich zwingen lassen, Erziehungsprobleme als privates Schicksal und als notwendige Folge von persönlicher Unfähigkeit hinzunehmen.
Die utopische Besserwisserei drückt meistens nur eine Berührungsangst der Linken vor der Fülle von Schwierigkeiten im privaten Erziehungsalltag aus. Und in den gesellschaftlich geschaffenen Erziehungsinstitutionen bewegen und verhalten sich Linke sehr häufig so, als würden sie zu Verrätern an der "Idee", wenn sie auf der Basis vorgefundener Arbeits- und Erziehungsbedingungen zu handeln beginnen.



Eine pädagogische Linke wird es nur geben, wenn die linken Pädagogen es sich zur Aufgabe machen, die Kinderfrage nicht mehr ideologisch, sondern sachlich zu stellen und in Angriff zu nehmen. Nur dadurch können die sagenumwobenen Klassenwidersprüche im Erziehungs- und Bildungsbereich aus den verwirrenden Erscheinungen des Alltags nach und nach herausgeschält werden. Wer sich lieber schon heute auf Wahrheiten stützen will, die noch gar nicht erarbeitet sind, der lasse sich von der Geschichte der Arbeiterbewegung warnen:
Ideologien, die der pädagogischen Arbeit und dem politischen Engagement äußerlich wie ein Stempel aufgedrückt werden, mögen vielleicht individuell das schlechte Gewissen angesichts der schlimmen Verhältnisse ein wenig beruhigen, aber sie verändern nichts. Sie zementieren die gesellschaftliche Trennung von Theorie und Praxis anstatt sie in Bewegung zu bringen und deshalb bleiben sie hinter der gesellschaftlichen Entwicklung mit laut wütender Ohnmacht zurück, ohne Einfluß auf sie zu nehmen. Und wohin das pädagogisch und politisch führen kann, das wissen wir doch wenigstens schon aus der Vergangenheit.



Gundel Lohmann-Pabst, Schwalbach

WIR FRAUEN ALS ERZIEHERINNEN
– ROLLENVERHALTEN UND KINDERGARTENIDEOLOGIE –

Wir sitzen an kleinen Stühlen, an niedrigen Tischen, kauern, hocken, bücken uns herab in Güte, in Ermahnung, in Belehrung, im Zuhören - wir kennen das alles und wir machen das seit Jahren, unser Geschlecht macht es seit Jahrzehnten.
Wir kümmern uns um die Kinder!
Aber wie kümmern wir uns um die Kinder, und wer kümmert sich um uns, d.h. um das, was wir da tagtäglich machen?
"Wir sind doch hier nicht im Kindergarten!", so schimpft man mit Schulkindern, oder Erwachsene bezichtigen sich dessen, um deutlich zu machen, daß man sich an einem wesentlich ernsteren Ort befindet, als eben im Kindergarten.
Aber was ist denn eigentlich ein Kindergarten?
Wenn wir Glück hatten (oder auch Pech!) erinnern wir uns dunkel an eigene Kindergartenzeit: viele kleine Kinder mit Schürzchen, die sich an der Hand fassen und Kreis- oder Singspiele absolvieren, dazwischen in weißer Schürze die Tante, die die Macht und das Sagen hat, die lieb sein, aber auch furchtbar rumschimpfen kann.
Ähnlichkeiten mit heute? Vielleicht - in jedem Falle hat sich etwas geändert, aber was?

BESCHREIBUNG EINES "NORMALEN" KINDERGARTENS

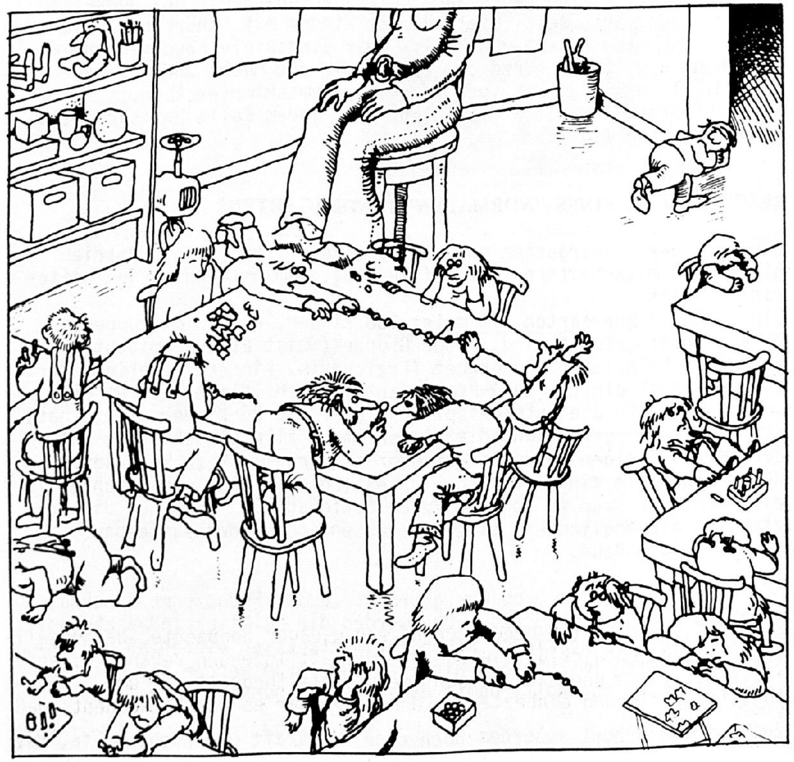
Ein heutiger Kindergarten oder Kindertagesstätte ist ein Betrieb mit 2 - 10 Mitarbeitern (Teilzeitkräfte), dem gemeinhin eine Leiterin vorsteht.
Ein großer Kindergarten hat meist 100 Kinder, die in 4 Gruppen à 25 Kinder eingeteilt sind. Jeder Gruppe (meist altersgemischt) ist eine Gruppenleiterin zugeordnet (Erzieherin, Kinderpflegerin), der manchmal noch ein(e) (Vor)-Praktikant(in) behilflich ist. Da die Gruppenleiterin die Aufsichtspflicht über die 25 Kinder allein hat, ist sie formal gezwungen, die Kinder immer alle gleichzeitig entweder im (zu kleinen) Gruppenraum oder im Garten/Hof zu betreuen. Weder haben die Kinder die Möglichkeit, einmal ganz unbeobachtet in einem anderen Raum zu spielen (z.B. Doktorspiel), noch hat die Erzieherin die Möglichkeit einer kurzen entspannenden Kaffeepause in einem ruhigen Raum.

Die Kinder werden um 8.oo Uhr gebracht (außer Frühdienst manchmal schon ab 7.oo Uhr), um 12.oo Uhr werden die Halbtagskinder abgeholt, während die Ganztagskinder schon ihr Mittagessen einnehmen und anschließend sich im Ruheraum hinlegen. Um 16.3o werden die meisten Ganztagskinder abgeholt, damit das Personal pünktlich um 17.oo gehen kann.
Zum Betrieb gehört außerdem noch eine Putzkraft und Küchenhilfe, die

in großen Einrichtungen ganztags anwesend ist und somit auch den Erziehungsprozeß mit beeinflußt.

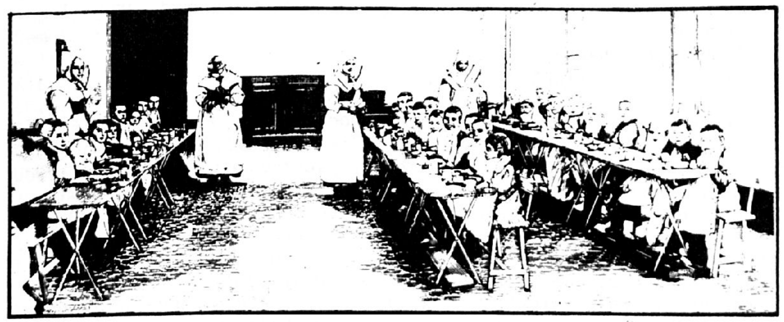
Die Leiterin in einem Kindergarten von 3 und mehr Gruppen ist vom Gruppendienst freigestellt, d.h. sie betreut keine "eigene" Gruppe, sondern nur im Vertretungsfall. Ansonsten garantiert sie durch ihre Tätigkeit einen reibungslosen organisatorischen Ablauf im Kindergarten, betreut die Mitarbeiter pädagogisch, hält den Kontakt zu den Eltern, zur Schule, zum Träger und der übrigen Öffentlichkeit.
Im allgemeinen arbeitet jede Ganztagskraft im Kindergarten 7 Stunden (!) mit den Kindern und hat eine Stunde Vorbereitungszeit pro Tag. Das ist das äußere Korsett und beschreibt nur die Bedingungen, unter denen die meisten Erzieherinnen arbeiten. Man muß diese Bedingungen kennen, um die Frage, wie wir uns um die Kinder kümmern, adäquat und hoffentlich solidarisch beantworten zu können.

Eines ist klar: wir nehmen Einfluß auf die Kinder; und je bewußter wir diesen Einfluß ausüben wollen, desto kritischer müssen wir uns damit auseinandersetzen, was traditionell die Kleinkindpädagogik beinhaltet und was wir aus unserer eigenen Kindheit für pädagogische Werte in uns herumschleppen und möglicherweise unreflektiert an die Kinder weitergeben.



ZIELE DER KINDERGARTENERZIEHUNG

Was Kleinkindpädagogik traditionell beinhaltet, dazu steht uns wenig schriftlich Überliefertes zur Verfügung; es wird immer von der Bewahranstalt gesprochen, die es sicherlich war vor ca. 150 Jahren, als mit der Industrialisierung die Notwendigkeit für die Herrschenden entstand, dem Heer der Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen die Kinder aus dem Weg zu räumen, die noch nicht zur Arbeit fähig waren und die Eltern an der Fabrikarbeit hinderten. "Entsprechend der Struktur der Gesellschaft - hier Bürgertum, da Lohnarbeiter - entstanden ... auch unterschiedliche Einrichtungen der öffentlichen Kleinkinderziehung: die B e w a h r a n s t a l t für Arbeiterkinder hatte die Aufgabe, die Existenz der Arbeiterklasse zu erhalten... Die rasch um sich greifende Verwahrlosung der Arbeiterkinder sollte zumindest soweit kanalisiert werden, daß die Kinder für die zukünftige Arbeit in der Fabrik geeignet waren, d.h. sie sollten rechtzeitig an notwendige Fabrik"tugenden", wie Disziplin, Unterordnung und Gehorsam gewöhnt werden." (Bader, Otte, Stoklossa, Handbuch f. Kindertagesstätten Rowohlt 1977 S. 17)



Im Gegensatz dazu hatte der Kindergarten für die Kinder aus dem Bürgertum eindeutig pädagogische Zielsetzungen - so vor allem die Förderung der allseitigen Persönlichkeitsentwicklung.
Die Kindergärten wurden von Fröbel und seinen Anhängern eingerichtet und unterhalten. Dem Ziel entsprechend war auch Fröbels Erziehungspersonal:
"Zur Gewinnung des berufsmäßigen Kleinkinderziehers, der die benötigten Spielkenntnisse ja ebenfalls nicht mehr naturwüchsig im eigenen Sozialisationsprozeß erwerben konnte, mußten besondere Ausbildungsstätten aufgebaut werden, an denen Erkenntnisse der Erziehungswissenschaft konzentriert und für den späteren Praxisgebrauch studiert werden konnten. Diese Ausbildungsstätten wurden nicht von vornherein als "Kindergärtnerinnenseminare" konzipiert. Das Berufsbild des Kleinkinderziehers orientierte sich anfänglich noch an den "grossen Pädagogen" selbst. Er sollte über eine hohe fachliche Qualifikation und Allgemeinbildung verfügen, die Grundlagen von Natur- und Geisteswissenschaften beherrschen, ein genauer Beobachter der gesellschaftlichen Entwicklung sein und die stattfindenden Veränderungen - psychologisch und pädagogisch (meist spieltheoretisch) umgesetzt - in seine Erziehung einbeziehen können. So war es nur konsequent, daß Fröbel ursprünglich die gebildetsten jungen Männer für den Beruf des Kleinkinderziehers vorgesehen und diesen damit eine Bedeutung zuge-

wiesen hatte, die bis heute in den kapitalistischen Staaten kaum verwirklicht wurde." (G. Heinsohn, Vorschulerziehung heute, S. 57)

Was ist aus diesen Zwei-Klassen-Kinderanstalten geworden? Mit welcher Tradition haben wir es in der öffentlichen Kindererziehung heute noch zu tun?

Seit F. Fröbel haben wir mit der so leicht eingängigen Ideologie zu kämpfen, daß Kindererziehung eine heile Welt sein kann, unabhängig von ökonomischen Klassengegensätzen, wenn man sich nur mit aller Hingabe dafür einsetzt, daß Friedfertigkeit und Fröhlichkeit sich ausbreiten kann. Wenn man sich die pädagogischen Ziele von F. Fröbel, Diesterweg, Montessori u.a., von denen unsere Elementarerziehung geprägt ist, ansieht, handelt es sich immer wieder um ähnliche Zielsetzungen, die heute sicherlich noch sehr oft in der Praxis auftauchen:
- Erziehung zum Tätigsein, zum Handeln, zur Konkurrenz
- Erziehung zur Bereitschaft "rastlosen Schaffens" und "willigen Einordnung"
- Entwicklung des "kindlichen Gemüts", der geistigen und körperlichen Kräfte
- Belebung der Phantasie
- sittliche Entwicklung

Zu diesen Zielen kamen je nach Epoche noch spezifische gesellschaftspolitische Ziele, wie Vaterlandstreue, Kaisertreue, Gottglaube, in der Zeit ab 1890 sogar ganz bewußte Kriegserziehung mit Basteln von Nationalzeichen (Fahnen usw.). Durch die Tatsache, daß die Fröbelschen Kindergärten 1851 verboten und diese dann weitgehendst von den Kirchen übernommen wurden, ist eine starke Betonung zur religiösen, d.h. christlichen Erziehung unumgänglich gewesen."Sie (die Kirchen) boten die beste Gewähr dafür, den systemkonformen Zweck der Bewahranstalt zu verwirklichen und die Gefahr einer Kindergartenerziehung fürs Proletariat zu verhindern." G. Heinsohn, a.a.o. S. 64)

Es gab auch sozialistische Programme für eine proletarische Kindererziehung in der Zeit nach 1918, die folgende Erziehungsziele beinhalteten:
- Gemeinschaftssinn und Verantwortungsgefühl
- Anschauungs-, Denk- und Urteilsvermögen
- Phantasie- und Ausdrucksvermögen, Erfindungsgabe und Kunstsinn
- Körperliche Entwicklung
- Erziehung zum proletarischen Klassenbewußtsein
- Erziehung zur Freiheit, zur Arbeit, zum Klassenkampf
- Liebe zur Freiheit und Menschlichkeit
- Abscheu vor Unterdrückung und Kriecherei



Diese Ziele wurden in Kinderheimen der "Roten Hilfe" und in örtlichen Spielgruppen angestrebt, konnten sich aber unter den gegebenen politischen, gesellschaftlichen Umständen nicht in größerem Umfang durchsetzen.

Eine einheitliche Zielrichtung bekam die Kindergartenerziehung im Nationalsozialismus:
- Glaube an die Unbesiegbarkeit des deutschen Volkes und die Unfehlbarkeit des Führers
- Erziehung zum Draufgängertum
- Erziehung zur Überheblichkeit der arischen Klasse
- Erziehung zur körperlichen Ertüchtigung hatte Vorrang vor der geistigen Erziehung, bzw. die ideologische Erziehung fand ihren Niederschlag in Liedern, Versen, in Märchen und Sagen und im Benutzen und Verehren faschistischer Symbole.

Für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg ist es schwierig, nachlesbare Hinweise über die Zielsetzungen damaliger öffentlicher Kleinkinderziehung zu bekommen. Lediglich von der Sozialarbeit, die aus Amerika importiert wurde, wissen wir, daß eine Hinwendung zur pluralistischen Demokratie sich ausbreitete. In den Schulen wurde die Schülermitverwaltung eingerichtet.In der DDR wurde ein Konzept der öffentlichen Kleinkindpädagogik entworfen, das Grundlage für die Praxis aller Erzieher ist (s. entspr. Literatur im Anhang). Es scheint demnach angemessen zu sein, sich G. Heinsohn anzuschließen, der in seinem Buch "Vorschulerziehung heute" sinngemäß ausführt, daß das, was über Kleinkinderziehung in den Jahren von der Industrialisierung bis zur bürgerlichen Revolution 1848 gesagt wurde, im wesentlichen wiedergibt, was seither bis heute als Ziele in der Kleinkinderziehung anerkannt und angestrebt wurde. "In dem darauffolgenden Jahrhundert finden nur noch Erweiterungen, Intensivierungen und Verbesserungen des grundsätzlich bereits Vorhandenen statt..." (G. Heinsohn, a.a.O., S. 60)

Es ist also sehr schwierig, sich als Erziehender ein umfassendes Bild über die geschichtliche Entwicklung seines Berufes und Tätigkeitsfeldes zu machen, das gilt besonders für die Zeit von 1945-1960. Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen: F. Fröbel machte Unterschiede:für seine revolutionären Bourgeois- und Mittelschichts-Kindergärten bildete er sich die "gebildesten jungen Männer" aus, er sorgte aber andererseits nicht dafür, daß den Proletarierkindern in den Bewahranstalten auch solch qualifizierte Betreuung zukam, sodaß die Zweiklassenerziehung erhalten und vertieft wurde.
Durch das Verbot der Fröbel-Kindergärten, deren Träger bürgerliche Vereine waren, kam der Kirche das alleinige Ausbildungsmonopol zu, und das wurde zunächst in "Mütterhäusern" ausgeführt. Diakonissen und Nonnen fanden hier ein breites Aufgabengebiet und waren ab jetzt die Hauptträger der Kleinkinderziehung außerhalb der Familie.
Erst durch das Jugendwohlfahrtsgesetz 1922 wurde dem Jugendamt eine, wenn auch geringe, Aufsichtspflicht über die Kleinkindeinrichtungen eingeräumt. In einer Zusatzverordnung von 1924 wurde dieses Kontrollrecht, das auch inhaltlich bestimmt war, durch das Subsidiaritätsprinzip (Gesetz der Nachrangigkeit kommunaler Einrichtungen gegenüber Einrichtungen freier Träger) weitgehend eingeschränkt.
In dieser historischen Tatsache liegt u.a. auch begründet, daß öffent-

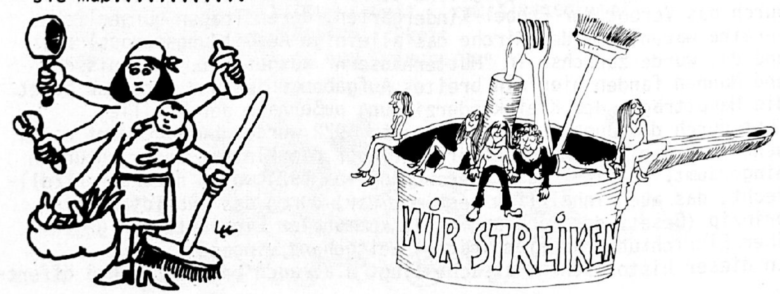
liche Kleinkinderziehung ausschließlich von Frauen getragen wurde, vornehmlich von unverheirateten Frauen, also meist Nonnen, Diakonissen und später auch höheren Töchtern aus dem Bürgertum, die einen Ersatz für ihre durchs Schicksal unerfüllten Rollenerwartungen als Ehefrau und Mutter hierin fanden. Dadurch, daß immer der Klassengegner (Bürgertöchter und Kirche) Proletarierkinder erzog, war es gesichert, daß diese nie zum Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen herrschende Verhältnisse erzogen wurden.

WIR FRAUEN ALS ERZIEHERINNEN

Meine folgenden Darstellungen beruhen auf Erfahrungen mit Kolleginnen aus Kindergärten in kleinstädtischen/ländlichen Gebieten eines freien und eines kommunalen Trägers. Sowohl die Altersstruktur, als auch die Ausbildungsstruktur bei den Kolleginnen ist gemischt, also ziemlich repräsentativ für Kleinstadtkindergärten.

Die Gesellschaft ist es gewohnt, daß wir Frauen die Kleinkinderziehung betreiben. Das heißt, daß damit unbewußte Erwartungen an die Tugenden einer Frau gestellt werden. Wer sich mit Erziehung von Kindern befaßt, muß selbst ein Vorbild sein! Ja, nur welches Vorbild sollen wir sein? Und da fängt das Dilemma schon an! Gehen wir von dem allgemeinen Rollenbild der Frau aus, dann muß sie folgende Tugenden haben:

- Sie muß ordentlich sein
- sie muß haushalten können
- sie muß kinderlieb sein
- sie muß Feste planen und organisieren können
- sie muß sich einen Arbeitsplan bzgl. Kochen und anderer Hausarbeiten herstellen können und sich danach richten können
- sie muß ausgleichend wirken
- sie muß freundlich sein und ein gepflegtes Äußeres haben
- sie muß allen Familienangehörigen ein gemütliches Zuhause geben können
- sie wahrt Tradition und Brauchtum
- sie muß sich allen Gegebenheiten anpassen
- sie muß für alle Nöte und Sorgen (bes. auch des Mannes) ein offenes Ohr haben
- sie muß sich aufopfern können
- sie darf nicht fordernd auftreten, sondern bittend
- sie muß klug und diplomatisch sein
- sie muß...........



Messen wir diese allgemeinen Rollenerwartungen an die Frau mit den Erwartungen der Gesellschaft an eine Kindergärtnerin, so brauchen wir nichts zu streichen,sondern nur statt Familie und Zuhause die Worte Kinder, Kindergarten und Eltern setzen. So wie sich die Hausfrau und Mutter nur in der Gestaltung ihrer Häuslichkeit und der Erziehung ihrer Kinder darstellen kann, so kann sich die Erzieherin nach außen besonders deutlich eigentlich nur in der Gestaltung "ihres" Gruppenraumes darstellen. Meist bleibt der genaue Erziehungsstil und das, was da täglich im Gruppenraum sich abspielt, sowohl den Kolleginnen, als auch den Eltern und einer Öffentlichkeit (Schule, Fachschule) relativ verborgen. Hinzu kommt, daß durch die meist mangelnde fachliche Kommunikation unter den Erzieherinnen kaum eine Reflexion über die eigene Praxis möglich ist, so daß viele Vorgänge zwischen Erzieherin und Kindern unbeachtet bleiben und der Erzieherin selbst verborgen. Das bedeutet, daß kaum Eigenkontrolle möglich ist und, daß das Wohlverhalten der Kinder (was immer eine Erzieherin darunter versteht) die einzige Bestätigung für eine Erzieherin darstellt.
Offenheit nach außen zu praktizieren, um Reflexionsmöglichkeit zu erhalten, hängt ganz von der Bereitschaft und Initiative der Erzieherin ab. Und das ist eine Überforderung für die Erzieherin: da sie als Frau immer nur auf ihre häusliche Rolle hinerzogen und nicht auf eine berufliche Rolle vorbereitet wurde, hat sie Scheu und Angst vor Offenheit, vor Eltern, die kritisieren könnten, vor Öffentlichkeit generell. Hier schließt sich der Kreis: es bleibt nur der unmittelbar sie umgebende Raum als Gestaltungs- und Darstellungsmöglichkeit.

D.h. für jede Erzieherin bleibt nur der Gruppenraum. Es ist verständlich, daß die Erzieherinnen in Konkurrenz zueinander (gegeneinander) treten um den schönsten Gruppenraum. Was hier an Schönheitsidealen, Sauberkeits- und Ordnungsvorstellungen, kurz als Wohnzimmeridylle tagtäglich den Kindern aufgezwungen wird, ist das eigentlich Pädagogische, was im Kindergarten passiert. Wie hier beispielhaft Konkurrenz zwischen Kolleginnen vorgelebt wird, ist erschreckend. Was hier an Eigentumsvorstellungen und an Vorstellungen von materiellen Werten den Kindern vermittelt wird, kann durch kein noch so schlaues Curriculum oder praktiziertes Projekt wettgemacht werden.

BEISPIEL

In einer Fortbildungsveranstaltung, bei der ein relativ frei und fortschrittlich erziehender Kindergarten sich darstellte und befragt und kritisiert werden konnte, taucht folgende Frage von einer Erzieherin auf, die den Kindergarten besucht hatte: "Ich fand es ja sehr schön und gemütlich bei Ihnen, aber eines muß ich Sie ja doch fragen: Warum sind eigentlich Ihre Tische so verklebt? Benutzen Sie keine Unterlagen?"
Eine berechtigte Frage, wenn es um Werte, zumal materielle Werte geht, die einem nicht einmal gehören, sondern die es im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten gilt. Es bestand die Auffassung, daß die Wertigkeit eines Tisches erheblich leidet, wenn er nicht gepflegt wird. Dem kann man zunächst recht geben; doch beim näheren Hinsehen muß man fragen, welcher Pflege bedarf ein Tisch, damit er von seinem eigentlichen Wert als Tisch zum Basteln, Malen und daran essen nichts verliert.

Das Argument, daß der Tisch durch angetrocknete Klebe zwar in seiner Oberflächenstruktur etwas von seiner Glattheit eingebüßt hat, aber in seiner Funktion als Bastel- und Eßtisch in keiner Weise beeinträchtigt ist, lenkte dann die Gegenargumente dahin, daß aber doch ein Tisch einen gewissen Wert darstelle, und daß es sich um fremdes Eigentum handelte, mit dem doch besonders pfleglich umgegangen werden müsse.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß wir Frauen ganz besonders zur Erhaltung der materiellen Werte aufgefordert werden, denn darin zeigt

was soll ich mich mit fremden Kindern rumärgern, ich wende mich meinen eigenen Kindern zu. Aus der verhinderten Berufsbestätigung flüchtet man in die selbstbefriedigende Rolle der Mutter und Hausfrau. Hier kann man endlich wieder Mensch sein! Wie lange? Viele Mütter und Hausfrauen kehren aus Unzufriedenheit über ihre "Nur-Hausfrauen- und Mutterrolle" als Teilzeitkräfte in den Kindergarten zurück; hier werden sie für ihre Frauenrolle wenigstens bezahlt.
Eine andere Form von scheinbarer Bewältigung einer nicht zufriedenstellenden Berufspraxis ist der hierarchische Aufstieg zur stellvertretenden Leiterin oder zur Leiterin. War dieser Weg nicht möglich, so gab es in den letzten Jahren eine andere Möglichkeit, sich nach außen hin zu qualifizieren: eine Vorschulgruppe zu leiten, d.h. eine Gruppe mit den 5-Jährigen zu haben, die man systematisch auf die Schule vorbereiten konnte. Die durch den Vorschulboom aufgekommenen neuen Inhalte haben viel Unheil gestiftet, zumal dort, wo nicht durch Fort- und Weiterbildung vermittelt wurde, wie die neuen Inhalte gemeint waren. Im Nu waren sogenannte Vorschulgruppen aus dem Boden gewachsen, wurden Vorschulmappen angeschafft und wurde der Gruppenraum mit dem Klassenzimmer verwechselt.

Es gibt Erklärungen hierfür: Endlich hatten die Kindergärten einen gesellschaftlich wertvollen Auftrag - nicht mehr Kleinkinderaufbewahrung, sondern Vorschulerziehung. Endlich konnten sich einzelne Erzieherinnen/Kinderpflegerinnen besonders dadurch profilieren, daß sie Vorschulgruppen, sogenannte Vermittlungsgruppen übernahmen. Endlich konnte man (nicht in allen Vorschulgruppen) den Kindern abfragbares Wissen eintrichtern, ihre Leistungen schriftlich fixieren und damit vorzeigbar und vergleichbar machen. Endlich konnte man den Kindern mit gutem Gewissen Schuldisziplinen eintrichtern, wie z.B. das Melden, das disziplinierte Sitzen, Zuhören, Ruhigsein. Der Erfolg richtete sich nicht mehr danach, ob die Kinder Spaß gehabt haben, sondern ob sie abfragbares Wissen gelernt hatten. Es ist klar: nur was nach Leistung riecht, wird gesellschaftlich anerkannt, deshalb war und ist es kaum einer Erzieherin übel zu nehmen, daß sie hier ihre Chance einer Imageaufbesserung und einer "qualifizierten" Berufspraxis wahrnehmen wollte. Zumal ihr nur über volkstümliche Medien, wie Fernsehen, Zeitungen und Vorschulmappen, aber nicht über dieses Unheil anstiftenden Wissenschaftler die neuen Inhalte vermittelt wurde.
Den Erzieherinnen wurden keine Methoden an die Hand gegeben, um diese neuen Inhalte zu verwirklichen, es sei denn, sie gingen auf die spärlichen Fortbildungsveranstaltungen, die diese Methoden vermittelten. Jedoch ist der Großteil der Erzieherinnen in ländlichen Gebieten verheiratet und haben Kinder, so daß selbst gewillte Erzieherinnen kaum Fortbildungsangebote wahrnehmen können. Hinzu kommt noch die ungeheuer große Scheu, sich von zu Hause zu lösen, um allein zu einer Fortbildung zu fahren.
Inzwischen haben Erzieher, Träger und Fortbildungsinstitute die Gefahr der Verschulung des Kindergartens erkannt und schwenken fast ins Gegenteil um, wodurch eine erneute Verunsicherung verursacht wurde und wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Meine Beschreibungen müssen z.T. ketzerisch auf den Leser wirken, besonders auf Kolleginnen, die eine selbstkritische und fortschrittliche Kinderarbeit machen. Meine Absicht ist nicht, mit diesem Artikel die unkritischen Frauen in der Kleinkinderziehung zu verteufeln, sondern meine Absicht ist, durch diese manchmal krassen Beschreibungen deutlich zu machen, mit welchem Ballast wir uns auseinandersetzen müssen, den uns die Geschichte der Frau in der Kleinkinderziehung auferlegt. Denn sicherlich haben wir alle mit Teilen dieses Ballastes tagtäglich zu tun.

Was können wir tun, um dieses Erbe der Kindergartenideologie, wo alles fröhlich, sauber, ordentlich und harmonisch ablaufen soll, zu durchbrechen und stattdessen eine Kleinkindpädagogik verwirklichen, die zum Ziel hat, von den Entwicklungs- und Lernbedürfnissen der Kinder auszugehen. (Kinder lernen, Bedürfnisse zu haben). Ohne allerdings denselben Fehler, wie einst F. Fröbel zu machen, als sei durch Kindergartenpädagogik Klassengegensätze aufzuheben oder umgekehrt, als sei der Kindergarten der Hebel zum Klassenkampf.
Was wir konkret anstreben können und sollen ist: Feststellen, welche Defizite in Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung, in der Arbeitssituation und in der eigenen Qualifikation uns daran hindern, Erziehungsziele zu setzen, sie zu verwirklichen und zu überprüfen.
Es zeigt sich immer wieder, daß wir zwar wissen, was uns in unserer Arbeit stinkt, daß wir aber viel zu selten uns zusammensetzen, um diese Mängel einmal systematisch aufzuzählen, um auch systematisch gegen diese Mängel gemeinsam anzukämpfen. Vielleicht sollte unter diesem Gesichtspunkt einmal eine oder mehrere Team- oder Mitarbeiterbesprechungen stattfinden.

Was hindert uns, Veränderungen, die wir wollen, durchzuführen?
- Ganz sicherlich mangelnde Kommunikation unter den Kolleginnen;
- mangelnder Erfahrungsaustausch von Kindergärten gleicher Trägerschaft;
- mangelnde Möglichkeit, sich mit der täglichen Praxis kritisch auseinanderzusetzen;
- mangelndes Interesse und konstruktive Kritik durch Träger, Eltern und Schule
- mangelnde Motivation und Zeit, sich mit theoretischen Auseinandersetzungen zu befassen.

Über die Ergebnisse solcher Besprechungen sollten die Eltern informiert werden, damit sie sich für uns und die Kinder für bessere Bedingungen einsetzen.

Wenn es mir gelungen ist, deutlich zu machen, daß ich nicht die Patentlösung in der Schublade habe, sondern klar machen konnte, daß nur der aktive Wille zur Veränderung uns aus diesem Dilemma herausmanövriert, dann habe ich ein zufriedenes Gefühl, was für eine Erziehende bekanntlich ein seltenes Gefühl ist. Über die Zufriedenheit des Berufserziehers als wichtigster Motor seiner Tätigkeit könnte man einen zweiten Artikel schreiben.

AG Fortbildung Westberlin

KOOPERATION IN KINDERTAGESSTÄTTEN AM BEISPIEL ELTERNARBEIT

Kooperation ist bestimmendes Moment in der Erziehung. Wie wir versuchen, gemeinsam mit Erzieher/innen (hier und im folgenden ist von "Erzieherinnen" und "Kolleginnen" die Rede, weil der Erziehungsberuf in der Kita größtenteils ein Frauenberuf ist. Wir hoffen, daß sich die (leider noch wenigen) männlichen Kollegen trotzdem angesprochen fühlen!) Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten, wollen wir im folgenden an Problemen der Elternarbeit darstellen.

Diese Arbeit findet in einwöchigen Fortbildungsseminaren statt, an denen Erzieherinnen aus verschiedenen Berliner Kindertagesstätten (Kitas) teilnehmen.
Welche Vorteile und Möglichkeiten liegen in der Fortbildung?

- Die Seminare setzen sich aus Erzieherinnen zusammen, die aus verschiedenen Kitas und unterschiedlichen Bezirken kommen. Eine wesentliche Möglichkeit der Fortbildung liegt daher im Erfahrungsaustausch der Kolleginnen untereinander. D.h. die auftretenden Probleme bei der Elternarbeit in der Kita können so als ähnliche, gemeinsame erkannt werden. So ist jeder nicht mehr gezwungen, die Fehlschläge und Mißerfolge auf das individuelle Konto der Unzulänglichkeit zu buchen, sondern die institutionellen, gesellschaftlichen Strukturen und Bedingungen als Ursache von Problemen zu begreifen. Diese notwendige persönliche Entlastung jedes einzelnen macht eine konstruktive Veränderung der Praxis erst möglich.

- Die Teilnehmerinnen sind in der Fortbildung nicht dem ständigen Handlungsdruck ausgesetzt. Der tägliche Arbeitsstress (keine bzw. zu wenig Vorbereitungszeit, nahezu keine Vertretungskräfte bei Krankheit, Urlaub oder Fortbildung und eine ständig damit einhergehende Mehrbelastung, zu große Kindergruppen usw.) macht es den Erzieherinnen nicht in ausreichendem Maße möglich, über ihre eigene Arbeit kritisch nachzudenken.

Unser erster Schritt besteht also darin, die Erzieherinnen zum Sprechen ihrer Probleme zu ermutigen. Ihre praktischen Schwierigkeiten, Erwartungen und Befürchtungen sollen aktiv ins Seminar hereingetragen werden. Nur durch gezieltes Ansetzen an konkreten Behinderungen der Arbeit kann die allgemeine Handlungsfähigkeit der Erzieherinnen erhöht werden. Denn die Dozenten mit ihrem weitgehend theoretischen Wissen haben eben nicht die jahrzehntelange Berufserfahrung, die in einer Gruppe von Praktikern zusammenkommt.

Für die Arbeitsform heißt das:

- wenig ermüdende Plenumssitzungen, wo nur wenige zu Wort kommen

und jeder seine Hoffnung auf die Klugheit und Kompetenz der Dozenten richtet,
- stattdessen Kleingruppenarbeit, wo die Teilnehmerinnen die Erfahrung machen können, daß sie gemeinsam mindestens so gut in der Lage sind, Probleme zu benennen, Ursachen zu bestimmen und Lösungen zu entwickeln wie Dozenten. Selbständiges Arbeiten, d.h. unabhängig von falschen Autoritäten, wird durch gemeinsame Erfahrung in Arbeitsgruppen erlernbar.
- Erfahrungen können auch durch Rollenspiele gemacht werden, die gemeinsam ausgewertet werden.
- Medien wie Filme, Tonbänder und - leider noch zu selten- Video (denn auch unsere Arbeitsbedingungen in der Fortbildung sind teilweise unzumutbar) können Probleme veranschaulichen.
- Durch regelmäßige Seminarkritik sollen die Teilnehmerinnen den Gang des Kurses kontrollieren und verändern.

Insgesamt heißt das: nur durch aktive Beteiligung der Erzieherinnen können Veränderungen als praktikabel und umsetzbar gesehen werden, weil von realen Verhältnissen ausgegangen wurde. Auf größerer Ebene hieße das, Gesellschaft eben nicht als Naturkonstante zu begreifen, sondern als von Menschen entwickelte, die durch Tätigkeiten von Menschen auch verändert werden kann.

Wichtiges bzw. bestimmendes Moment von Veränderung auch in der Erziehung ist Kooperation. Für den Kita-Bereich bedeutet das:

1. Erziehungsziele wie 'Sozialverhalten', 'Kritikfähigkeit' und 'Selbständigkeit' lassen sich nur umsetzen, wenn alle am Erziehungsprozeß Beteiligten zusammenarbeiten. D.h. sich gegenseitig austricksende Erzieherinnen, die sich keinen Einblick in die jeweilige Arbeit gewähren, können die Kinder nicht zum sozialen Handeln erziehen. Das gleiche gilt für die "Mutterkonkurrenz" zwischen Erzieherin und richtiger Mutter.
2. Für die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse, wofür die Erziehung einen wichtigen Beitrag leistet, ist das arbeitsteilige Vorgehen vieler Menschen notwendige Voraussetzung. Die Aneignung der gesellschaftlichen Wirklichkeit kann nur in einem gemeinsamen Prozeß gewährleistet sein. D.h. für die Kinder: sie müssen einen möglichst großen Ausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit kennenlernen und Zusammenhänge erfassen.
3. Unzureichende bzw. unzumutbare Arbeitsbedingungen verhindern die Verwirklichung von Erziehungszielen. Veränderung der materiellen Bedingungen im Interesse aller (und nicht im Interesse einiger, sehr weniger) ist nur durch gemeinsames Vorgehen möglich. D.h. die Verbesserung der Kita-Situation zur Entlastung von Eltern und Erziehern ist nur durch gemeinsames Handeln aller erreichbar.

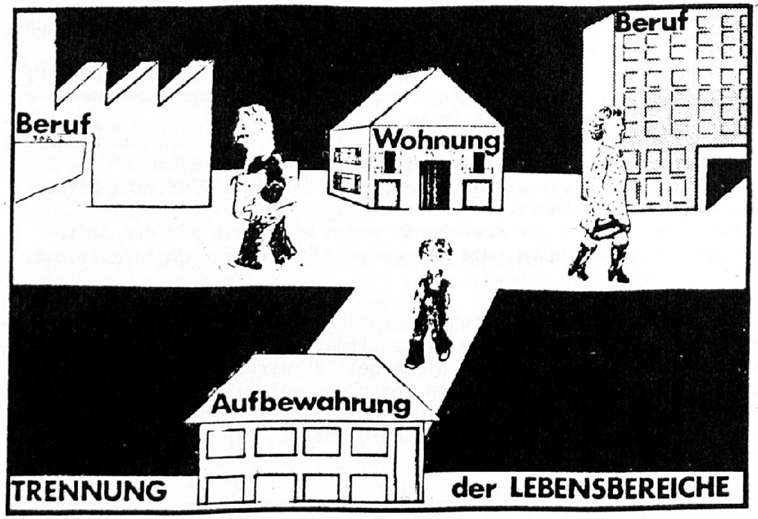
Wir wollen am Beispiel 'Elternarbeit' in der Kita darstellen, daß Kooperation kein moralischer Anspruch ist, sondern individuelle Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt und damit Vorteile für alle entstehen. Z.B. Absprachen zwischen Eltern und Erzieherinnen über Abholzeiten verhindern Verärgerungen und ersparen beiden Zeit. Außerdem läßt sich mit einem moralischen Anspruch, der drückt, schwer arbeiten: Kooperation mit Eltern muß Spaß machen! Wenn der Spaß fehlt, verkehrt sich der Sinn der Elternarbeit in sein Gegenteil: die Arbeit führt zu keiner Entlastung, sondern wird oder bleibt Belastung.

Erzieherinnen äußern ihre Probleme mit Eltern folgendermaßen:
- *"Die Eltern wollen ihre Kinder nur loswerden. Sie kümmern sich nicht darum, was eigentlich für Probleme in der Kita bestehen."*
- *"Wenn die Kinder zuhause sind, machen die Eltern unsere ganze Arbeit kaputt."*
- *"Die Eltern wollen immer nur etwas über ihr eigenes Kind wissen. Und das beim Abholen, wo alle kommen. Man kann sich doch nicht zerreißen!"*
- *"Die Eltern holen oder bringen ihre Kinder, wann es ihnen paßt. Sie nehmen überhaupt keine Rücksicht darauf, ob wir vielleicht mit der Kindergruppe gemeinsam etwas unternehmen wollen."*

Nicht nur die Erzieherinnen sind unzufrieden und enttäuscht, auch die Eltern sehen ihre Interessen nicht berücksichtigt. Diese Meinungen von Eltern werden fast alle Erzieherinnen kennen:
- *"Den Job hätte ich auch gern: den ganzen Tag mit Kindern spielen, im Garten sitzen und Kaffee trinken, na und damit auch noch mehr verdienen als wir am Band oder im Büro."*
- *"Man kann doch wohl verlangen, daß man sein Kind nicht so verdreckt, mit blauen Flecken und fehlenden Handschuhen abholen kann!"*
- *"Die Erzieherin ist gleich sauer, wenn ich mein Kind eine Stunde später als sonst abhole."*
- *"Wenn ich mal mit der Erzieherin reden will, hat sie nie Zeit. Aber um mir zu erzählen, was der Junge schon wieder angestellt hat, dafür hat sie immer Zeit."*

Hinter diesen Äußerungen stehen Ansprüche und Enttäuschungen auf beiden Seiten. Um nicht ständig diese Situation wiedererleben zu müssen, die sich auch behindernd auf die Arbeit auswirkt, ist es notwendig zu fragen, welche gegenseitigen Ansprüche von Eltern und Erzieherinnen vorhanden und berechtigt sind. Dann läßt sich die Frage stellen, welche Ursachen dazu führen, daß berechtigte Ansprüche immer wieder enttäuscht werden.

Eltern und Erzieherinnen haben als gemeinsamen Bezugspunkt das Kind, das in einer öffentlichen Einrichtung betreut und erzogen wird. Durch die Einbeziehung vor allem auch der Frauen in den Arbeitsprozeß, die damit sowohl zur Sicherung des Lebensunterhalts der Familie beitragen als auch zur Herstellung von mehr und neuen Produkten und Dienstleistungen, kann die Familie nicht mehr vollständig der Aufgabe, der Aufzucht der Kinder, nachkommen. Neben der dringenden Notwendigkeit, die Familie finanziell unterstützen zu müssen, nehmen Frauen verstärkt auch ihr Recht auf Arbeit in Anspruch und widersetzen sich ihrer 'natürlichen' Bestimmung als Hausfrau und Mutter. Öffentliche Einrichtungen zur Betreuung der Kinder während der Zeit der Berufstätigkeit ihrer Eltern sind dadurch notwendig geworden.



Neben dem Bereich der Beaufsichtigung hat die Kita die weitere wichtige Funktion, die Kinder zu erziehen und damit die erste Stufe zur Vorbereitung auf das spätere Berufsleben zu übernehmen. Steigende Arbeitsanforderungen machen einen früheren Beginn des Bildungsprozesses der Kinder notwendig. Diese Aufgabe übernehmen die Erzieherinnen, die dafür beruflich qualifiziert werden und die damit hohen beruflichen Anforderungen gegenüberstehen.
Überaus wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erkennen, daß nicht nur Eltern Interesse an der Bereitstellung von öffentlichen Erziehungseinrichtungen haben, um ihren Lebensunterhalt verdienen zu können, sondern auch Nicht-Eltern müssen daran ein existentielles Interesse haben. Denn: zum einen sind die Kinder von heute die Berufstätigen von morgen und damit die Alterssicherung aller heute Arbeitenden. Zum anderen ist gesellschaftliche Weiterentwicklung ohne Kinder nicht denkbar. Die Herangewachsenen verwirklichen und entwickeln die Vorstellungen und Ideen der Älteren weiter, von denen diese auch noch direkt profitieren können (z.B. Verbesserung der Altersversorgung, Herabsetzung des Rentenalters).

Was läßt sich aus der Herausarbeitung der beiden Funktionen der Kita

(Aufbewahrung und Bildung von Kindern) für die Berechtigung von Ansprüchen von Eltern und Erzieherinnen schließen?
1. Eltern haben den berechtigten Anspruch auf Unterbringung ihrer Kinder in einer öffentlichen Einrichtung zu ihrer eigenen Entlastung. Allerdings ist dieser Anspruch kein privater, sondern ein gesellschaftlicher, da alle Mitglieder der Gesellschaft davon profitieren.
2. Erzieherinnen haben den berechtigten Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer Arbeit. Sie leisten mit ihrer Berufstätigkeit gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Die Erzieherinnen sind auf die Eltern angewiesen, die in der Fabrik Produkte herstellen oder in Läden verkaufen. Genauso sind die Eltern auf die Erzieherin angewiesen, da für die Erziehung von Kindern zu ihrer bestmöglichen Entwicklung vertiefte pädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten notwendig geworden sind, die eine Mutter (oder Vater) aufgrund von Berufstätigkeit und/oder hausfraulicher Tätigkeiten nicht in dem Maße haben kann. Dafür kann eine Erzieherin z.B. keine komplizierten Kleider herstellen, da auch dazu spezifische Kenntnisse erworben werden müssen. Die verschiedenen Berufe zeigen an, daß man arbeitsteilig verschiedene gesellschaftliche Aufgaben übernimmt, die jeder einzelne nicht alle leisten könnte bzw. nicht so optimal.
Es bleibt also die Frage nach den Ursachen, die dazu führen, daß berechtigte Ansprüche nicht erfüllt werden. Sind die Ursachen gefunden, lassen sich Konsequenzen entwickeln, d.h. Ziele der Elternarbeit benennen.

Eltern und Erzieherinnen brauchen die gegenseitige Anerkennung und Unterstützung ihrer geleisteten Arbeit. Im täglichen Allerlei werden die positiven, gegenseitigen Abhängigkeiten leicht vergessen, die gegenseitige Informationsvermittlung über die Arbeits- und Lebensbedingungen läuft nicht.
Beispiel: Die Erzieherin ärgert sich darüber, daß eine Mutter ihr krankes Kind in die Kita schickt. Sie sieht nicht, daß die Mutter ihren Arbeitsplatz riskiert, wenn sie zum wiederholten Mal wegen Krankheit des Kindes fehlt.
Die Mutter ist sauer darauf, daß die Erzieherin jedes Mal, wenn sie früher kommt, mit den Kolleginnen Kaffee trinkt. Sie sieht nicht, was die Erzieherin während der anderen Zeit an pädagogischer Arbeit geleistet hat.

Ungerechtfertigte Vorurteile, die zwischen Eltern und Erzieherinnen stehen, lassen sich nur durch gegenseitige Informationen abbauen, die viele Situationen und Verhaltensweisen in einem anderen Licht erscheinen lassen.
In der Auseinandersetzung zwischen Eltern und Erzieherinnen müssen eben beide Seiten gesehen werden.

D.h. die Eltern,

- die nicht für den Luxus arbeiten gehen, sondern aus finanziellen Notwendigkeiten,
- unter Arbeitsbedingungen, die physische und psychische Krankheiten hervorrufen,
- in direkter Abhängigkeit von Vorgesetzten mit großen Entscheidungsbefugnissen (bis hin zu Entlassungen),

• unter Lebensbedingungen, die in keiner Weise die Belastung von Eltern durch ihre Kinder berücksichtigen. Das zeigt sich in zu kleinen Wohnungen, nicht vorhandenen Spielplätzen, an meckernden und nörgelnden Nachbarn,
• mit ständigen Schuldgefühlen, weil die Kinder vernachlässigt werden. Schuldgefühle, die "freundliche" Mitmenschen immer wieder hervorrufen und verstärken,
• nicht zuletzt ist die Situation von Müttern zu berücksichtigen, denen ein Recht auf Arbeit - wie anderen Erwachsenen auch - zugestanden werden muß. D.h. zu erkennen, daß Mütter nicht aus ihrer Mutterschaft allein Anerkennung, Bestätigung und befriedigenden Lebensinhalt gewinnen können.

D.h. die Erzieherin,

• die auch nicht nur aus Idealismus und Kinderliebe arbeitet, sondern weil sie Geld zum Leben braucht,
• Erziehungsarbeit nicht bedeutet 'mit Kindern spielen', sondern ein hohes Maß an Qualifikation, körperlicher und seelischer Belastung,
• Arbeitsbedingungen vorfindet, die keine Verschnaufpause zulassen. Erzieherinnen arbeiten unter Bedingungen in der Kita, durch die sie ständig mit Anforderungen von Kindern, Eltern und Kolleginnen konfrontiert werden,
• eine Arbeit, wo nach 8-Std-Arbeit kein sichtbares Produkt vorliegt; Erzieherinnen daher oft vor sich und anderen rechtfertigen müssen, was sie eigentlich den ganzen Tag getan haben,
• ständig ansteigende Erwartungen und Anforderungen an Erzieherinnen, was sich besonders bei Zielvorstellungen im Bereich 'Elternarbeit' niederschlägt. Fernsehen, Fachliteratur, Rahmenpläne und Richtlinien drücken die neuen Anforderungen aus.

Dabei werden die materiellen Voraussetzungen für die Umsetzungen dieser Vorstellungen nicht geschaffen, wie z.B. arbeitsrechtlich verankerte Vor- und Nachbereitungszeit für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Eltern oder ein garantiertes Recht auf Fort- und Weiterbildung.

Zusammenfassend heißt das:

ANFORDERUNGEN STEIGEN	BEDINGUNGEN BLEIBEN ZURÜCK
Zusammenarbeit mit Eltern	Die Ausbildungsstätten gehen nicht genügend darauf ein.
Durchführung von Elternabenden	Die notwendige Zeit zur Vorbereitung und Durchführung fehlt.
mindestens vier Elternabende pro Jahr	Überstunden gehen auf Kosten der Arbeit mit den Kindern.
gemeinsame Vorbereitung von Elternabenden	Stärker werdende Konkurrenzangst der Kolleginnen erschwert die gegenseitige Unterstützung.

Es liegt in den wenigsten Fällen ein individuelles Versagen bei Mißerfolgen in der Elternarbeit vor; dafür machen zu viele Erzieherinnen aus verschiedensten Einrichtungen die gleichen Erfahrungen. Diese gemeinsamen Erfahrungen lassen sich daher verallgemeinern, und der Blick auf die tieferliegenden Ursachen wird frei. Eltern und Erzieherinnen machen sich aber gegenseitig persönlich verantwortlich für Unzulänglichkeiten in der pädagogischen Praxis und verhindern dadurch, Ursachen in den mangelhaften Bedingungen zu erkennen und gemeinsame Interessen durchzusetzen.

Beispiel: Die Mutter meint, die Erzieherin kümmere sich zu wenig um ihr Kind. Die Erzieherin ärgert sich darüber, weil sie sich schon besonders um das Kind kümmert, soweit, wie ihr die anderen Kinder Zeit dazu lassen.

Beide Seiten verlieren die Arbeitsbedingungen, in diesem Fall die Gruppenstärke, aus dem Auge. Wäre die Kindergruppe kleiner, könnte sich die Erzieherin verstärkt mit dem Kind beschäftigen. Wäre die Kindergruppe kleiner, hätte die Mutter wahrscheinlich keinen Anlaß so massiv auf ihr Kind hinweisen zu müssen.

Dieses Beispiel führt direkt zu einer weiteren Ursache für enttäuschte Ansprüche: scheinbare Gegensätze zwischen Eltern und Erzieherinnen verhindern oft die Durchsetzung von gemeinsamen Interessen. Das gemeinsame Interesse wäre in diesem Fall die Verbesserung des Personalschlüssels. Diese Verbesserung wäre allerdings mit finanziellen Auslagen verbunden. Warum sind die finanziellen Mittel nicht schon lange erhöht, damit Bedingungen in den Erziehungseinrichtungen (Personal, Ausstattung, Räume etc.) vorliegen, die eine optimale pädagogische Arbeit im Sinne der Kinder ermöglichen?

Die Verteilung des Steueraufkommens, durch das auch die Kitas vorwiegend finanziert werden, sieht für die einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche unterschiedlich aus. Je mehr Macht die einzelnen 'Bereichsvertreter' haben, ihre Interessen durchzusetzen, desto höher ist ihr Anteil am Steuerkuchen. Will man also die Bedingungen der Kitas verbessern, ist das nur durch Druck der direkt Beteiligten zu erreichen. Dabei ergeben sich folgende Schwierigkeiten:

1. Kinder haben keine eigene Gewerkschaft und keine direkte Interessenvertretung. Ihre Interessen (allseitige Entfaltung der Persönlichkeit) müssen daher vor allem von Eltern und Erzieherinnen organisiert werden.
2. Caritative Vorstellungen über Kindererziehung verschleiern berechtigte Ansprüche von Eltern und Erzieherinnen. Um diese Ansprüche gegen die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen durchsetzen zu können, bedarf es eines massiven Drucks aller Beteiligten.
3. Die häufige Uneinigkeit zwischen Eltern und Erzieherinnen behindert eine gemeinsame Interessenvertretung.

Verbesserungen als auch Verhinderung von Verschlechterungen im Kita-Bereich konnten und können nur durch eine gemeinsame, starke Interessenvertretung in der Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Dabei dienen diese Verbesserungen nicht einzelnen, wie in vielen anderen Bereichen, sondern allen, denn die Kindererziehung ist eine gesellschaftlich notwendige Aufgabe.

Wenn eine gegenseitige Information von Eltern und Erzieherinnen stattfindet, zusammen die Ursachen für Unzulänglichkeiten erkannt werden

und eine Zusammenarbeit auf dem Hintergrund der gemeinsamen Interessen erfolgt, ergeben sich folgende Konsequenzen für die Elternarbeit:

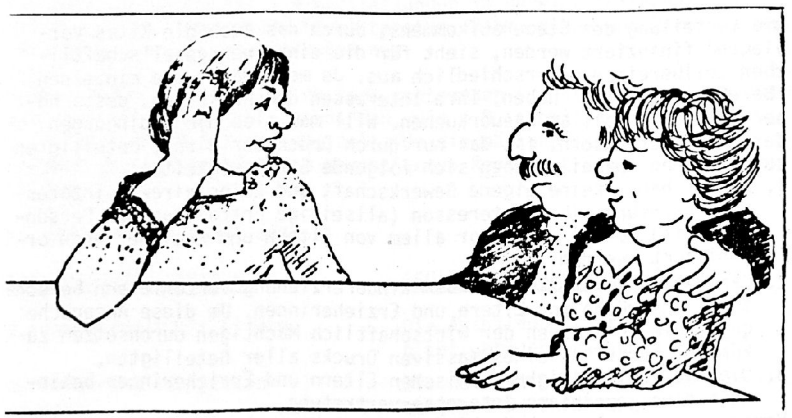
1. Es lassen sich Möglichkeiten finden, sich gegenseitig zu entlasten und Hilfestellung zu leisten, was vor allem den Kindern zugute kommt.
2. Es lassen sich Möglichkeiten finden, sich für verbesserte Erziehungsbedingungen einzusetzen.

Welche konkreten Punkte lassen sich verändern, um die Elternarbeit in der Kita zu verbessern?

Elternarbeit darf nicht beschränkt werden auf Elternabende. Andere Kontaktformen bestimmen die Beziehung zu den Eltern wesentlich mit. Wir wollen im folgenden kurz auf 2 Formen eingehen.

DAS AUFNAHMEGESPRÄCH

als erster 'Einblick' der Eltern in die Kita kann schon wichtige Weichen für die weitere Zusammenarbeit stellen. Werden Eltern hierbei amtlich befragt (z.B. Abfragen der Daten des Kindes, Wohnort, Einkommen der Eltern, ihr Beruf und ihre Arbeitsstelle) bzw. ausgefragt, so erfahren sie sich als diejenigen, die Rede und Antwort zu stehen haben. Dabei hört - im Normalfall - die Leiterin Dinge über die Eltern, nicht aber die Eltern Dinge über die Kita. Eltern erfahren sich so oft als abhängig, als Bittsteller. Sie sind auf den guten Willen der Leiterin bzw. der Erzieherinnen angewiesen, wenn sie einen Platz für ihr Kind in der Kita haben wollen.



Eine angstfreie Zusammenarbeit von Eltern und Erzieherinnen setzt aber voraus, daß beide sich als gleichberechtigt erfahren, begreifen und behandeln.
Positiv ausgedrückt: Erzieherinnen können Eltern deutlich machen, daß sie die Zuweisung eines Kita-Platzes nicht als Gnadenerweis ansehen. Erzieherinnen, die Eltern bzw. besonders Müttern das Recht streitig machen, den heimischen Herd zu verlassen, können nicht Offenheit und Aktivität von den Eltern erwarten.

Eltern und Erzieher müssen erkennen, daß die Kita-Erziehung grundsätzlich den Kindern mehr Anregungs- und Aneignungsmöglichkeiten bietet als die Familie je in der Lage ist zu geben. Trotz erheblicher Mängel der Arbeitsbedingungen in Kitas muß die Forderung heißen: Verbesserung von Kitas und nicht: schickt die Kinder lieber wieder in die Kleinfamilie.

DAS TÜR- UND ANGELGESPRÄCH



Darunter fallen alle Gespräche, die beim Abholen, Bringen oder so mal zwischendurch geführt werden. Bei diesen Gelegenheiten Patentrezepte verteilen zu wollen, bedeutet meist Mißverständnisse erzeugen oder mit angedeuteten Kritikpunkten allein gelassen zu werden, z.B. wird einer Mutter noch schnell mit auf den Weg gegeben: "Fritz war wieder mal unausstehlich heute. Aber darüber reden wir noch ein anderes Mal." Oft erscheint dann diese Mutter aus Angst und Unsicherheit das nächste Mal nicht auf dem Elternabend.

Daraus sind folgende Konsequenzen zu ziehen:

- Konflikte nur in längeren Gesprächsmöglichkeiten ansprechen und bei Tür- und Angelkontakten eher positive Bemerkungen machen (oder sollte es Kinder und Eltern geben, über die es nichts Positives zu berichten gibt??). Diese Gesprächsmöglichkeiten lassen sich besser für kurze Informationen nutzen oder für Gespräche unter den Eltern. Je mehr Informationen zwischen Eltern und Erzieherinnen ausgetauscht werden können, desto stärker kann gegenseitige Unsicherheit abgebaut werden, desto gleichberechtigter können sie sich auseinandersetzen und gemeinsame Ziele bestimmen.

- Die Aufhebung der Isolierung gilt nicht nur für die Erzieherinnen, sondern ist ein Ziel für die Elternarbeit in der Kita. Durch die Isolierung der Eltern verstärken sich die Probleme und die Mehrbelastung, die sie als Eltern sowieso schon haben. Regen Erzieherinnen die Kommunikation unter den Eltern an, lassen sich Erleichterungen für alle Beteiligten schaffen.

Wenn Eltern untereinander die Adressen austauschen und sich bei der Betreuung der Kinder absprechen, dann kann man mal ausgehen, ohne Angst zu haben, die Kinder könnten wach werden und weinen. Das eigene Kind kann in dem Fall ja bei einer Freundin aus der Kita schlafen.

Wenn Eltern am Abend oder nachmittags ab und zu ihre Ruhe haben wollen, können die Kinder dann mal mit anderen Kindern aus der Gruppe spielen. Die Belastung durch fremde Kinder steigt nicht mit der Anzahl der Kinder (drei Kinder machen nicht gleich dreifache Arbeit wie die Betreuung eines Kindes), d.h. die 'Mehrbelastung' rentiert sich auf jeden Fall, wenn man dadurch auch mal zu einem freien Nachmittag kommt.

Organisieren die Eltern das Bringen und Holen der Kinder gemeinsam, dann kann das größere Pünktlichkeit bedeuten, d.h. weniger Ärger der Erzieherin durch zu spät abgeholte Kinder.

Eine bessere Verständigung der Eltern untereinander bedeutet oft auch mehr Aktivitäten der Eltern in der Kita.

Das waren einige Möglichkeiten von Elternarbeit, die zeigen, wie wichtig die Kooperation zwischen Eltern und Erzieherinnen ist. Sie ist nicht nur wichtig für die pädagogische Arbeit mit den Kindern, sondern bringt in der Regel wesentliche Entlastung für alle Beteiligten.

Teilweise katastrophale Arbeitsbedingungen kennzeichnen die Arbeit von Eltern und Erzieherinnen. Forderungen nach Verbesserungen und ihre Umsetzung lassen sich nicht von einer Einzelperson erreichen, nur gemeinsam sind Eltern und Erzieher stark!!!!

AG Fortbildung (Kurt Bader, Steven Goldner, Ulrike Hohendahl, Ulrike Keller, Marianne Kokigei, Reinald Purmann, Volker Zoch)

★

Wolfgang Bode, Frankfurt

TEAMARBEIT IN EINEM KATHOLISCHEN KINDERGARTEN ? ? – EIN INTERVIEW MIT ERZIEHERINNEN –

Der katholische Kindergarten Sankt Bernhard liegt im Frankfurter Nordend. Hier werden 130 Kinder (25 % Ausländer) betreut. Da der Kindergarten am überregionalem Modell zur Curriculumentwicklung soziales Lernen begleitet vom Deutschen Jugendinstitut bis 31.12.76 teilnahm, arbeiten z.Zt. noch in jeder Gruppe 1 Erzieherin und 1 Berufspraktikantin oder Helferin.
Die Ordensschwester, die die Leitung innehatte, wurde kurzfristig zum 31.3.1976 von dieser Tätigkeit durch ihren Orden abberufen. Eine Kollegin mochte das Angebot der Leitung gegenüber den Kolleginnen nicht einnehmen. Um keine vorschnellen Entscheidungen zu treffen, wurde vom Träger eine Übergangslösung bis zur Neueinstellung einer Leiterin genehmigt.
Diese sah so aus, daß jede Erzieherin 1 bis 2 Aufgabenbereiche der Leiterin verantwortlich übernimmt. Die neue Form der Zusammenarbeit wurde durch eine Anlage zum Arbeitsvertrag verbindlich abgesichert.

Die Erzieherinnen und der Träger gingen davon aus, daß die neue Leiterin sehr sorgfältig ausgewählt werden müsse, um den Anforderungen des Modellversuchs, dem außerordentlichen Beispiel ihrer Vorgängerin und dem kooperativen Arbeitsklima gerecht werden zu können.
Die Erzieherinnen waren auch selbst der Meinung, daß es sich bei der Aufgabenverteilung nur um eine Übergangslösung handeln könne, bis eine geeignete Bewerberin gefunden sei. Erst im Prozeß der Dienstbesprechungen zu diesem Thema, durch die Begegnung mit Kandidatinnen in Berwerbungsgesprächen und bei dem Versuch, ihre Qualifikationen und Aufgaben detailliert zu beschreiben, entstand die neue Idee.
Alle waren dafür, die neue Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Kolleginnen zu erhalten. Sie versuchten, eine Lösung zu entwickeln, die ohne die Person einer Leiterin auskommt:

- An ihre Stelle tritt eine vom Team gewählte Sprecherin, die auch als Erzieherin bezahlt wird. Sie hat keine pädagogische Weisungsbefugnis, aber sie vertritt den Kindergarten nach außen.
- Die Erzieherinnen behalten ihre Aufgabenbereiche.
- Vom eingesparten Zuschlag für die Leiterin wird eine Bürokraft eingestellt, die alle gemeinsam von der Last der Verwaltungsarbeit befreit.

Der Träger ließ sich im August 1976 von der Ernsthaftigkeit des Engagements überzeugen und genehmigte den Versuch einer kollegialen Leitung für ein Jahr. Die Eltern hatten schwerwiegende Bedenken dagegen, stimmten aber im Elternbeirat schließlich auch zu.
Das Interview macht meiner Meinung nach sehr deutlich und erfahrbar, in welchem Maße sich die Linke - von der Kinderladenbewegung bis heute - vor dem grauen Alltag der pädagogischen Praxis zu bewahren versucht hat. Natürlich hat die Durchsetzung des Beschlusses allein

nicht das Entscheidende bewirkt.
Der Umgestaltungsprozeß im engeren Sinne vollzog sich, auf dem Beschluß, der den Weg freigab, aufbauend, in dem Versuch, die praktische Arbeit anders anzupacken. Aber das können die Beteiligten viel besser beschreiben.

Wolfgang Bode, Frankfurt

Das folgende Gespräch wurde am 3.6.1977 geführt. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Repräsentativität und Objektivität der Aussagen. Alle an diesem Gespräch beteiligten Personen wollen es als ein Arbeitsgespräch verstanden wissen. Kein Abfragespiel oder Verwickeln in Widersprüche war beabsichtigt. Stattdessen betonen wir, daß es an dieser Stelle um persönliche Erfahrungen, subjektive Anschauungen und vorläufige Ergebnisse eines gemeinsamen Lernprozesses geht.

An diesem Gespräch haben teilgenommen:

Int. = Interviewer: Wolfgang Bode

Erz. = Erzieherinnen: Marita Jurasek, Veronika Kahlert und Ulrike Kronenberger

Ber. = Berater: Harald Seehausen(Mitglied des DJI München,AG Vorschulerziehung, AG Modellkindergärten Hessen)

1. TEAMARBEIT

Int.: Also, was hat sich effektiv geändert gegenüber der Situation bis zum 1. April mit einer Leiterin?

Erz.: Ja, daß eine Sprecherin mit gleicher Bezahlung, gleicher Stundenzahl für bestimmte Aufgabengebiete zuständig ist, also speziell als Kontaktperson und für Öffentlichkeitsarbeit. Weil für die anderen Aufgaben, die sonst noch einer Leitung zugefallen wären, eine Aufteilung stattfand an die anderen Mitarbeiter, wobei die Arbeitszeit mit den Kindern gewährleistet sein muß.

Int.: Für die Sprecherin?

Erz.: Für die anderen Mitarbeiter. Die Sprecherin, um den Bezug zu den Kindern herzustellen, sollte zeitweise auch noch in der Gruppe arbeiten.

Ber.: Und in den Verhandlungen wurde eine Arbeitsbedingung vom Träger erfüllt, die sich eigentlich jetzt erst nach 1 Jahr in die Tat umsetzt, nämlich, daß diese Form der Teamarbeit mehr Zeit der Mitarbeiter untereinander erfordert.Und dazu ist erforderlich, z.B. einmal in der Woche alle Ganztagskinder derart zusammenzufassen, daß mehr Zeit besteht zur Planung, zur Auswertung, zur Diskussion. Das sind Dinge, die auch in diesem Papier Bestandteil des Arbeitsvertrages wurden.

Erz.: Ja, und dann war's eben so, die Sprecherin ist rausgegangen aus ihrer Gruppe. Also das Modell ist in Kraft getreten, und Marita hat zwei Funktionen gehabt. Sie war Gruppenleiterin und Sprecherin einen Monat lang. Nein, zwei Monate sogar. Dann wurde eine neue Erzieherin eingestellt.

Ber.: Es war Anfang November.

Erz.: Das gab dann auch noch Konflikte, weil man eben nicht beiden Dingen gerecht werden konnte. Und dann ist die Ingrid eben dazugekommen.

Int.: Also, was hat sich jetzt dadurch, daß die Sprecherin Sprecherin war und nicht Leiterin, wirklich für Euch und für Eure Arbeit geändert?

Erz.: Die pädagogische Arbeit mit den Kindern und dann die Zusammenarbeit untereinander und mit den Eltern und dem Träger. Bei der pädagogischen Arbeit,würde ich sagen, war das ja so, daß das ein bißchen kritisch war in der ersten Zeit. Vorher war's ja so, daß wir ein freies Arbeiten hatten, Austausch auch untereinander stattfand mehr oder weniger. Aber daß in der Gruppe jeder so seine eigenen Zielsetzungen hatte. Und jetzt, seitdem wir eben eine Sprecherin haben, ist es so, daß meiner Meinung nach versucht wird, bedeutend mehr pädagogische Probleme gemeinsam aufzugreifen und zu lösen und auch pädagogische Inhalte gemeinsam zu erarbeiten, z.B. zu Festen oder sonstigen Dingen. Das wirkt sich schon positiv aus.

Int.: Also die Sprecherin hat keine Entscheidungsbefugnis oder hat sie Entscheidungsbefugnis für die pädagogische Arbeit?

Erz.: Nein, sie wirkt vielleicht darauf hin, daß sich mehr untereinander darüber unterhalten wird, während man sonst mehr dazu geneigt hat, für sich zu arbeiten und notfalls die Leitung anzusprechen und zu sagen: Ich komm da nicht weiter, wie ist denn das? Man hat sich also zunächst daran orientiert. Und so ist es natürlich, daß man es ins Team reinbringt. Man spricht das an und sagt, das muß mal im Team besprochen werden, was für viele bestimmt auch ein Problem ist. Die Situation der Sprecherin hat bewirkt, daß man einen weiteren Blick über diesen ganzen Kindergarten und eben auch dafür bekommen hat, die Mitarbeiter mit einzubeziehen.

Erz.: Eine Funktion ist auch noch mehr oder weniger, daß sie so Dinge dann einbringt, wo man selbst gar nicht dazu kommt. Man arbeitet eben mit den Kindern, und das eine Problem schiebt man dann so ein bißchen weg, man kann ja nicht alles lösen. Und sie bringt dann Dinge ein, die wirklich alle betreffen wie z.B. Aufsichtspflicht, was das für Konsequenzen hat, pädagogisch gesehen. Aber auch Kommunikationsprobleme untereinander, die früher immer sehr personalisiert worden waren.

Int.: *Hat sich dadurch, daß diese pädagogischen Fragen jetzt mehr unter den Mitarbeiterinnen besprochen werden, auch die Arbeit sehr geändert?*

Erz.: Man muß zwei Mitarbeitergruppen, glaube ich, sehen. Das ist nicht ganz verwirklicht, daß das immer so harmonisch abläuft. Bei großen Sachen, wo die Eltern umfassend informiert werden, kann man sagen: Wenn wir was rausgeben, müssen wir uns zumindest als Team darstellen, wenn es auch Auswirkungen auf pädagogische Arbeiten hat, gerade Fest- und Feiergestaltung oder Schulgruppen und so etwas. Da muß man ja zu einem Ergebnis kommen . Bei anderen Sachen, die also nicht hier so aufgegriffen werden, gibt es noch Schwierigkeiten. Beziehungsweise, wo das Team halt nicht so eine unbewußte Auflage machen kann: Wir müssen dahinter stehen, was wir so geschrieben und gesagt haben. In der Situation liegt tatsächlich die Entscheidung bei jedem einzelnen. Nur man kann halt versuchen, gleiche Information zu geben, zu zeigen, daß jeder diese Problematik bei sich in der Gruppe hat.

Erz.: Die Hofsituation oder so etwas. Daß man sagt, es ist halt allen klar, es werden keine Äste abgerissen oder mit Stöcken geschlagen oder Steine geschmissen. Da sagt man, das sind Dinge, das ist klar aufgrund von irgendwelchen Unfallgefahren. Der eine sagt dann halt: Nun laß ihn doch mit dem Junikäfer spielen, solange er dem Luft läßt. Und der andere sagt: Es ist ein Lebewesen; wir machen es nicht mit. Natürlich hat jeder recht, und man muß versuchen, auf einen Mittelweg zu kommen, wo jedem einzelnen aber so eine gewisse Entscheidungsfreiheit gelassen werden muß.

Erz.: Die Probleme sind genau dieselben gewesen, nur sind sie jetzt durch die Teamsituation aufgedeckt worden.

Ber.: Auf eine höhere Stufe.

Erz.: Sie sind konkreter geworden.

Ber.: Von der Struktur der Mitarbeiterbesprechung her stehen jetzt pädagogisch-psychologische Fragen im Zentrum der Auseinandersetzungen. Z.B. Fragen und Maßnahmen zu Verhaltensauffälligkeiten und unserem Erzieherverhalten. Dazu sind auch Formen geschaffen worden. Man hatte vorher, würde ich sagen, so einen ein bißchen chaotischen Rahmen. Ein Teil der Mitarbeiter hat sich dadurch auch seine Privilegien besorgt. Und diese Privilegien werden - wie auch immer - auf dem Rücken der anderen Mitarbeiter oder der Kinder und Eltern ausgetragen. Im Laufe von vielen Konflikten, ob's um Krankheit, ob um Urlaub, ob um Pünktlichkeit, Einhaltung von bestimmten Dingen, Küche, Saubermachen, Protokollführen usw. geht, hat man Regeln festgehalten, die aber nicht immer eingehalten wurden. Das, meine ich, das zu üben, sich selbständig und selbstbestimmt so einen Rahmen zu geben, sich konkret selbst zu kontrollieren und in die Tat umzusetzen, in dem Prozeß stecken wir, meine ich, jetzt voll drin. Der brach auf ab November, also wo es darum ging, diese Punkte zu präzisieren, wurde sehr scharf ausgetragen, sehr produktiv, für meine Begriffe. Und jetzt geht es wirklich darum, bestimmte Gesetze zu finden, wie man damit auskommt. Die werden sehr transparent behandelt. Das ist die neue Qualität.

Int.: *Meine Frage ist ja nur: Auf die Tatsache, daß das passiert, daß man sich jetzt verständigen muß, kann ich mir verschiedenen Reaktionen vorstellen. Ich kann mir vorstellen, daß jemand das so erlebt, daß er sagt: Mensch, Gottseidank, jetzt kann ich mal mitreden, jetzt kann ich meinen Einfluß geltend machen, jetzt kann ich das mit den anderen besprechen, und da wird nicht einfach was bestimmt. Das ist eine mögliche Reaktion. Eine andere mögliche Reaktion, die kann ich mir auch sehr gut vorstellen, ist, daß man sagt: Mensch, jetzt müssen wir schon wieder darüber sprechen, das ist doch eigentlich alles klar, aber die anderen haben immer noch was dagegen. Was soll der ganze Humbug?*

Ber.: Entschuldigung, es gibt eine dritte Reaktion, im Moment noch nicht fertig zu werden mit dieser neuen Erwartung, Aufgaben zu übernehmen, Angst davor zu haben, sie in die Tat umzusetzen.

Int.: *Ja, wo führt das hin, kann man auch fragen. Hört das überhaupt irgendwann mal auf? Gut, ich wollte von Euch nur wissen, wie hat das ausgesehen?*

Erz.: Weißt Du, das ist jetzt ein ganz spezielles Problem. Man muß davon ausgehen, daß hier Leute zusammen sind, die unterschiedliche Persönlichkeiten sind. Es hätte ja auch anders sein können. Und jeder hat eine gewisse Vorstellung von dem Team. Das bedeutet, daß jeder auf seine Art mitarbeitet. Und je nachdem, wie einer mitarbeitet, werden diese Probleme gelöst.

Erz.: Man empfindet das, aber man kann es unheimlich schlecht. - Es kommt auch, glaube ich, auf die Thematik an. Natürlich, die Persönlichkeit, die eigene Einstellung, aber auch die Themen ergeben verschiedene Reaktionen. Es gibt Situationen, da sind wir alle auf einer Wellenlänge.

Erz.: Die zweite Reaktion, die Du eben genannt hast, die gibt's bei uns eben auch ohne weiteres.

Erz.: Und wenn's die nicht gäbe, wäre es auch schlimm.

Int.: *Ja, ich möchte ja nur von Euch wissen, wie werdet Ihr damit fertig?*

Erz.: Es gibt zwei Wege. Wenn wir nicht damit fertig werden, liegt das meistens an irgendeinem Konflikt. Nur deswegen wird man eigentlich nicht damit fertig. Entweder wird das dann direkt angesprochen, oder es wird eben gelassen, und man versucht dann, durch Regeln, die wir schon mal aufgestellt haben, oder wir suchen neue Regeln. Oder es wird später ausgesprochen, wenn man wieder Luft bekommen hat. So wird das dann gelöst. Zu einem Schluß kommen wir schon irgendwie immer. Je nachdem, ob wir den Konflikt direkt auf-

greifen, ob es überhaupt sinnvoll ist, den jetzt aufzugreifen anhand dieses Problems, oder ob man sagt, das lassen wir mal fallen und versuchen, eine Regel zu finden.

Erz.: Und dann muß man sagen: Es gibt manchmal eine kleine Gruppe, die sich auch schon so praktische Maßnahmen zurechtlegt. Das ist bei einer Kollegin so, daß wenn das vier oder fünf Leute vom Team einbringen, dann reagiert sie gleich und blockt ab. So sind wir oft auch sehr vorsichtig und sagen, wir müssen jetzt noch einen Moment warten. Vielleicht spitzt es sich noch zu, daß es dann besser aufgegriffen werden kann.

Erz.: Ich habe auch das Gefühl, daß durch die Art, wie wir Teamsitzungen abhalten, das Team auch schon viel offener geworden ist. Zeitweilig mal wieder nicht, das ist schwankend. Die Möglichkeit besteht, daß sich das so entwickelt, daß wir langsam dahin kommen, daß auch jeder was sagt und nicht das Gefühl hat, oje, die wollen mich irgendwo kaltstellen. Die wollen ja nur unterdrücken oder so etwas, und das versucht man eben abzubauen. Durch diese Regeln, die wir da finden, ist es meiner Meinung nach eben möglich.

Int.: Es haben sich z.B. keine Fraktionen gebildet in dem Sinne, daß es schon quasi Lager gibt, wenn die einen für etwas sind, sind die anderen automatisch dagegen?

Erz.: Doch, das hat es zeitweilig gegeben. Es ist jetzt aufgeweicht, z.B. auf einer Wochenendtagung von allen Teammitgliedern und einem Berater.

Int.: Wenn ich Euch richtig verstanden habe, ist es ja wohl doch überwiegend so bei den Mitarbeiterinnen, daß sie die Gespräche, das Suchen nach Regeln, nach Verständigung eben als Chance empfinden und erleben und sich deswegen auch engagieren. Und da liegt eben meine Frage: Wie kommt das? Also was ist da der Unterschied zu früher?

Ber.: Ja, ein Grund ist, wenn z.B. S. nach meiner vorherigen Kenntnis als Helferin vorher nie etwas gesagt hat, nie ihren Mund aufgemacht hat, aber in anderen Bezügen sehr viel ihren Mund aufgemacht hat, (eigentlich mehr in einer Weise, die den Prozeß nicht konstruktiv voran getrieben hat), jetzt anfängt, hier Gedanken einzubringen, aktiv zu werden und sie erkennt das als eine persönliche Chance. So fängt sie z.B. an, sehr kritisch Beiträge der anderen Mitarbeiter unter die Lupe zu n ehmen. Und sie fängt an, sich von Personen unabhängig zu machen, von denen sie vorher abhängig war, und wird so aktiv und erkennt das als eine persönliche Chance. Sie kann formulieren, was sie sich selbst und andere ihr wahrscheinlich nie zugetraut haben vor einem Jahr.
Oder die Entwicklung von K. als Kinderpflegerin. Ich kenne sie jetzt seit drei Jahren. Da war Angst und eine Furcht vor Minderwertigkeit. Da waren keine Aussagen möglich. Und sie fängt an, jetzt auf einer Pressekonferenz die Begrüßung zu machen, in anderen Bereichen zu berichten über das,was hier passiert. Dann sind individuelle Chancen der Weiterentwicklung hier entstanden über den kollektiven Prozeß. Den muß man natürlich noch sehr genau untersuchen, aber das sind so Punkte. Da geht's los.

Erz.: Ich meine einfach, daß man mit der Zeit eben so Erfahrungen gemacht hat, daß es andersrum besser geht. Und das eben auch bei anderen - bei diesen beiden, die vorher nie die Möglichkeit hatten, sich einzubringen und ihre Arbeit gemacht haben, ein bißchen auch unzufrieden waren und wieder zufriedener, aber jetzt eben die Möglichkeit haben, sich einzubringen und das auch merken. Ich meine,

das ist positiv auf beiden Seiten.

Erz.: Was ich bei mir gemerkt habe ist, daß man versucht, nicht mehr so spontan zu reagieren, nicht mehr so emotional geladen zu reagieren, sondern versucht, das auf eine sachliche Basis zu bringen, und da ist halt sehr gut, daß wir die Dienstbesprechungen unterschiedlich leiten. Alle Gruppen sind durchnumeriert, und z.B. hat die erste Gruppe die Diskussion oder die ganze Dienstbesprechung vorzubereiten und durchzuführen, und die Gruppe zwei schreibt Protokoll, und dann ist sie eben das nächste Mal dran zu leiten. Dadurch ist also ein ständiger Wechsel vorhanden, so daß jeder mal in der Rolle des Diskussionsleiters steht und eben auch dann mal sagen muß: Hört mal Leute, jetzt reden wir schon 2o Minuten, es dreht sich immer noch im Kreis, und das bringt immer noch nichts. Wir müssen jetzt mal sehen, daß wir zu einer Entscheidung kommen. Oder der Protokollant sagt, wir reden immer über das und das und das. Wo soll ich denn jetzt eigentlich mitschreiben. Ich könnte laufend rumblättern oder Xe machen. Daß sich da auch etwas abspielt, daß man merkt, man muß lernen einzugreifen. Sonst ist man danach total unbefriedigt. Wir haben eine halbe Stunde über ein- und dasselbe Thema gesprochen. 3 Minuten hätten vollkommen genügt.

Int.: Wenn Ihr sagt, man muß jetzt aktiv werden, dann habt Ihr gleichzeitig vorhin beschrieben, daß Ihr auch das Klima verändert habt, so daß man aktiv werden kann. Das scheint ja ganz eng zusammenzuhängen.

Ber .: Ja, die Organisation und die Arbeitsbeziehung selbst. Was mir noch sehr wichtig erscheint, ist die Frage, wie gelingt es mir mit Hilfe meiner Kolleginnen, sehr eingeschliffene Handlungs- und Verhaltensweisen und bestimmte Wert- und Normvorstellungen, die ich hier gelernt habe, gegenüber Kindern und Eltern konkret zu verändern? Wie gelingt es mir nachher, über die Form der Arbeitsgruppen, in denen ich mehr oder weniger "gezwungen" bin, bestimmte Dinge mal offenzulegen: warum bin ich nicht bereit, meinen Raum so zu verändern, wie andere? Welche Gründe stecken dahinter? Warum sind Kinder bei mir anhänglicher als woanders? Usw., usw. Ja, und das ist ja eine Chance. Man hat Angst davor, und gleichzeitig ist es eine Belastung. Man hat Angst davor, und gleichzeitig hat man das Bedürfnis, bestimmte Dinge wegzuwerfen, freier, offener zu werden, sich gemeinsam weiterzuentwickeln. Hier geht es wirklich darum, daß man sagt, heute habe ich Dich beobachtet an der Stelle, das ist mir jetzt schon so oft aufgefallen. Du machst die Kinder von Deiner Person abhängig. Du hast Angst, die Kinder zu verlassen. Und das wird hier zur Diskussion gestellt. Und das geht in die ganze Struktur der Persönlichkeit. Das ist ein zukünftiges Problem. Dafür müssen wir Antworten finden. Und dann können wir nämlich sagen, was passiert bezogen auf die Kinder.

2. MEHR ELTERNARBEIT

Int.: *Was waren denn die Bedenken der Eltern?*

Erz.: Da hatte man die Vorstellung, daß es ohne Boß überhaupt erst nicht laufen kann. Das ging ihnen, glaube ich völlig ab.

Erz.: Und dann direkt auch pädagogische Probleme: Was ist mit unseren Kindern? Wird gewährleistet, daß die Kinder in der Zeit der Kindergartenarbeit nicht vernachlässigt werden? Daß wir nicht mit diesen Aufgabenbereichen in der Arbeit mit den Kindern belastet werden, daß sie also in der Vorbereitungszeit liegen. Dann hieß es: Was bringt es für die Kinder, diese ganze Teamarbeit? Gibt das überhaupt eine Veränderung?

Erz.: Es war so: Im Laufe der Diskussion waren es wirklich zwei Gruppen. Einige waren dafür und haben gesagt, also das ist eine gute Sache das Modell. Ob sie es schaffen, ist eine zweite Frage, das wurde auch gesagt. "Ich find's toll", "aber ob Sie das so schaffen, das müssen wir erst mal sehen. Ich stehe dahinter, aber Sie haben sich viel vorgenommen.", so ungefähr. Und dann waren wieder welche, die sagten: Also das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, daß das läuft. Es muß doch jemand da sein, der bestimmt.

Ber.: Wobei zu der ersten Linie zwei Frauen, die beide im Berufsprozeß gestanden hatten oder drin sind, sagten: Ich kann das irgendwo sehr gut nachvollziehen, was Ihr hier wollt. Durch meine alltäglichen Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz, und das wissen wir alle, hat sie dann so gesagt - das behindert einen, man ist entfremdet von dem, was man da eigentlich macht. Da gibt es ein Oben/Unten, irgendwo bringt es keinen Spaß mehr.

Erz.: Das empfand ich als ungemein wohltuend, wie die das gesagt haben.

Ber.: Und das war sehr politisch, meine ich, denn da gab es einen Zusammenhang zwischen ihrer Berufssituation und der Berufssituation von Erziehern, die ihre Kinder am Tag betreuten.

Erz.: Und dann kam nachmal die Richtung, daß die Eltern sagten: Ja, scheinbar ist es ja so, daß nur die Erzieher profitieren, oder sie wollen sich weiterentwickeln. Und wo bleiben die Kinder dann? Sie haben Angst gehabt, daß es gar nichts mit den Kindern zu tun hat, und wir haben dann halt versucht, das klarzustellen. Wenn ein gutes Arbeitsklima ist, dann wirkt sich das auch auf die Kinder aus. Wenn es also Querelen gibt usw., dann ist man auch den Kindern aggressiver gegenüber. Aber das war ziemlich stark zeitweilig, daß wir nur auf uns gucken würden und uns da weiterentwickeln. Das wäre auch ganz gut, sich persönlich weiterzuentwickeln, die Beziehung untereinander. Daß das aber nicht an den Kindern orientiert wäre.

Erz.: Das Problem der Eltern war ganz stark in den ersten 3-4 Monaten. Ich kann mich noch an einen Elternabend erinnern, wo wir das vorgestellt haben in allen Gruppen, welche Lösung wir jetzt gefunden haben. Und die Eltern haben gesagt: Sie standen immer so

auf'm Flur, und haben immer nur erzählt und haben Kaffee getrunken. Und die Kinder sitzen rum und so. Das war aber notwendig. Das war ein einziges Hin und Her.

Erz.: Für uns war's notwendig. Für die Eltern - nur zum Teil notwendig.

Erz.: Die wußten nicht warum. Man hat zwar immer gesagt: Ja, es muß doch irgendwie gemacht werden. Aber die Eltern wollten die erste Zeit die Schwester Agatha/Alberta zurückholen. Da haben sie gemotzt. Das geht doch nicht. Die war doch so Klasse. Und dann haben sie immer wieder gefragt: Habt Ihr jetzt endlich jemand, damit das mal endlich geordnet wird? Das waren so zwei Lager mehr oder weniger. Aber das hat sich nicht verschärft.

Int.: *Ihr habt den Eltern auch verständlich machen können immer wieder, daß das Notwendigkeiten sind, daß das von Euch nicht ein gewisser Luxus ist, den Ihr Euch erlaubt, sondern daß Ihr das braucht, um die Arbeit zu leisten?*

Erz.: Ne, in den ersten vier Monaten haben wir das gar nicht registriert, daß es da irgendwelche Elternbeschwerden gab.

Erz.: Es kamen einzelne Dinge, da kamen die Gerüchte, die wir auch in einer Dienstbesprechung besprochen hatten. Ich kann mich erinnern, daß die eben erzählt haben, daß hier die Mäuse tanzen.

Int.: *Wie konntet Ihr verständlich machen, daß das auch für die Kinder gut ist? Jetzt habt Ihr gesagt, daß sich schon in den ersten vier Monaten eine ganze Menge Konfliktmaterial angebahnt hat, wo aber noch nicht die Luft so rauskam. Und ich vermute, daß jetzt doch in diesem Gespräch die Eltern gesagt haben: Ja, aber wie war's denn in den vier Monaten? Und wie konntet Ihr sie überzeugen?*

Erz.: Bei mir in der Gruppe hat eine Mutter gesagt: "Ja, es war doch tatsächlich so, daß die Kleine heimgekommen ist", und es war also tatsächlich einmal ein Tag gewesen, da bin ich laufend rausgeholt worden, und die Kleine kam heim und hat gesagt, "ich geh morgen nicht mehr in den Kindergarten, das hat keinen Sinn, die Ulrike ist nie im Zimmer."Also, das war so eine Äußerung, wo ich tatsächlich der Frau recht geben mußte, weil das eben einmal war. Nur habe ich Glück gehabt, die Frau hat das verstanden, daß da eben was im Umbruch ist und das notwendig war.
Es war die Angst vorhanden, ja, wenn das einmal ist, ist das nicht schlimm, oder zweimal laß ich mir noch gefallen. Ein drittes, viertes und mehr Mal ist dann also nicht mehr drin. Wir haben dann einfach Sprechstundenzeiten zur Anmeldung festgelegt,haben die bekannt gegeben und haben ausgemacht, tatsächlich nur in den dringendsten Fällen, wenn Eltern sich extra dafür Urlaub genommen haben, daß man dann aus der Gruppe rausgerufen wird und sonst die Eltern für diese Sprechstundenzeit wieder bestellt werden. Daß sie halt tatsächlich den Weg zweimal gehen müssen, mit der Begründung, daß die Kollegin in der Kindergruppe ist und nicht rausgeholt werden kann. Und die Eltern der Kindergruppe haben gemerkt, man hat sich selbst unwohl gefühlt. Das hat man mir auch angemerkt, und gesagt: Okay, das geht nicht von heute auf morgen. Und das ist auch einsichtig. Aber auf einen längeren Zeitraum hin muß es gewährleistet sein, daß tatsächlich nur in dringenden Fällen rausgeholt wird. Und wenn das tatsächlich stattfindet, merken die Eltern das auch.

Erz.: Ja, ich hatte dann auch noch den Eindruck, daß die Eltern das überzeugt hat, daß wir das ja nicht abgeleugnet haben. Wir haben das zugegeben: Ja, es war auch so. Ich mußte ja raus und

telefonieren. Aber wir haben uns Gedanken dazu gemacht, und haben die und die Lösungswege jetzt gefunden: Die Sprecherin übernimmt das Telefon usw. Wir haben andere Wege gesucht, um das organisatorisch abzuklären, daß wir bei den Kindern sind und auch mit den Kindern wie früher direkter arbeiten können. Und irgendwie, meine ich, hat das auch die Eltern überzeugt. Und dann waren z.B. Eltern da, die eine hat gesagt, sie hätte den Eindruck, jetzt läuft viel mehr, es wird viel mehr unternommen. Es ist einfach mehr los. Und die Schwester Alberta hätte Druck ausgeübt. Dann mußte man wieder sagen: Nein, so war's auch nicht. Wir haben sehr frei arbeiten können.
Es waren also sehr unterschiedliche Meinungen

Erz.: Also es wurde versucht, unsere Arbeit transparenter zu machen. Es wurden viel mehr Elternbriefe rausgegeben, und die Eltern waren mehr informiert als früher.
Es ist tatsächlich so, daß man eben gemerkt hat, es muß mehr an die Eltern raus, um diese Ängste abzubauen, und es einfach auch gesehen wurde; es wurde auch nachgefragt, ja haben Sie denn tatsächlich - (der Osterbrief z.B.) - in der Richtung was gemacht? Es war ja dann sichtbar, was die Kinder zu Hause für Fragen formuliert hatten und man dann tatsächlich damit aufweisen konnte, daß man sich um die Thematik bemüht hatte, nicht nur etwas aufs Papier schreibt, damit halt was draufsteht und die Eltern was haben, sondern man versucht eben, das zu schreiben, was überhaupt durchführbar ist.

Erz.: Und dann kam auch der Punkt, wo es an Elternabenden behandelt wurde, daß wir gesagt haben, wir müssen das allen Eltern transparenter machen, nicht nur dem Elternbeirat. Der hat zwar die Aufgabe, das weiterzutragen. Das hat er auch teilweise sehr gut gemacht. Aber irgendwo muß das nochmal richtig behandelt werden, weil alle Eltern irgendwo verunsichert sind. Und das wurde also in allen Gruppen gemacht.

Ber.: Wenn man versucht, nochmal auf die Frage zurückzukommen, aus der man den Entwicklungsprozeß aus der Sicht Euerer Qualifikation verfolgt, dann würde ich sagen: In der ersten Phase, auch bevor das Modell entstand, eine ziemlich sozial minderwertige Situation von jungen, kinderlosen Erzieherinnen gegenüber Eltern mit all den damit verbundenen Problemen, und in der zweiten Phase zunehmend ein höheres Selbstbewußtsein der Erzieherinnen Eltern gegenüber, aber - und das ist jetzt die dritte Phase, in der wir uns befinden - ja auch mit Nachteilen. Man tritt in einer Art und Weise auf, was wir auch schon einmal diskutiert haben, die noch nicht in der Lage ist, z.B. auch die sozialen oder die psychologischen Situationen von solchen Eltern zu begreifen. Wir sind dabei, neue Formen der Elternarbeit hier zu entwickeln, die die affektive Situation viel, viel stärker in den Vordergrund rückt und sie mit der kognitiven Aufklärung verbindet. Das Selbstbewußtsein wird gekoppelt mit einem neuen Verständnis. Das ist eine höhere qualitative Stufe. Das ist ein Unterschied gegenüber früher.

Erz.: Man müßte eigentlich dazu kommen, daß die Eltern auch bei der Arbeit große Unterstützung bieten können. Daß man da nicht sofort abblockt, sondern auch mal sagt, ich habe damit Probleme und ich weiß auch nicht, wie ich da zu Rande kommen soll. Nicht sich den Eltern so präsentieren, als wüßte man alles.

3. BESSERE ERZIEHUNGSARBEIT

Int.: *Um jetzt auf die Kinder zurückzukommen: könntet Ihr dafür ein kleines Beispiel geben, daß die Arbeitssituation, die Ihr jetzt habt, und das Gefühl, über das wir gesprochen haben, da auch mehr gestalten und entwickeln zu können, dazu geführt haben, daß Ihr eine andere oder stärkere Motivation für die Arbeit mit den Kindern habt? Also daß alles, was wir jetzt besprochen haben darüber, wie Ihr arbeitet, sich jetzt irgendwie auch ausdrückt in der Arbeit mit den Kindern. Und in Eurem Gefühl davon, wie Ihr mit den Kindern arbeitet?*

Erz.: Ja man ist mittlerweile sehr bereit, wenn einem an Elternarbeit etwas gelungen ist oder man mit Kindern was Gutes gemacht hat, das an die Kollegin weiterzugeben. Oder die Partnergruppe halt eben einzuladen, was früher nicht so leicht war.

Erz.: Ja doch, zum Teil, würde ich sagen, ist eine engere Arbeit mit den Partnern zustande gekommen, also die Verbindung von dem einen zum anderen Gebäude, daß eben keine Kriege dahinten mehr abgehalten werden, daß also die Kinder merken, es ist da eine gleichbleibende oder eine gleiche Richtung da. D.h. daß also beide Gruppenleiterinnen sagen, Ihr könnt Euch abmelden, Ihr könnt uns besuchen kommen, Ihr könnt rüber kommen. Aber bei den größten Schlägereien wird halt von beiden Seiten eingegriffen. Die Kinder können also nicht mehr die Äußerung machen: Du hast mir nichts zu sagen! oder so etwas, sondern die Kinder lernen auch, auf andere Leute zu reagieren, und auch deren Aussagen tatsächlich anzunehmen. Und das wird halt dadurch verstärkt, daß man mehr die Patengruppen einlädt, und unterschiedliche Dinge macht. Man versucht auch, die Kindergruppen untereinander noch mehr bekannt zu machen, daß wir z.B. sagen: Ja, abwechselndes Sitzen, damit sie untereinander ins Gespräch kommen, daß man also mal eine Basis findet ohne Krieg oder Kämpfen oder sonstige Raufereien.

Int.: *Das heißt also, wenn man es ein bißchen auf eine Formel bringen möchte, könnte man sagen, daß so das, was man in vielen Kindergärten hat, dieser Ausdruck von Gruppenrivalitäten und das Gefühl bei den Kindern, Du hast mir noch lange nichts zu sagen, ich gehe zu meiner Gruppenleiterin, daß an diese Stelle etwas Neues tritt. Die Kinder lernen allmählich, daß die Erwachsenen untereinander kooperieren und daß deswegen auch die Kinder mit verschiedenen Erwachsenen kooperieren müssen. Das müßte dann ja auch den Effekt haben, wie Du es beschrieben hast, daß man die Kinder auch leichter - weil man es ihnen vormacht - dazu bringen kann, untereinander zu kooperieren?*

Erz.: Damit ist es auch leichter, die Arbeitsgruppen zu gestalten. Man versucht also nicht, die Kinder auf zwei Personen zu fixieren, abgesehen von der Anfangssituation, wenn sie neu sind. Daß sie also lernen, nicht nur die Leute hier zu erleben: Man geht

rein in die Gruppen, man schaut sich das an, die Räume sind nicht mehr fremd, die Personen sind nicht mehr fremd, und so wird es erst möglich, daß die Kinder auch mal von einem anderen betreut werden, und daß wir auch in der Lage sind, auf unsere Kinder einzugehen, auch auf Kinder, die etwas schwieriger sind, daß man sich untereinander austauscht.

Int.: *Aber das muß doch für die einzelne Erzieherin ein ungeheuer entlastendes Gefühl sein. Sie ist nicht mehr für alles, was die Kinder ihrer Gruppe tun, völlig allein verantwortlich und muß dafür geradestehen. Sie erlebt es dann doch, wenn ich das richtig verstanden habe, als einen Kooperationsprozeß, in dem sie was tut, und die anderen was tun, und nicht, wenn jetzt was passiert, alle angestürzt kommen: Was hast Du denn da gemacht?, sondern daß man sich dann zusammensetzt und das bespricht, und dann sagt man: Ich habe das so gemacht, weil das und das nötig war - daraufhin zielte meine Frage. Ich stelle mir vor, daß das ganz einfach für das Gefühl bei der Arbeit auch eine deutliche Wirkung haben könnte.*

Erz.: Es läuft harmonischer unbelastender ab. Man kann aus dem Zimmer gehen und sagen: Wenn was ist, kannst Du rauskommen oder auch mal rübergehen. Die G. sitzt in ihrem Zimmer. Du kannst sie mal fragen. Man versucht, Verbindungen auch herzustellen. Geh doch mal rüber, frag sie doch einfach, wieviel Uhr es ist. Daß die Kinder in das andere Zimmer gehen; daß sie lernen, kleinere Aufträge innerhalb eines Gebäudes auszuführen, sich auf einen größeren Raum beziehen. Die Kinder lernen also generell noch eine Menge dabei.

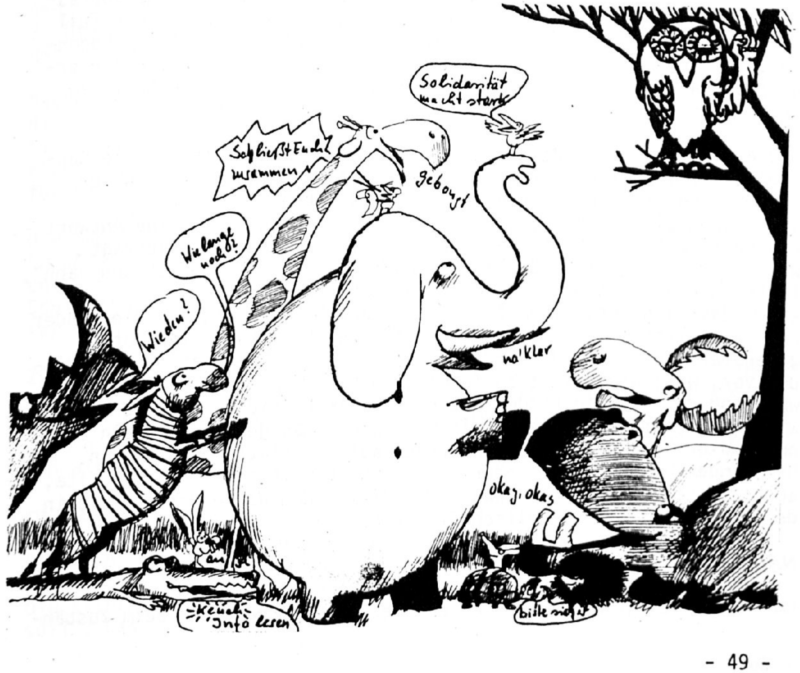
Ber.: Ja, und dazu kommt, meine ich, das ist sehr eng damit verbunden, daß in dem Maße, wie es jetzt in dem Kindergarten gelingt, eine pädagogische Konzeption über zeitlich befristete Arbeitsgruppen, die gekoppelt sind an das Plenum, während der Vorbereitungszeit einzurichten, passiert, was eigentlich in der Bildungseinrichtung des Kindergartens fehlt, nämlich wirklich auch eine sorgfältige theoretische Fundierung der Kinderarbeit. Früher wurde recht pragmatisch, sehr praktisch bezogen gearbeitet, von Kindsituationen aus, doch relativ isoliert. Heute ist das Ziel über eine Kontinuität von Arbeitsgruppen z.B. "Neue Kinder in der Gruppe", "Berufspraktikanten", "Sexualerziehung" usw. usw. - Bausteine für ein Konzept zu entwickeln.... Man fängt an, meine ich, sorgfältiger zu planen: Früher gab es häufig das schlechte Gefühl, am Montag mit den Kindern anzufangen und einen Dienstplan zu haben, aber sehr schlecht vorbereitet, sehr ungenügend vorbereitet zu sein. Oder alleine und nicht in Kommunikation mit anderen zu stehen. Arbeitet man jedoch zusammen, da wird das ganze Feld der Kinderarbeit sehr kniffelig und spannend.

Erz.: Ja dadurch, daß man sich unterhält, man viel mehr Erfahrung, viel mehr Materialien bekommt, die man dann ja auch seiner Gruppe weitergeben kann. Weil man viel mehr verschiedene Situationen auch hört und man überhaupt mal mehr darauf achtet, was sich in der Gruppe abspielt. Durch die ganzen Beobachtungen viel intensiver auf einzelne Kindergruppen eingehen kann und das dem einzelnen Kind ja auch dann wieder zugute kommt. Man fängt also nicht mehr an, in der ganzen Gruppe zu arbeiten, sondern das wurde allein schon durch das DJI-Modell verändert, daß man nicht mit allen dasselbe machen sollte oder muß, sondern immer mit der entsprechenden Gruppe, die das eben als Problem hat.

Erz.: Man fängt an, die einzelnen Kinder in ihrer Eigenart noch mehr aufzugreifen, zu erfassen.

Erz.: Dadurch, daß sich eben andere gegenseitig oder ein Kind gemeinsam beobachten, verschiedene Verhaltensweisen zu einer Situation möglich werden, und man eben dann fragt und sucht, warum hat es diese Reaktion bei dem einen, jene Reaktion beim anderen?

Ber.: Für mich ist die Beantwortung durch einen anderen Spiegel überprüfbar, nämlich durch Euer selbstbewußtes und kritisches Auftreten in der Öffentlichkeit z.B. gegenüber den Grundschullehrern und Rektoren, gegenüber Ärzten, Sozialstationen, überhaupt gegenüber anderen Einrichtungen und der Gemeinde. Das ist, meine ich, schon eine Folge dessen, was Veränderung von Kinderarbeit anbetrifft. Wir haben uns ja bisher, aufgrund der ganzen historischen Entwicklung des Kindergartens recht sozial minderwertig gefühlt gegenüber anderen Berufsgruppen. Plötzlich merken wir, siehe jetzt die letzte Pressekonferenz, also irgendwo haben wir ja was zu sagen, und zwar zielgerichtet und inhaltlich. Ja, das ist - meine ich schon - eine Folge. Irgendwo muß man das ja mal auch effektiv in den Wirkungen überprüfen. Damit das nicht nur so eine Phrase ist. Das ist ein anderes gesellschaftliches Selbstbewußtsein, und das ist für die nächsten zwei Jahre weiterzuentwickeln und anderen Erzieherinnen gegenüber ermutigend darzustellen.



Westberliner Erzieher(innen)

GESELLSCHAFTLICHE REALITÄT – NICHTS FÜR KINDER ODER WIE MAN SICH NICHT AUSEINANDERDIVIDIEREN LÄSST

In zwei Gruppen wurde das Thema "Wohnen" behandelt. Man besichtigte Sanierungsgebiete, besah sich Häuser von innen und außen. Dasselbe geschah in der Gropiusstadt. Man verglich Wohnungsgrößen, Mieten und Umweltverhältnisse. Dann wurde noch ein Besuch in einer Villa gemacht, um zu sehen, wie manche Hausbesitzer leben. Schließlich tauchte die Frage auf, was passiert, wenn die Bewohner eines Hauses nicht wollen, daß dieses abgerissen wird....

In der Reichenbergerstraße in Kreuzberg wird zur gleichen Zeit gerade ein Gebäudekomplex abgerissen. Es handelt sich um Bauten aus der Gründerzeit, also bauhistorisch interessante Objekte. Die Bürgerinitiative setzt sich für den Erhalt dieses Teiles ihrer "gewachsenen Umwelt" ein. Außerdem gibt es viele Pläne, die Gebäude zu nutzen: Turnhalle, Jugendzentrum, Beratungsstelle, Gemeinschaftshaus usw. Ein großer Teil der Vorschläge stammt aus einem Senatswettbewerb, der unter dem Namen "Strategien für Kreuzberg" mit Unterstützung der ansässigen Kirchengemeinden zur "Bürgerbeteiligung" bei der Stadtsanierung aufruft. Offensichtlich gibt es aber verschiedene Auffassungen von "Bürgerbeteiligung", denn eines morgens werden ein Teil der Gebäude von der Polizei geräumt und sofort mit dem Abriß begonnen. An einem der nächsten Tage besuchen die oben erwähnten Kindergruppen das Gelände, um eine Möglichkeit, sich gegen den Abriß zu wehren, anzuschauen.

Die Abrißarbeiten finden weiter unter Polizeischutz statt, die Baustelle ist mit Stacheldrahtrollen abgesperrt. Die Kinder sind erstaunt - so etwas haben sie noch nicht gesehen.
Sie fragen die Polizisten, warum sie Helme aufhaben - keine Antwort -. Ein Herr im Anzug - offenbar Bezirksamtvertreter - wird gefragt, warum der Stacheldraht da liegt: "Damit keiner sich verletzten kann", lautet die Antwort nach mehreren Versuchen.
Warum das nicht bei allen Baustellen gemacht wird, fragen die Kinder zurück. Solchermaßen gestört behauptet der Bezirksamtsvertreter gegenüber den anwesenden Erwachsenen: "Die schicken jetzt schon Kinder vor, weil sie selbst zu feige sind." Dann will er noch wissen, was denn das für ein Kindergarten sei. Als er dieses nicht erfährt, wird in sicherer Entfernung ein Fotoapparat aufgebaut, und ein Ordnungshüter versucht, alle Anwesenden auf die Platte zu bekommen.
Die Kinder müssen bald wieder gehen, wegen Mittagessen in der Kita, aber sie sehen auf dem Rückweg noch die beiden Wasserwerfer, die in der Seitenstraße in Bereitschaft stehen.

NACHSPIEL

Am Mittag desselben Tages rief das Bezirksamt Kreuzberg beim zuständigen Vorgesetzten der Kita an: Zwei Jugendliche seien mit Kindern dort gewesen und hätten sich unqualifiziert geäußert. Außerdem hätten die Erzieher die Kinder bewußt in Gefahr gebracht.
Also:
Es dauert nur wenige Stunden bis die Polizei, offenbar anhand der Fotos, die Kita in einem anderen Bezirk herausfindet.
Wenn man mit Kindern eine Baustelle besichtigt, ist das "Umwelterfahrung". Wenn diese Baustelle aber mit der Polizei vor den Bürgern geschützt wird, ist die Besichtigung eine Gefährdung der Kinder. Wer Kindern zeigt, wie sich Betroffene wehren können, ist unqualifiziert. Was macht wohl das Bezirksamt Kreuzberg mit den Informationen über die anscheinend identifizierten Kollegen?

DIE MITARBEITERBESPRECHUNG

Nachdem die Kollegen durch ihren Vorgesetzten von dem Anruf des Bezirksamts Kreuzberg und der Polizei erfahren hatten, wurde das ganze auf der Dienstbesprechung behandelt.
Es gab eine ziemlich lange Diskussion zu diesem Thema mit folgendem, kurz zusammengefaßtem Inhalt:
Die Mehrheit der Kollegen betrachtete dies zwar von vornherein als Einschüchterungsversuch, aber über Gegenmaßnahmen herrschte zunächst Ratlosigkeit. Einige Kollegen erklärten sich zwar solidarisch mit den Betroffenen, meinten aber, daß sie selber nicht in die "Feuerwache" (von den Kindern besichtigtes, mittlerweile abgerissenes Haus, d. Red.) gegangen wären. Zwei Gründe wurden dafür angegeben:
1. Die Gefährdung der Kinder sei nicht auszuschließen, und sie würden sich nicht zutrauen, die Situation richtig einzuschätzen.
2. Die Kinder seien fast alle noch zu klein, um zu verstehen was dort ablief.

Nach langer, bemerkenswert tolerant geführter Diskussion veränderten die Kollegen ihre Haltung.
Sie gaben zu, daß das Argument:"Die Kinder sind zu klein" eigentlich vorgeschoben war. Im Grunde hätten sie nur Angst vor der, für sie ungewohnten Situation in einem besetzten Haus, genau wie auf einer Demo.
Die mögliche Gefährdung sei auch kein Argument, den Kindern diese Erfahrung vorzuenthalten, denn mit dem gleichen Argument kann man unter Hinweis auf den Großstadtverkehr jede Unternehmung sabotieren. Schließlich einigten wir uns darauf, daß wir die Kindergruppe dieser Kolleginnen das nächste Mal zur "Feuerwache" mitnehmen.

Zu unserem weiteren Vorgehen beschlossen wir einen Elternabend und den Euch vorliegenden Artikel, um die für uns größtmögliche Öffentlichkeit herzustellen, damit andere Kollegen aus diesen Erfahrungen lernen können. Der Artikel sollte allerdings so geschrieben sein, daß wir als Schreiber nicht ohne weiteres erkennbar würden.

DER ELTERNABEND

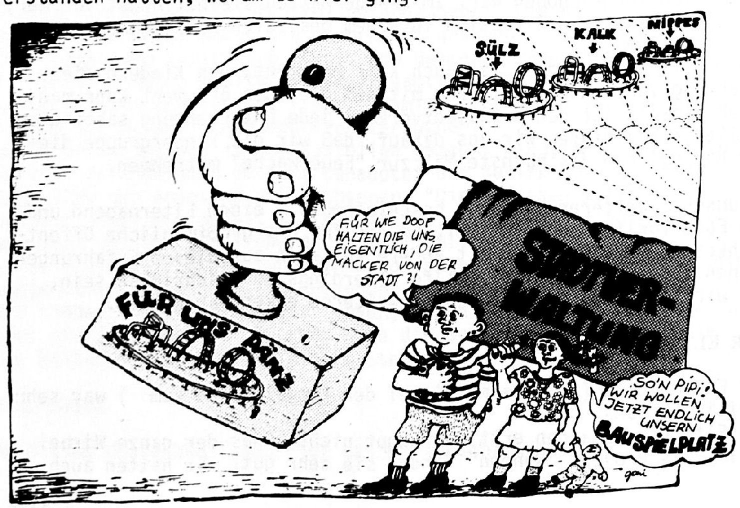
Der Elternabend (knapp ein Drittel der Eingeladenen kam) war sehr positiv für uns.
Die Eltern verstanden erst überhaupt nicht, "was der ganze Wirbel soll". Das Projekt "Wohnen" fanden sie sehr gut, wir hatten auch

vorher schon mit den meisten darüber gesprochen.
Worauf diese ganze Sache hinauslief, wurde den meisten erst klar, als die Frage kam: "Warum haben Sie denn nicht gesagt, woher Sie kommen, dann wäre auch nicht nachgeforscht worden".
Wir argumentierten mit den einschlägigen Erfahrungen, die fast jeder Kollege im öffentlichen Dienst inzwischen mehr oder weniger unmittelbar gemacht hat: Gesinnungsschnüffelei, Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse.

Von diesem Zeitpunkt an waren sich fast alle einig in der Beurteilung dieses Vorfalls als ein Ereignis, das unter anderen Umständen vielleicht zu Disziplinierungen geführt hätte, der Einschüchterung dienen soll und die Personalakte anwachsen läßt.
Offensichtliches Erschrecken herrschte über die perfekte Arbeit des Staates an diesem Punkt, wo doch jedermann weiß, wie lange Computer brauchen, um Arbeitslosengeld zu berechnen.

Es gab auch Eltern, die im nachhinein Angst um ihre Kinder bekamen, uns aber trotzdem nicht eine bewußte "Gefährdung" in die Schuhe schieben wollten, zumal keiner der am "Tatort" anwesenden "Ordnungshüter" auf die "Gefahr" hingewiesen hatte. Diese Eltern baten darum, demnächst von solchen Aktivitäten vorher unterrichtet zu werden, um darüber zu reden, eventuell sogar selber dabeisein zu können. Mehrere Eltern wollten mit ihren Kindern noch einmal selber dorthin gehen.

Diese Reaktion hat uns auf jeden Fall ziemlich den Rücken für Ähnliches gestärkt, genauso wie die Absicht der Kollegen, solche Projekte in Zukunft gemeinsam zu planen, ein gutes Zeichen ist.
Die geplante Einschüchterung schlug weitgehend in ihr Gegenteil um.
Ps: Am Di. d.15.6. wurde die Feuerwache durch einen großen Polizeieinsatz geräumt und sofort abgerissen. Wir haben daraufhin mit den Kindern einen weiteren Besuch gemacht und ihnen die Reste gezeigt. Die Kommentare von sehr vielen zeigten eigentlich, daß sie sehr wohl verstanden hatten, worum es hier ging!



Initiativgruppe Kindertagesstätten Rhein-Main

VERSUCH DER SELBSTORGANISATION VON ERZIEHERINNEN

Die wirtschaftliche und politische Krise in der Bundesrepublik seit Anfang der siebzigerJahre stoppte die im Zuge der 'Reformeuphorie' 1968/69 erfolgten Verbesserungen im Bereich des Kindergartens (mehr Kindergartenplätze, mehr Personal, qualitative Verbesserung des pädagogischen Angebots) und machte sie teilweise wieder rückgängig.
Dies führte zu einer zunehmenden Unzufriedenheit vieler Erzieher über ihre Arbeitsbedingungen; dieser Unmut blieb jedoch aufgrund der kleinen 'Betriebseinheiten', des fehlenden Forums für einen Informationsaustausch (praktisch keine gewerkschaftliche Organisierung von Erziehern) sowie unzureichender Fortbildungsmöglichkeiten isoliert.

Eine Gruppe von 7 Personen, die theoretisch und praktisch im Vorschulbereich tätig waren, wollte durch den Versuch einer Selbstorganisation von Erziehern diesen Unmut aus der Isolation holen und zum Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit aller im Elementarbereich Tätigen motivieren.

Im Juni 1976 wurde eine Bestandsaufnahme zur Situation im Kindergartenbereich fertiggestellt, die die Grundlage für die Diskussion der Initiativgruppe darstellte. Die Bestandsaufnahme umfaßte folgende Punkte:.

1. Kindergruppen werden geschlossen, ganze Kindergärten sind von der Schließung bedroht.
2. Die Arbeitsplätze sind durch Kürzungen der Finanzmittel in Gefahr.
3. Jahrespraktikantinnen finden nur noch schwer einen Ausbildungsplatz.
4. Die Kindergartenbeiträge werden erhöht.
5. Keine angemessene Erhöhung der Mittel für Lehr- und Lernmaterialien.
6. Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (z.B. Erhöhung des Erzieher-Kind-Verhältnisses auf Richtlinienstand von 1963 und darüber).
7. Kooperative Arbeitsformen werden zunehmend in Frage gestellt.
8. Zunehmende Einengung der pädagogischen Arbeit durch Träger und andere politische Gruppen.
9. Zurücknahme von Ansätzen praxisnaher Ausbildung.
10. Keine genügende Verbreitung der Ergebnisse aus Modellversuchen, dadurch geringere Möglichkeiten der Verwirklichung pädagogischer Konzepte.

Inzwischen umfaßt die Initiativgruppe ca. 90 Personen: Erzieher aus Kindergärten und Kindertagesstätten, Aus- und Fortbilder, Mitarbeiter aus der Fachberatung, der Fach- und Dienstaufsicht und Eltern. Jeden Monat findet ein Treffen der IG statt, 4mal bisher auch ein Wochenendseminar. Es existieren Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Aus- und Fortbildung
  Die Gruppe versucht vor allem, einen Kontakt zwischen Mitarbeitern im Vorschulbereich und Fach- und Fachhochschülern herzustellen.
- Elternarbeit im Hort
  Da im Hort Elternarbeit bisher praktisch nicht existiert, jedoch außerordentlich wichtig ist, versucht die Gruppe, Ansätze von Elternarbeit zu entwickeln.
- Kindergartenbeiträge
  Es werden die juristische Problematik und die sozialen Folgen für die betroffenen Eltern untersucht, die durch die Staffelung bzw. Gleichschaltung der Kindergartenbeiträge hervorgerufen werden. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Abschaffung der Kindergartenbeiträge diskutiert.
- Teamarbeit
  Die Gruppe Teamarbeit erarbeitet folgende Punkte:
  1. Die äußeren Bedingungen (rechtliche Grundlagen u.a.) für Teamarbeit.
  2. Die inneren Bedingungen (Teambereitschaft und -fähigkeit der einzelnen Mitarbeiter).
- Eingangsstufe
  Untersucht werden die Vor- und Nachteile der geplanten Eingangsstufe für die Kinder und ihre Auswirkungen auf den Kindergarten.
- Öffentlichkeitsarbeit
  Diese Gruppe soll verschiedene Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit auf dem Hintergrund der Ziele der Initiativgruppe erarbeiten.

Die Themen ergeben sich aus den von den Erziehern eingebrachten Erfahrungen; von daher orientieren sich die Diskussionen an konkreten Erscheinungen des Kindergarten-Alltags.

Im Kampf gegen die Rückschritte im Vorschulbereich sieht es die Initiativgruppe als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, eine Öffentlichkeit für die Probleme in den Kindertagesstätten zu schaffen, auf die öffentliche Diskussion einzuwirken und aktiv auf die Veränderungen Einfluß zu nehmen. Zum erstenmal trat die Initiativgruppe am 1. Mai dieses Jahres sichtbar an die Öffentlichkeit. Auf Transparenten und einem Flugblatt wurden die folgenden Forderungen gestellt:

- Mehr öffentliche Mittel für Erziehungstätigkeit!
  ÖKONOMISCHE KRISE NICHT AUF KOSTEN DER KINDER!
- Einstellung aller ausgebildeten Erzieher!
- Kleine Kindergruppen!
- Mehr Zeit für pädagogische Planung!

Die gewerkschaftliche Orientierung der Initiativgruppe findet in diesen Forderungen ihren praktischen Ausdruck. Für die Zukunft wird

es wichtig sein, in verstärktem Maße an die Öffentlichkeit zu treten, Eltern und weitere Erzieher miteinzubeziehen und überregional mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten.

Bemerkenswert ist das große Engagement der Mitarbeiter der Initiativgruppe, finden doch alle Veranstaltungen in ihrer Freizeit statt. Zugleich ist es so, daß nicht nur gearbeitet wird: die Mitglieder der Initiativgruppe sitzen auch mal gern gemütlich zusammen; sie treffen sich jeden Monat einmal zu einem gemeinsamen Essen; an den Wochenendseminaren nehmen auch ihre Kinder teil, es wird getanzt und auch Theater gespielt.

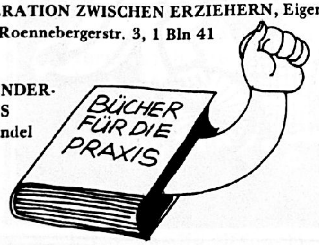
Wer Interesse an einer Mitarbeit in der Initiativgruppe hat, kann sich an folgende Kontaktadresse wenden:
Initiativgruppe Kindertagesstätten Rhein-Main c/o Harald Seehausen, Wittelsbacher Allee 60, 6000 Frankfurt 60, Tel.: 0611/432041.

★

AUSGEWÄHLTE LITERATUR UND ARBEITSMATERIALIEN



- **Kurt Bader, Gerd Otto, Detlef Stoklossa**
  HANDBUCH FÜR KINDERTAGESSTÄTTEN, Rowohlt 1977
- **Janusz Korczak, WIE MAN EIN KIND LIEBEN SOLL, Vandenhoek 1972**
- **W. Frommelet, H. Mayrhofer, W. Zacharias**
  ELTERN SPIELEN, KINDER LERNEN, HANDBUCH FÜR SPIELAKTIONEN, Weismann Verlag
- **Lutz von Werder (Hrsg.), WAS KOMMT NACH DEN KINDERLÄDEN, Wagenbach Verlag**
- **Frances Vestin, ALLE MACHT DEN KINDERN, Gerhardt Verlag 1971**
- **John Holt, WIE KINDER LERNEN, Beltz Verlag 1971**
- **Marianne Kokigei, KOOPERATION ZWISCHEN ERZIEHERN, Eigenverlag**
  Kontakt: Kinderzentrum, Roennebergerstr. 3, 1 Bln 41
- **DER ROTE ELEFANT – EINE AUSWAHL VON KINDER- UND JUGENDBÜCHERN ZUM THEMA "SOZIALES LERNEN" –**
  erhältlich über den Buchhandel oder bei Prolit-Buchvertrieb, Postfach 2969, 63oo Giessen
- **KINDERMEDIEN**
  Zeitschrift Ästhetik und Kommunikation, Nr. 27



- **FILME DER ARBEITERBEWEGUNG (EIN KATALOG MIT FILMEN ZU ERZIEHUNG UND SCHULE * MIETEN UND WOHNEN * FREIZEIT * ZUR LAGE DER FRAUEN * FILME FÜR KLEINE MENSCHEN (AUCH KINDERFILME GENANNT) u.a.)**
  Medienzentrum Kreuzberg, Mariannenplatz 2, 1 Berlin 36
- **ARBEITSBLÄTTER FÜR DIE ERZIEHUNGSPRAXIS**
  Österreichische Gesellschaft für das schöpferische Spiel/ Redaktion für die BRD: Elisabeth Simon, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Ollenhauerstr. 3, 53oo Bonn
- **MATERIALIEN ZUM KINDERGARTENGESETZ NRW**
  Hrsg. Diözesan-Caritasverband Essen 1973

AKS Hamburg

GEWERKSCHAFTSARBEIT UND RATIONALISIERUNG

Die Wahrnehmung von Lohnarbeiterinteressen bei Erziehern und Erzieherinnen und damit eine gewerkschaftliche Organisierung hat zwar in den letzten Jahren zugenommen, wird jedoch noch allzu oft verhindert durch die weit verbreitete Ideologie des Dienens.
Angesichts der materiellen Situation der Kindergärten, der schon durchgeführten und noch anstehenden Rationalisierungen bedarf es dringender denn je eines einheitlichen gewerkschaftlichen Handelns.
Die folgenden Berichte über die gewerkschaftliche Arbeit in der "Hamburger Vereinigung städtischer Kindertagesheime" sollen dort, wo bisher die gewerkschaftliche Praxis brach lag, die Kolleginnen und Kollegen motivieren, eine gemeinsame Arbeit aufzunehmen.

GEWERKSCHAFTSARBEIT IM BEREICH DER "VEREINIGUNG STÄDT. KINDERTAGESHEIME"

In der "Vereinigung" sind ca. 180 Kindertagesheime des Stadtstaates Hamburg zusammengeschlossen. Von den 3 600 Mitarbeitern sind ca. 750 Mitglieder der ÖTV, hinzu kommen ca. 200 in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und 100 in der Deutschen Angestellten Gewerkschaft organisierte Kolleginnen und Kollegen. Neben diesen 3 Gewerkschaften ist im Betrieb die Liste "Angepackt" vertreten, dabei handelt es sich um aus der ÖTV ausgeschlossene Kollegen, die dem Kommunistischen Bund nahestehen.

Seit 1972 besteht ein arbeitender Vertrauensleutekörper - z.Zt. 32 Mitglieder - der sich eine 8köpfige Vertrauensleuteleitung wählt, die einmal im Monat tagt. Einmal monatlich tagt auch der gesamte Vertrauensleutekörper.
Die "Vereinigung" ist vom Betrieb her aufgeteilt in 8 Kreise, über die jeweils 1 sogenannte Kreisjugendleiterin die Dienst- und Fachaufsicht führt. Entsprechend diesen 8 Kreisen ist auch die Betreuung der ÖTV-Mitglieder vom VLK her aufgeteilt. Das heißt, daß jeweils in den Kreisen die Vertrauensleute gewählt werden, die dann zusammen den Gesamt-VLK bilden und daß auch Mitgliederversammlungen in den Kreisen abgehalten werden. Diese haben dann einen privateren Charakter (ca. 20-30 Teilnehmer) und dort können auch Kollegen angesprochen werden, die zu den Gesamt-MV im Gewerkschaftshaus nicht kommen oder sich nicht äußern. Die Gesamtmitgliederversammlungen werden zu zentralen Themen durchgeführt: Tarifrunde, Rationalisierungsmaßnahmen etc., während die "kleinen" Kreismitgliederversammlungen auch der Betreuung der einzelnen Kollegen und deren Problemen dienen und auf denen die Betriebsversammlungen vorbereitet werden. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ist sehr eng und zum großen Teil auch Personalunion.

Weiterhin wird in Arbeitskreisen, die über einen bestimmten Zeitraum zu verschiedenen Problemen eingerichtet wurden, gearbeitet:

AK "Kinderpflegerinnen"
der zur Problematik derselben (schlechte Ausbildung, keine Möglichkeit zur Gruppenleitung mehr) arbeitet.

AK "Älterer Mitarbeiter",
der Perspektiven zu erarbeiten versucht, die Überbelastung älterer Erzieherinnen im Gruppendienst zu ändern.

AK "Tiefkühlkost"
Die gesamte Vereinigung wird nach und nach auf Tiefkühlkost umgestellt. Neben großen Problemen im tariflichen Rahmen für die Hauswirtschaftsleiterinnen gibt es das Problem, inwieweit Tiefkühlkost überhaupt geeignet ist für Kleinkinder, Schulkinder etc. Was als Ergänzungskost angeboten werden muß und wie dementsprechend die Stundenzuteilung für die Hausarbeiterinnen aussehen muß. (Zeitbemessung zur Essenherstellung).

AK "Pädagogische Konzeption der Vereinigung"

Darüberhinaus machen wir ab und zu Veranstaltungen (Vorführung des Heidenreich & Harbeck-Films vor dem 1. Mai), Info-Stände zur Situation der Sozialarbeit in Hamburg u.ä.



RATIONALISIERUNG IM BEREICH DER "VEREINIGUNG STÄDT. KINDERTAGESHEIME"

Im Zuge der Sparmaßnahmen wurde in der "Vereinigung" mit ihren cirka 3 600 Mitarbeitern in 186 Einrichtungen unter dem Stichwort "Umstrukturierung" grundlegend rationalisiert. Der Anspruch einer Verbesserung der Erziehung wurde aufgegeben. Sprach im Frühjahr 1973 der "Jugendbericht des Hamburger Senats" noch davon, die Kindertagesheime auszubauen, die Gruppenstärken zu senken und einen zweiten Erzieher pro Gruppe in die Planung mit einzubeziehen, so wurde nun versucht, die "Vereinigung" so zu strukturieren, daß die notwendige Aufbewahrung der Kinder mit möglichst geringen Kosten möglich werden sollte. Im Widerspruch zu dieser Entwicklung stehen die Aussagen, die im "Arbeitskonzept" der Vereinigung (Juni 1976) festgehalten sind. Denn dort werden für Erzieher und Heimleitungen umfangreiche pädagogische Aufgabenstellungen bestimmt, die bei dem heutigen Personalstand allerdings völlig utopisch sind.

Als Grundlage einer Rationalisierung verfügte man vom Oktober 1974 bis zum Sommer 1975 einen totalen Einstellungstopp aller unbesetzten Planstellen, der nur zum Jahreswechsel 74/75 kurz unterbrochen wurde. Von zusätzlich freiwerdenden Planstellen wurde nur jede dritte Stelle neu besetzt.
Weiter wurden nun vom Organisationsamt von allen Kindertagesheimen Belegungsstatistiken abgefordert, die genau auf die Auslastung der Einrichtungen hin untersucht wurden. Als ausgelastet galten mit 110 % belegte Einrichtungen, da man von 10 % jährlich durchschnittlicher Krankenquote ausgeht. Inzwischen sind die Heime verpflichtet, einzelne Gruppen auch über 110 % zu belegen, damit die Gesamtbelegung des Heimes von 110 % erreicht wird.

Um eine möglichst volle Auslastung zu erreichen, wurde eine Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt. Gruppen wurden umstrukturiert, das bedeutet mehr Kinder in einer Gruppe bei weniger Personal, da z.B. Kleinkindergruppen weniger Kinder bei mehr Personal haben. Die dadurch "freigesetzten" zirka 107 Erzieherplanstellen und 19 660 Küchen- und Reinigungsjahresstunden wurden in der "Vereinigung" auf die durch den Einstellungstopp unbesetzten Planstellen verteilt, was für viele Kollegen mit Versetzung verbunden war.

Von dieser "Umstrukturierung" waren 80 Kindertagesheime betroffen, 62 Kindergruppen und sechs Kleinkindergruppen. Weitere "Umstrukturierungen" werden nach und nach folgen.
Hat sich so die Arbeitssituation der Erzieher und damit die Erziehungssituation der Kinder bereits verschlechtert, so wird durch eine Kürzung der Sachmittel weiteres getan. Die Sätze für pädagogisches Beschäftigungsmaterial wurden nicht erhöht, obgleich die Beschaffungsstelle ihre Preise gegenüber den Kindertagesheimen erhöhte. Der ohnehin völlig unzureichende Betrag von durchschnittlich DM 40.- pro Kind und Jahr wird dadurch noch verringert.

Im Bereich der Erziehungsarbeit ist folgendes besondere Merkmal zu beachten: Jede Rationalisierung - gleich wo - trifft natürlich die Kollegen dergestalt, daß entweder das Arbeitstempo erhöht wird oder der Arbeitsvorgang mechanischer, eintöniger wird.
Im Erziehungssektor jedoch ist der Arbeitsgegenstand der Mensch, nämlich die zu betreuenden Kinder. Rationalisierungsmethoden, die die Stückzahl, sprich die Gruppenstärke erhöhen, fordern vom Kollegen eine erhöhte Arbeitsleistung und bedeuten gleichzeitig für die Kinder eine verschlechterte Lebenssituation.
Konnte die Tagesheimerziehung den von Politikern geforderten Anspruch "kompensatorisch" im Sinne einer Chancengleichheit zu wirken, in der Vergangenheit nicht gerecht werden, so muß dieser Anspruch bei einer Rationalisierung völlig begraben werden.

Im übrigen versucht der Staat, hier der Hamburger Senat, mit dem Instrument der Elternbeiträge Einfluß auf die Situation des Arbeitsmarktes zu nehmen. Bei der ständigen Steigerung der Elternbeiträge wird es für manche Frau unrentabel zu arbeiten. Sie kann dann besser zu Hause bleiben und wird damit dem Produktionsbereich entzogen - vor allem, wenn sie ein sehr kleines Kind hat, denn die Sätze für Krippenplätze (0-3 Jahre) sind im Kindertagesheim am höchsten. Sie betragen zur Zeit für Krippenplätze 333.-- DM, für Kleinkinder 218.- DM, für Schulkinder und Halbtagsplätze 131.- DM höchstens. Gleichzeitig ist auch der Abbau im Krippenbereich am stärksten zu beobachten. Daß dieser Abbau nicht am realen Bedarf an Krippenplätzen orientiert ist, hat zumindest das Beispiel einzelner Krippen gezeigt, die nach Umstrukturierung - sprich Schließung - wieder eröffnet werden mußten.

Der Abbau von Tagesheimplätzen und insbesondere von Krippenplätzen wird vom Hamburger Senat in der Broschüre "Weniger Schüler, Diskussionsentwurf zur Entwicklungsplanung für Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe" (Planung bis 1980) auch ganz offen zugegeben. Danach soll das Platzangebot für Krippen nicht erhöht, sondern festgeschrieben werden auf dem bisherigen Angebot, das ausreicht für zirka 10 bis 12 % der 0-3jährigen Kinder. Dieser Versorgungsgrad reicht in der Regel aus, um alle Kinder aufzunehmen, bei denen die Berufstätigkeit der Mutter unvermeidbar ist oder ungünstige Familienverhältnisse vorliegen.
Frauen mit kleineren Kindern sollen also nur dann einen Krippenplatz bekommen, wenn eine Berufstätigkeit unvermeidlich ist, das heißt praktisch, wenn die Frauen Alleinversorger der Familie sind. Ein Recht auf Berufstätigkeit der Frau wird also bestritten. Und weiter wird in der Broschüre angeführt: "Die Nachfrage nach Kindertagesheimplätzen wird von den Elternbeiträgen beeinflußt; wegen der gegenwärtigen und künftig zu erwartenden Höhe dieser Beiträge ist es sehr unwahrscheinlich, daß das nach dem Jugendbericht 73 angestrebte Platzangebot im Elementarbereich für 70 v.H. der drei- und vierjährigen Kinder wahrgenommen würde".

Hier ist kein Wort mehr davon zu hören, die Elternbeiträge nach und nach ganz abzubauen, damit jedes Kind eine gute gemeinschaftliche Erziehung, die zur heutigen Kleinfamilie eine notwendige Ergänzung bildet, erhalten kann. Solche Erkenntnisse - pädagogisch und soziologisch seit langem durchaus begründet, fanden sich 1973 im "Jugendbericht" des Senats wieder. Heute scheinen sie - zugleich mit dem Sparbeschluß des Senats - ihre Gültigkeit verloren zu haben.
1968 rangierte die BRD mit einem Platzangebot für 30 % der Kinder ganz am Ende der europäischen Staaten (Italien 40 %, Frankreich 70 %, Belgien 90 %).
Diesen Platz werden wir aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren beibehalten.

Arbeitskreis Elementarerziehung, Köln

NEUE AUSBILDUNGSORDNUNG FÜR ERZIEHER IN NRW UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN SOZIALPÄDAGOGISCHEN BEREICH

Um eine Verbesserung der Personalstruktur im sozialpädagogischen Arbeitsbereich (1) zu garantieren, wurde über die Köpfe der Betroffenen hinweg ein Ausbildungsmodell für erzieherische Berufe entworfen, das noch in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen verwirklicht werden soll.

HINTERGRÜNDE

- Die Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren durch Intensivierung der Arbeit, durch steigende Umweltbelastung und durch Ballung von Bevölkerung in Schlafstädten ohne soziale Folgeeinrichtungen (2) führte zu einer quantitativen und qualitativen Veränderung der sozialpolitisch zu bewältigenden sozialen Probleme und macht somit eine Reform der Systeme sozialer Sicherung und eine Neustrukturierung der sozialen Dienste erforderlich. In diesem Zusammenhang ist eine strukturelle und inhaltliche Neuorientierung der Ausbildungswege zu sozialen Berufen notwendig und von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Reformbemühungen im sozialen Bereich.
- Die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund bringen in einer Entschließung vom Oktober 1976 ihre Sorge über die Ausbildungssituation im Bereich der sozialen Berufe zum Ausdruck. Es müsse verhindert werden, Fachkräften im sozialen Bereich "eine falsche Grundhaltung gegenüber ihren kommunalen Dienstherren zu vermitteln. Wer in den Dienst einer kommunalen Gebietskörperschaft tritt, hat die Entscheidungen der kommunalen Organe zu achten und auszuführen. (3) Diese Forderung impliziert die Kritik an einer konflikt- und veränderungsorientierten Sozialarbeit und das Bestreben, auf die Ausbildung für soziale Berufe Einfluß im Sinne der Entschließung zu nehmen.
- Die Forschungsergebnisse der Modellversuche in Vorklassen und Kindergärten unterstützen eindeutig dern Verbleib der Fünfjährigen im Kindergarten. (4) Die Bildungsplanung für den Kindergarten muß sich deshalb mit der zu erwartenden Bildungspflicht für die Fünfjährigen auseinandersetzen und in diesem Zusammenhang eine Qualifizierung der sozialpädagogischen Fachkräfte durch Neustrukturierung der Ausbildung zu den Erzieherberufen anstreben.

- Aus diesen gesellschafts- und bildungspolitischen Gegebenheiten geht hervor, daß die Berufsanforderungen für den Erzieher im Kindergarten gestiegen sind: Er wird sich mehr denn je mit verhaltensauffälligen Kindern konfrontiert sehen und somit eine therapeutisch orientierte Sozialpädagogik leisten müssen, andererseits gewinnt die präventive Arbeit im Sinne einer adäquaten Vorbereitung auf die Schu-

le an Bedeutung. Für beide Funktionen ist eine intensive und fundierte Elternarbeit unerläßlich und schließlich muß auch die Arbeit im sozialen Umfeld der Zielgruppe, die Gemeinwesenarbeit, konkret ins Tätigkeitsfeld des Erziehers rücken. Dem Anstieg der Berufsanforderungen entsprechen die Forderungen der Öffentlichkeit an den Erzieher: die Eltern, besorgt um das Leistungsniveau ihrer in der Schule ständig stärker geforderten Kinder, treten mit konkreten Bildungs- und Förderungsansprüchen an den Erzieher im Kindergarten heran.

VERFAHRENSWEISEN

Unter diesen Gesichtspunkten ist eine Neuordnung der Ausbildung für Erzieher durchaus gerechtfertigt. Unverantwortlich jedoch ist eine Sozialplanung, die auf der einen Seite ein neues Kontingent sozialpädagogischer Fachkräfte produzieren will, auf der anderen Seite aber Planstellen streicht. "Es gibt Kindergärten, die nicht genügend mit Fachkräften besetzt sind. Hier wird die Leiterinnenstelle eingespart. Die leitenden Aufgaben im pädagogischen Bereich und die Verwaltungstätigkeiten müssen hier noch zusätzlich von den Gruppenerziehern übernommen werden." (5)) oder Stellenpläne nicht erweitert. In Nordrhein-Westfalen gibt es z.B. mehr als 3 000 arbeitslose Erzieher, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter (6). Schlicht undemokratisch ist das Vorgehen der Bildungsplaner, eine Ausbildungsordnung zu entwerfen, ohne nach den Erfahrungen und Interessen der in der praktischen Arbeit stehenden Erzieher zu fragen. Und völlig untragbar ist das Verhalten des Kultusministeriums, das die Öffentlichkeit und alle Beteiligten weder über Inhalte und Strukturen noch über die Begründungszusammenhänge einer neuen Ausbildungsordnung für Erzieher informiert.

UNRUHE UNTER SCHÜLERN UND ERZIEHERN

Unverantwortliches, undemokratisches, unsachliches Verhalten der zuständigen Gremien - dies sind die Ursachen für eine tiefgreifende Unruhe in Erzieherkreisen und bei den Schülern der Fachschulen für Sozialpädagogik. Eine Gegenbewegung hat sich formiert:

- Mai 1976: 3000 Fachschüler demonstrieren in Düsseldorf gegen die neue Ausbildungsordnung;
- Nov. 1976: es ergeht eine Einladung zu einer Gesamtveranstaltung in Essen an Regierungsdirektor Dr. Günter Wildangel, Referent für den sozialpädagogischen Bereich im Kultusministerium NRW; (Die Veranstaltung fand statt; Herr Dr. Wildangel ist dieser und auch jeder weiteren Einladung nicht gefolgt.)
- Ende 1976: Gründung von zentralen Arbeitskreisen in Köln, Meckenheim-Merl, Essen und an anderen Fachschulen;
- Febr. 1977: Fachschüler betreiben Öffentlichkeitsarbeit und drohen mit Streik;
- März 1977: In der GEW und der ÖTV ist die neue Ausbildungsordnung Tagesgespräch;

der Verband der Lehrer an berufsbildenden Schulen diskutiert die neue Ausbildungsordnung;
berufspolitische Initiativen wie z.B. der Arbeitskreis Elementarerziehung im Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum Köln schaffen Foren für Informationen und Engagement bzgl. der neuen Ausbildungsordnung;

- April 1977: engagierte Fachschüler sollen von ihren Schulen verwiesen werden; sie werden als "Rädelsführer" ausgemacht und seitens ihrer Schuldirektion mit Hausverbot belegt.

DIE NEUE AUSBILDUNGSORDNUNG

Der Anlaß für diese Unruhen, die neue Ausbildungsordnung für staatlich anerkannte Erzieher und Sozialpädagogen, sieht folgende Änderungen gegenüber den bestehenden Ausbildungswegen vor:
- Umbenennung der jetzigen Fachschulen für Sozialpädagogik in Höhere Berufsfachschulen (7);
- Einrichtung eines neuen Schultyps der Fachschule für Sozialpädagogik, in dem sich Absolventen der Höheren Berufsfachschule spezialisieren können (Elementar-, Hort-, Freizeit-, Heim- und Sonderpädagogik);
- Einschiebung einer Phase 3jähriger Berufspraxis zwischen diese beiden Ausbildungsstationen;
- Integrierung des Berufspraktikums für staatlich anerkannte Sozialpädagogen in den Zuständigkeitsbereich der Schule;
- Einführung einer Aufnahmeprüfung für den Übergang des staatlich anerkannten Sozialpädagogen in die Fachhochschule für Sozialpädagogik ist beabsichtigt.

Die Ausbildung im Fachbereich Sozialwesen entwickelt sich also nach der neuen Ausbildungsordnung auf drei Ebenen (8); Höhere Berufsfachschule, Fachschule, Fachhochschule, wobei die Ausbildung zum staatlich anerkannten Sozialpädagogen dann so aussieht:

Vorpraktikum	1 Jahr	
Höhere Berufsfachschule	3 Jahre	
	4 Jahre	= staatlich anerkannter Erzieher
Berufspraxis	3 Jahre	
Fachschule für Sozialpädagogik	2 Jahre	
Anerkennungsjahr (integriert)	1 Jahr	
	10 Jahre	= staatlich anerkannter Sozialpädagoge

Aus dieser Neugliederung ergibt sich für den staatlich anerkannten Erzieher eine Konsequenz, die der augenblicklichen Situation der Kinderpflegerinnen entspricht. Die Absolventen der zukünftigen Fachschule für Sozialpädagogik werden die Planstellen der Gruppenleiterinnen einnehmen, der staatlich anerkannte Erzieher als Zweitkraft eingestellt werden. Dies bedeutet konkret eine Beschneidung der bisherigen Leistungsfunktion und der Eigenverantwortlichkeit des Erziehers.

BETROFFENE

Die neue Ausbildungsordnung hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die berufliche Praxis des Erziehers. Aus der Neugliederung der Erzieherausbildung und dem größeren Rahmen der Umstrukturierung sozialer Dienste ergeben sich, vor allem in Fragen der Funktionsverteilung und des Status, Konsequenzen für alle im sozialpädagogischen Bereich tätigen Berufsgruppen.

Kinderpflegerinnen werden immer noch ausgebildet, werden aber in Zukunft den Status der jetzigen Pflegehelferin einnehmen bzw. arbeitslos sein. (9)

Kindergärtnerinnen(= Erzieherin alten Typs) übernehmen die Funktion der Zweitkraft, arbeiten nur noch unter Anleitung;

Erzieherinnen (neuen Typs) werden ebenfalls als Zweitkräfte eingestellt;

staatlich anerk. Sozialpädagogen nehmen die Funktion der Gruppenleitung wahr;

staatlich anerk. Sozialpädagogen grad. werden durch Lehrer aus den Schulkindergärten, durch Diplom-Pädagogen aus den Praxisanleiterstellen an den Fachschulen, durch staatlich anerkannte Sozialpädagogen aus den Gruppenleitungsfunktionen im Kindergarten verdrängt.

Diese Verschärfung ohnehin schon bestehender Hierarchien und die Einschränkung von Berufs- und Arbeitsfeldern trifft im gleichen Maße für andere sozialpädagogische Bereiche zu (Erzieher, Jugendleiter, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen in Heim, Hort, heilpädagogischen Einrichtungen, Freizeitstätten, Jugendzentren u.a.).

WEITERE KONSEQUENZEN

Neben der Betroffenheit verschiedenster Berufszweige der Sozialpädagogik ergeben sich durch die neue Ausbildungsordnung weitere Konsequenzen struktureller, inhaltlicher und nicht zuletzt ökonomischer Art.
Zunächst entspricht die Ausbildung des staatlich anerkannten Erziehers, der aufgrund seiner Spezialisierung und eingeschobenen Berufspraxis auch Leitungsfunktionen übernehmen kann, den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nach angepassten, kritikarmen Fachkräften: Der Ausbildungsgang an den Fachschulen ist (für die Gebietskörperschaften als zukünftige Dienstherren) kommunal erreichbar (10), zudem als Schultyp mit Klassenverbänden und allen dazugehörigen Eigenschaften leichter dirigierbar, während die Ausbildung an den Fachhochschulen dem Wissenschaftsminister untersteht und dadurch außerhalb des Einflußbereiches der kommunalen Gremien liegt.

Des weiteren wird die Durchlässigkeit der Ausbildung zu sozialpädagogischen Berufen durch die lange Ausbildungszeit erheblich eingeschränkt. Berücksichtigt man außerdem, daß 90 % aller sozialpädagogischen Funktionen im Elementarbereich von Frauen ausgefüllt werden, so ist eine weitere Diskriminierung der in der gegenwärtigen Gesell-

sich, ob wir sparsam sind, haushalten können, ob wir ordentlich und sauber sind, d.h. inwieweit wir erziehungsfähig sind. Wir können auch nur sehr schwer unser tagtägliches Erziehungsverhalten selbstkritisch untersuchen, ohne Gefahr zu laufen, alle bisherigen Werte zu verlieren. Auch wenn wir in der Lage sind, für diese verlorengegangenen,bzw. bewußt abgelegten Werte neue von uns gesetzte Werte den Kindern zu vermitteln, so haben wir noch lange nicht die Gewähr, daß diese Werte auch allgemein anerkannt werden. Also anerkannt werden von den Eltern und Kolleginnen, deren Resonanz uns ja wichtig ist und wichtig sein muß. Das heißt, daß besonders die Hauptträger der Kindererziehung, nämlich die Mütter und Väter, über diese in der Kindergruppe geltenden Werte nicht nur informiert werden, sondern an der Gestaltung dieser Werte beteiligt werden müssen. Durch die Konfrontation mit neuen Werten können wir die Eltern provozieren, darüber zu diskutieren; z.B. Freundlichkeit statt Höflichkeit. Es ist nicht wichtig für den anderen, daß man immer "bitte" und "danke" sagt, sondern daß man im freundlichen, d.h. im freundschaftlichen Ton angesprochen wird. Das wiederum läßt sich nicht per Trainieren auf Wörter, wie "bitte" und "danke" anerziehen, sondern dahinter steckt eine Haltung, nämlich die einer partnerschaftlichen und deshalb aggressionsarmen Haltung zueinander.

Das sind meist die lebendigsten und aufschlußreichsten Elternabende; und sie fordern die Eltern heraus, insbesondere die Mütter, ihre überkommenen Wertschätzungen zu überdenken und oft genug auch zu revidieren. Ist keine Übereinstimmung zwischen manchen Elternvorstellungen und Kindergartenvorstellungen herzustellen, dann sollte man die Eltern bitten, ihren Kindern zu erklären, daß gewisse Dinge zwar im Kindergarten möglich sind und deshalb erlaubt, aber zu Hause nicht möglich und deshalb verboten. Kinder sind sehr gut in der Lage, Grenzen einzuhalten, wenn sie plausibel sind und es andere Räume für sie gibt, wo diese Grenzen nicht nötig sind.

Trotz unserer Möglichkeit, über Elternarbeit verändernd zu wirken, stehen wir unter ständigem Erwartungsdruck
- vom Träger
- von den Eltern
- von den Kindern
- von den Kolleginnen
- von der Schule
- von der Öffentlichkeit

Dieses Erwartungsnetz mit unseren eigenen Vorstellungen (falls wir uns noch welche erhalten haben) überein zu bekommen, erfordert eine Konfliktfähigkeit, die wir gerade als Frau nirgendwo gelehrt bekommen, es sei denn, wir beginnen uns in ihr zu üben, indem wir
- Konflikte sehen (vorhersehen) und erkennen lernen,
- Konflikte benennen und analysieren lernen,
- Konflikte austragen lernen und mit den Betroffenen lösen lernen,
- dies alles möglichst nie allein!

Gut, wem sage ich das? Mir selbst, uns allen - wir können uns nicht genügend dazu auffordern.

Welche Möglichkeiten haben wir sonst noch? Eine sehr verbreitete Form der Resignation durch vermeintliche Konfliktunfähigkeit ist das sich Zurückziehen auf das eigentliche "Frau-sein"; wo sich viele sagen,

schaftssituation durch Mehrfachbelastung (Haushalt, Mutter, Beruf) ohnehin benachteiligten arbeitenden Frau durch eine derartige Verlängerung der Ausbildung unausbleiblich. Es ist also zu befürchten, daß in der durch die neue Ausbildungsordnung entstandenen Situation nur noch priviligierte Minderheiten in der Lage sein werden, die Ausbildung zu einem sozialpädagogischen Beruf aufzunehmen.

Eine weitere bedeutsame Konsequenz ist der immer deutlicher sich polarisierende Widerspruch zwischen der Manifestierung der hierarchischen Verhältnisse in Bereichen des Sozialwesens und dem wissenschaftlich begründeten Anspruch der Praxisfelder auf Teamarbeit. Oder aber sollten Kooperation, Solidarität den Trägern der öffentlichen Sozialverwaltung unbequem sein (weil sie "effektive" Sozialpädagogik im Sinne totaler Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse in den Erziehungsvorgängen verhindern), so daß sie von vornherein durch hierarchische Strukturen unmöglich gemacht werden. (11)

Schließlich bringt die Neue Ausbildungsordnung eine wesentliche Verschlechterung der finanziellen Situation der Auszubildenden mit sich:
- Die höhere Berufsfachschule steht in der Staffelung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BaföG) auf einer niederen Stufe als die Fachschule.
- Die Integrierung des berufspraktischen Jahres entläßt Verbände und Träger sozialer Einrichtungen aus ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Jahrespraktikanten.
- Die für staatlich anerkannte Erzieher und Sozialpädagogen zu erwartende Bezahlung steht in ungleichem Verhältnis zur Dauer der Ausbildungszeit.

PERSPEKTIVEN

Betrachtet man die vorgelegten Gesichtspunkte in ihrer Gesamtheit, so müssen aus der Auseinandersetzung mit der neuen Ausbildungsordnung für staatlich anerkannte Erzieher und Sozialpädagogen vor allem zwei Überlegungen hervorgehen. Zum einen haben sich die Erlaßbehörden und ihre weisungsgebundenen Organe durch undemokratisches Verhalten ausgezeichnet. Dies kann - im Kontext von Einschränkungen der inhaltlichen Arbeit durch tiefgreifende Sparmaßnahmen und politischen Druck - nicht ohne Wirkung auf die berufliche Motivation der Betroffenen sein. Ihre Forderung nach Beteiligung bei sozialplanerischen Maßnahmen und nach Transparenz bildungspolitischer Entscheidungen sowie die Artikulierung ihrer berufspolitischen Interessen wollen als begründete Reaktion auf Nichtachtung demokratischer Spielregeln verstanden sein.

Zum anderen hat eine Verschlechterung der Berufsperspektiven für Erzieher eine weit globalere Bedeutung als bisher dargestellt: Die Breitenwirkung der konsequent aus der neuen Ausbildungsordnung abzuleitenden Defizite auf alle sozialpädagogisch intendierten Prozesse und damit direkt auf die zu Erziehenden schränkt die Erfüllung des im "Zweiten Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt" (12) formulierten Erziehungs- und Bildungsauftrages - Aufbau und Förderung der kindlichen Ich-, Sozial- und Sachkompetenz - entscheidend ein.

ANMERKUNGEN

(1) Vgl.: Günter Wildangel, "Für eine Verbesserung der Personalstruktur im sozialpädagogischen Arbeitsbereich - Versuch einer Umsetzung in die Ausbildungspraxis" in: Sozialpädagogische Blätter, Nr. 5, 1976
(2) s. hierzu: Müller-Englisch/Buck, "Neustrukturierung sozialer Dienste - Gesellschaftspolitische Aspekte einer Reform sozialer Dienste" in: Sozialmagazin 12/1976, S. 33
(3) Entschließung des Gesamtvorstandes der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 1976, zitiert nach "Kommunen klagen über Sozialarbeiter", BLZ, 16.9.1976
(4) Vgl. "Abschlußbericht über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleituntersuchungen zum Versuch in Vorklassen und Modellkindergärten 1970-1975", Vorlage des Kultusministers NW an den Präsidenten des Landtags NW vom 18.2.1977
(5) Presseerklärung des "Arbeitskreises kritischer Tagungsteilnehmer" der "2. Stuttgarter Fortbildungstagung des Berufsfortbildungswerkes der DGB GmbH", Stuttgart, 10.11.1976
(6) laut Presseinformationen
(7) Die Anwendung dieses Schultyps für die Ausbildung im Bereich Sozialwesen wurde bereits 1972 von den Kultusministerien verworfen, auf der Kultusministerkonferenz der Länder 1975 jedoch neu vereinbart.
(8) In diesem Zusammenhang ist auch bedeutsam die beginnende Integrierung der Fachhochschulen für Sozialpädagogik in die Gesamthochschulen (s. Fachhochschule für Sozialpädagogik Düsseldorf-Eller), die schließlich mit der Diplomierung der Absolventen einen weiteren sozialpädagogischen Status schaffen wird.
(9) Hier sei verwiesen auf das - wohl für die wenigsten Kinderpflegerinnen wahrnehmbare - Fortbildungsangebot 1977 der Arbeiterwohlfahrt zur Familienpflegerin, deren zukünftiger Arbeitsbereich in den (meist erst geplanten) Sozialstationen liegen wird (vgl. "Umschulung für Kinderpflegerinnen", Spielen und Lernen 4/1977)
(10) Vgl. die jetzigen Fachschulen in kirchlicher Trägerschaft
(11) Vgl. hierzu Lernzielkataloge des Kultusministers NW zur Ausbildung an Fachschulen für Sozialpädagogik, in denen Zielformulierungen im kooperativen Bereich nicht auftauchen.
(12) s. KgG § 2 "Auftrag des Kindergartens", 21.12.1971

Arbeitskreis Elementarerziehung
Kontaktadresse: Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum Köln e.V., 5 Köln 1, Turiner Str. 7

Dieter Richter, Bremen

"ROTER ELEFANT" – EIN ALTERNATIVER KINDERMEDIENPREIS

Der Arbeitskreis "Roter Elefant" vergab am 30. Oktober 1976 in Frankfurt zum ersten Mal einen alternativen Kindermedienpreis. Einen Preis zu bekommen, bedeutet im allgemeinen: Es gibt Geld und es gibt Ansehen. Beides fördert dann den Marktwert und den Umsatz. Der "Rote Elefant" kann seinen Preisträgern kein Geld geben. Er hat selbst noch keine Geldgeber. Das Bonner Familienministerium fördert seit 1956 mit einer jährlichen sechsstelligen Summe noch immer einseitig den durch Verbandsinteressen erstarrten, konservativen Münchener "Arbeitskreis für Jugendliteratur" und dessen "Deutschen Jugendbuchpreis".

Der "Rote Elefant" ist sich auch nicht sicher, ob er durch seinen Preis zur nennenswerten Förderung des Ansehens und des Umsatzes der prämierten Personen oder Objekte beitragen wird.
Warum also dann ein Preis?
Seit Ende der sechziger Jahre ist eine neue Diskussion über Funktion und Ziele der Erziehung und ihrer Institutionen in Gang gekommen. Auch die Kinder- und Jugendliteratur war und ist davon betroffen. Die Einsicht gewann an Boden, daß Kinderbücher Sozialisationsmedien sind, über das System von Erziehung verbunden mit der gesellschaftlichen Struktur. Einsichten dieser Art führten nicht nur zu einer Reihe vielfältiger Praxisinitiativen von Autoren, Produzenten, Buchhändlern, Eltern, Sozialarbeitern und Lehrern, die sich (als Einzelne, in Initiativgruppen oder in Verbänden) um Herstellung und Förderung einer emanzipatorischen Kindliteratur bemühten, einer Literatur, die die Bedürfnisse der Kinder ernst nimmt, ihnen realistische Einsichten vermittelt und ihre sozialen Phantasien fördert.

An diese Zielgruppen wendet sich der "Rote Elefant". Er organisiert Arbeitstagungen, Seminare, Autorentreffen und ähnliches, und er gibt die Kinderbuch-Empfehlungsliste heraus (Bezug bei Prolit-Buchvertrieb, 63 Gießen, Postfach 2969 für DM 2.50). Die Vergabe des Preises ist nicht das Zentrum seiner Aktivität, sondern ein Mittel seiner öffentlichen Selbstdarstellung. Er möchte auf diese Weise auch die öffentliche Diskussion um emanzipatorische Kinderliteratur vorantreiben und dies gerade in einer Zeit, in der mit den wachsenden restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik die Bedingungen für das Wirksamwerden einer solchen Literatur zunehmend erschwert werden. Die Preise des "Roten Elefanten" sind nicht Literaturpreise, sondern Medienpreise. Sie stellen ferner im allgemeinen nicht einzelne Bücher, Filme etc. heraus, sondern wollen exemplarisch auf bestimmte Zusammenhänge hinweisen.

Mit der Preisverleihung wird nicht der selbstgerechte Anspruch erhoben, die "besten" Produkte zu prämieren. Wir wollen öffentlich auf

bestimmte Produkte aufmerksam machen, die aus Gründen, die in ausführlichen Würdigungen genannt werden, uns in besonderer Weise bemerkenswert erscheinen. Die Empfehlungen (in den Preisen und in der Liste) wollen die "Beratenen" gegenüber den "Beratern" nicht abhängig, sondern selbständig machen. Wir fordern daher zu einer öffentlichen Diskussion unserer Arbeit auf und laden zur Mitarbeit ein.

"Der Elefant ist ein guter Freund, wie er ein guter Feind ist" - schreibt Bertolt Brecht in einer "Keuner"-Geschichte. Der Arbeitskreis vergibt daher neben den "Roten Elefanten" auch "Preise" für besonders mißlungene, einflußreiche Produktionen.

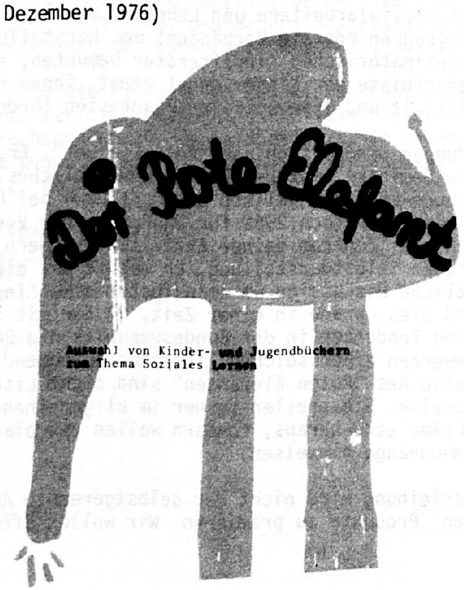
Die vier ersten "Roten Elefanten" vergeben an:

- Die Liedermacher, Christiane und Frederik für ihre Kinderlieder-Platten "Die Rübe" und "Der Fuchs" (Pläne Verlag, Dortmund);
- Das Berliner Kindertheater "Rote Grütze" für das Stück "Darüber spricht man nicht";
- Den Hammer/Jugenddienst Verlag (Wuppertal) für sein "Dritte Welt"-Jugendbuchprogramm;
- Den Schwedischen Autor Sven Wernström für seine Bücher "Der Schatz im Dorf der Armen" (Basis Verlag, 1972), "Flieh vor Sonnenaufgang" (Benzinger Verlag, 1974) und "Sie kamen aus Bergen" (Basis Verlag, 1974).

Als besonders schlechte Produktionen werden vorgestellt:

- Die Kinder-Sachbuchreihe "Heide, Peter und ..." des Boje-Verlags (Stuttgart, 1968-76);
- Das Buch "Die Großen der Welt, Altertum und Mittelalter", HG, von Georg Popp, Arena Verlag (Würzburg 1976);
- "Hab keine Angst! Broschüre gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern", HG. im Auftrag der Innenminister des Bundes und der Länder, 1975.

(aus "links" Dezember 1976)



KURZBERICHTE AUS DEM SOZIALBEREICH

WENN JOURNALISTISCH ETWAS "NICHT GANZ KOSCHER" IST PRESSEZENSUR AUF OSTWESTFÄLISCH

Seit gut 26 Jahren gibt es in Bielefeld eine kulturkritische Jugendzeitschrift: die "blätter" des Jugendkulturrings. Dieses nicht-kommerzielle Blatt einer Freizeit-Redaktion ist damit die älteste Jugendzeitschrift in der Bundesrepublik. Die Geschichte des vom "Verein für Jugendbildung und Freizeithilfen" herausgegebenen Blattes ist eine Geschichte von lokalen Auseinandersetzungen, Gerichtsstreitigkeiten, Rathausdebatten und Haushaltsberatungen, diffamierenden Pressekampagnen, politischen Einschüchterungsversuchen und polizeilichen Ermittlungsverfahren.

Die Angriffe gegen die "blätter" kamen immer von rechts: von der CDU, die den städtischen Zuschuß streichen wollte, vom rechtskonservativen "Westfalen Blatt", von alten Frontkämpfern und von den Ewiggestrigen.Alle Angriffe konnten von den Redakteuren und den Herausgebern (dem Vereinsvorstand) abgewehrt werden. Was den alten Gegnern nicht gelang - die "blätter" kaputt zu machen -, nahmen am 25.5.77 die Herausgeber mit einem einzigen Beschluß in kauf: Sie verboten die Auslieferung des druckfertigen Heftes Nummer 288.

Dieses Heft beschäftigt sich auf neun Seiten mit der Bielefelder Polizei und kritisiert dabei scharf das Handeln einiger namentlich genannten Beamter des 14. Kommissariats ("Politische" Polizei) und des Rauschgift-Dezernats.
Anlaß der Berichterstattung waren die Durchsuchungsaktionen der Polizei in vier Bielefelder Wohngemeinschaften. Die geschilderten und vom Verfasser kommentierten Vorgänge sind unbestritten. Im Gegensatz zu der Berichterstattung in den beiden Bielefelder Tageszeitungen läßt der "blätter"-Redakteur die Betroffenen zu Wort kommen. Von ihrer Betroffenheit ist auch der Stil der Berichte geprägt. Alle Berichte wurden mit diesen Betroffenen gemeinsam diskutiert, verändert und anschließend in der Redaktionssitzung ohne Gegenstimme zur Veröffentlichung angenommen.

Am 16. und 17.5.77 sollten die "blätter" ausgeliefert werden. Daß es dazu nicht kam, hat in erster Linie Paul Hirschauer, Mitglied des zehnköpfigen Herausgeberkreises und Leiter des Bielefelder Jugendamtes zu verantworten. Da ihm einiges bei den Polizeiberichten "presserechtlich und journalistisch nicht ganz koscher" war, trommelte er einige Herausgeber zusammen, ließ die Auslieferung der 3 000 Exemplare stoppen und eine Sitzung des Herausgeberkreises für den 25.5. einberufen. Während Hirschauer die Berichterstattung über seine "Kollegen von der Polizei" für pädagogisch, journalistisch, politisch und presserechtlich "nicht mehr verantwortbar" hielt, bemäkelte sein

Stadtjugendpfleger Hartmut Schulz, ebenfalls Mitherausgeber,die Linie der "blätter" seit etwa zwei Jahren (Trip in die Subkultur). Da war von "vergnüglichem Schleudern mit Dreck" die Rede, von "visueller Bullenhetze", von "BILD-Zeitungs-Stil", von "Entmenschlichung der Polizei" und so weiter. Der Vertreter der evangelischen Jugend im Vorstand, Otto Hammes, teilte zwar die Kritik am Heft, verstand aber nicht, wieso gerade dieses Heft nicht ausgeliefert werden sollte. Für ihn hätte nach den gleichen Kriterien jedes andere Heft der letzten Zeit ebenso gestoppt werden müssen; was ihn nicht hinderte, dann für das Einstampfen der Nummer 288 zu stimmen.

Der verantwortliche Redakteur Siegfried Müller hielt dieses Heft für verantwortbar und plädierte für die Auslieferung. Zwei Anträge standen zur Diskussion: Auslieferung mit einem distanzierenden Kommentar der Herausgeber oder Einstampfen. Vier der anwesenden sieben Herausgeber stimmten dann für Nichtauslieferung. Damit war der Eklat perfekt. Die Redaktion erfuhr erst aus der Zeitung von diesem Beschluß. Ihr gegenüber wollte man sich fünf Wochen später erklären. Bis dahin sollte sie das nächste Heft fertigstellen.

Am 7.6. trafen sich die Redakteure und Mitarbeiter der "blätter" und verfaßten ein Protestschreiben gegen dieses Vorgehen und verweigerten bis zu einem klärenden Gespräch die weitere Mitarbeit. Der verantwortliche Redakteur schloß sich diesem Protest an und trat anschließend zurück. Drei Mitarbeiter der Redaktion solidarisierten sich mit den Herausgebern. Einer von ihnen hatte in der entscheidenden Redaktionssitzung für die Veröffentlichung der Polizeiartikel gestimmt.
Nachdem mehrere Berichte in den Tageszeitungen mit Stellungnahmen einzelner Herausgeber erschienen waren, verfaßten die Mitarbeiter der "blätter" eine eigene Presseerklärung, veröffentlichten die inkriminierten Artikel und starteten eine Solidaritätsaktion. Mit über 1000 Unterschriften wurde eine öffentliche Diskussion der Zensurmaßnahme gefordert.

Inzwischen hatte auch das Bielefelder Stadtblatt alle Artikel abgedruckt, die angeblich Anlaß des Verbots waren. Damit konnte sowohl die Diskussion über die Polizei als auch die über die Herausgeber beginnen. Wer die Artikel über die Polizei las, konnte - trotz der notwendigen Kritik im Detail - über die Verbotsmaßnahme nur den Kopf schütten.
Unverständlich blieb diese Maßnahme auch den als Gutachter gewonnenen PROFESSOREN Dr. Manfred Brusten (siehe S.74) und Dr. Dr. Rüdiger Lautmann. Das Auslieferungsverbot der Herausgeber stellt "nicht nur die proklamierte Unabhängigkeit der Redaktion in Zweifel, sondern auch das Vertrauen der Herausgeber in potentielle Mündigkeit der Leser und die 'Abwehrkraft' der Polizei", z.B. durch Gegendarstellung oder Verleumdungs- bzw. Beleidigungsklage (Prof. Brusten). Solange die Vorgänge richtig dargestellt sind - und daran besteht kein Zweifel -, muß die Veröffentlichung "als ein Gewinn für die demokratisch-politische Information der Bevölkerung angesehen werden" (Prof. Lautmann).

Doch was sich in den Verbotsbegründungen schon als nicht zu überbietende Peinlichkeit darstellte, erweist sich jetzt immer mehr als

eine politisch motivierte Unaufrichtigkeit: Der Mehrzahl der Herausgeber geht es überhaupt nicht um die Artikel über die Polizei.

Es geht ihnen vielmehr darum, nach außen deutlich sichtbar zu machen, daß sie d i e s e "blätter" nicht mehr zu verantworten imstande sind. Es geht ihnen darum, deutlich zu machen, daß ihnen vor allem die thematische Ausrichtung und die politische Orientierung der "blätter" seit langem nicht mehr paßt. Um dies zu dokumentieren, nehmen sie es in kauf,das Recht auf Pressefreiheit mit Füssen zu treten, scheuen sie nicht davor zurück, die Arbeit von mehreren Jahren perfide in den Dreck zu ziehen.
Unter dem Vorwand von Stilfragen wird hier massive politische Zensur betrieben. Mit dieser Zensur im Rücken ist eine bisher relativ autonome Redaktion nicht mehr imstande, eine kritische Zeitschrift zu machen. Anstatt die Artikel solidarisch zu kritisieren, werden die Mitarbeiter der Redaktion von einigen Herausgebern pathologisiert und diffamiert. Anstatt sich öffentlich zu rechtfertigen, verkriechen sich die Zensoren in nichtöffentliche Debattierzirkel. Unter der Hand werden inzwischen Hilfswillige zusammengetrommelt, die als Notredaktion die nächste Ausgabe zusammenschustern.

Was den Herausgebern die "blätter" sind, ist den "Stadtoberen" inzwischen das Bielefelder "Stadtblatt". Diese monatlich erscheinende Gegenzeitung in Bielefeld darf seit dem letzten Monat in den fünf öffentlichen Jugendheimen der Stadt nicht mehr ausgelegt werden. Den städtischen Sozialarbeitern wird unter "Androhung disziplinarischer Maßnahmen verboten, von der Existenz einer offiziellen Dienstanweisung zu berichten". Damit "soll die Darstellung und Verbreitung kritischer Positionen so weit es geht unmöglich gemacht werden" (Stadtblatt Nr. 5/6). Das ist Pressezensur auf ostwestfälisch. Doch weder die Mitarbeiter der "blätter" noch die Stadtblatt-Redakteure lassen sich davon abhalten, ihr grundgesetzlich verankertes Recht auf Meinungsfreiheit zu praktizieren.

Prof. Manfred Brusten, Wuppertal

STELLUNGNAHME ZUR NICHTAUSLIEFERUNG DER "BLÄTTER"

Gesellschaftliche Veränderungen werden in der Regel nicht durch Ereignisse historischer Größe eingeläutet, sondern durch langfristige Entwicklungsprozesse; so kann aufmerksamen Beobachtern des politischen Geschehens kaum entgangen sein, daß sich in der BRD der letzten Jahre bedenkliche und bedrohliche Entwicklungen vollzogen haben, deren Zusammenhänge jedoch durch isolierte Betrachtung von Einzelfällen allzu oft unerkannt bleiben. Dies gilt insbesondere für den Bereich der 'Inneren Sicherheit'. Terroranschläge, Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke, Polizeieinsätze gegen radikale Demonstranten, Berufsverbote und Abhörskandale bestimmen hier eine zunächst verwirrende Diskussion. Vor dem Hintergrund dieser innenpolitischen Entwicklung erhält der Mehrheitsbeschluß der Herausgebers der "blätter", Heft 288 wegen einiger als anstößig betrachteter Artikel über die Polizei nicht auszuliefern, seine - über die interne Auseinandersetzung zwischen Herausgeber und Redaktion der "blätter" hinausgehende - politische Bedeutung. Die innenpolitische Entwicklung der BRD ist es daher auch, die es selbst dem Verfasser der vorliegenden Stellungnahme ratsam erscheinen läßt, sich öffent-

lich nur noch mit angemessener Zurückhaltung zu Fragen der 'Inneren Sicherheit' zu äußern. Dennoch erscheinen folgende Überlegungen angebracht:

(1) Wer die Bielefelder blätter kennt, den muß der gegenwärtige Konflikt verwundern. Heft 288 unterscheidet sich in Sprache und Aufmachung nicht von vorangegangenen Heften. Auch wird das Thema Polizei nicht zum ersten Mal erwähnt. Sprache, Themenauswahl und Aufmachung richten sich bewußt an eine spezifische Leserschaft, die durch die üblichen Presseerzeugnisse nur unzureichend angesprochen werden können. Ein wettbewerb mit bürgerlichen, von vielfältigen Interessen abhängigen Lokalzeitungen war daher ebensowenig beabsichtigt wie popularisierte Konkurrenz zu 'wertfreien' wissenschaftlichen Zeitschriften, obgleich die Behandlung vieler Themen wissenschaftlichen Erkenntnissen näher stand als dies lokalen Presseerzeugnissen offenbar möglich ist. Daß die blätter dadurch defacto zur 'Gegenmeinung', zur kompromißlosen Kritik an publizistischer Verschleierung gesellschaftlicher Verhältnisse gerieten, kann nur für sie sprechen.

(2) Man mag einwenden, daß der 'Stil' der blätter nicht für den spezifischen Adressatenkreis der Leser geeignet wäre. Ein solcher Einwand verkennt jedoch, daß junge Menschen aus Arbeiterkreisen ebenso wie aus anderen Teilen der Bevölkerung nicht dadurch zu mündigen Staatsbürgern heranwachsen können, daß ihnen eine heile Welt der 'Ordnung und Sauberkeit' vorgegaukelt wird. Gesellschaftliche Konflikte und kontroverse Meinun gen müssen offen angesprochen werden, um Meinungsbildung erst einmal zu ermöglichen. Auch unter diesem Gesichtspunkt kann dem Heft 288 kein Sonderstatus zugemessen werden. Sowohl Erfahrungen mit der Polizei als auch Meinungen über die Polizei sind unterschiedlich; sie dürfen weder durch Verschweigen noch durch Sprachregelungen vertuscht werden; und sie lassen sich auch nicht vertuschen - jedenfalls nicht in demokratischen Gesellschaftssystemen _. Presse und Politik werden unglaubwürdig, wenn auch nur der Versuch zur Vertuschung gemacht wird. Hinzu kommt, daß Jugendliche Polizeibeamte häufig anders erleben als 'wohlanständige' Bürger; ihr Bild von den 'Bullen' (völlig gängige Vokabel) läßt sich durch ministeriell verordnete 'Pollies' (offizieller Versuch, einen angenehmen Kosenamen für Polizisten einzuführen) nicht verschönen- Publizistische Werbung für die Polizei muß unter dieser Perspektive als eine größere Gefahr für Jugendliche angesehen werden, als die z.T. 'reißerische' und selbst 'polemische' Darstellung in den 'blättern'.

(3) Sieht man Heft 288 der 'blätter' im zeitlichen und lokalen Zusammenhang der Berichterstattung über die Polizei in Bielefeld, dann fällt auf, daß die lokalen Presseorgane lediglich Lob, Anerkennung und Imagepflege für die Polizei anzubieten haben. Wochenlang wird über Polizeiausstellungen, Polizeiwerbung und Polizeikonzerte so ausführlich und 'knitterfrei' berichtet, daß der Eindruck entstehen muß, der Werbe- und Auswahldienst der Polizei habe sich der Zeitungsredaktionen selbst bemächtigt. Daß die Artikel von Heft 288 der blätter vor diesem Bild der 'heilen welt' als Produkte von 'Dreckschleudern', 'Staatszersetzern' und 'Polithetzern' erscheinen, kann nicht verwundern. Vielleicht war es daher auch nur dieser Gegensatz, der den ansonsten als 'fortschrittlich' und 'konfliktbereit' bekannten Jugendamtsleiter als ersten veranlaßte, sich der Lageeinschätzung der übri-

gen Herausgeber zu vergewissern. Wäre dem so, dann wären die Herausgeber der 'blätter' dem publizistischen Werbeeffekt der Lokalpresse aufgesessen statt selbst gegen derartige Schönfärberei zu Felde zu ziehen. Denn auch den Herausgebern dürfte aufgrund eigener Kenntnisse und Erfahrungen nicht verborgen geblieben sein, daß die Welt so heil nicht ist. Daß sich ähnliche Vorfälle auch in anderen Städten ereignen, kann hier nur wenig Trost versprechen: von sogenannten 'Polizei-Übergriffen' ist allenfalls in Leserspalten die Rede oder in zaghaft um Gegenöffentlichkeit bemühten 'Volkszeitungen' (z.B. 'Stadtblatt' in Bielefeld). Erst dann - wenn ein Konflikt zwischen Bürger und Polizei die Schwelle gerichtlicher Auseinandersetzung erreicht - erblickt er im Allgemeinen das Licht publizistisch verantworteter Öffentlichkeit. Daß die 'blätter' diese Praxis nicht mitverantworten möchten, qualifiziert sie.

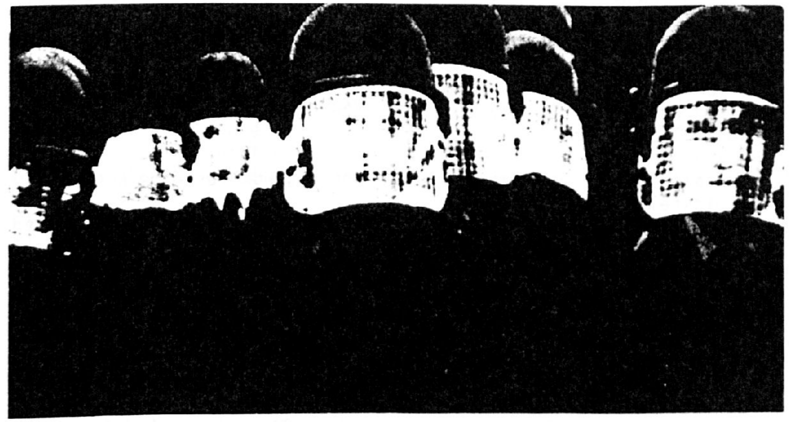
(4) Die sich am Beispiel der blätter-Zensur entfaltende Kritik publizistischer Polizei-Darstellungen trägt indes weit grundlegendere Züge eines politischen Verständnisses von Demokratie, Staat, Polizei und Presse. Zur Diskussion steht die Funktion der Polizei in einer Demokratie schlechthin. Nur eine Polizei, die sich in erster Linie als 'Repräsentant' eines Staates versteht, der von seinen Bürgern Respekt, Treue und Gehorsam verlangt, kann von Sorge um ihr Image in der Bevölkerung und um Anerkennung ernsthaft besorgt sein. Für die Polizei jedoch, die sich als Repräsentant einer Demokratie versteht, ist selbstverständlich, daß ihr Handeln stets gesellschaftlicher Kontrollen ausgesetzt ist und auch ausgesetzt sein muß. Polizei ist - in der Demokratie - im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat und totalitären Staat - kein der öffentlichen Kritik entzogener Bereich staatlichen Handelns. Die soziale Kontrolle der Polizei obliegt ohne Zweifel den einzelnen Bürgern ebenso wie ihren organisierten Vereinigungen; vor allem aber der Presse als Mittel der Information und Kommunikation. Wenn diese Presse jedoch ihrer Kontrollfunktion gegenüber dem Staat, und damit gegenüber der Polizei als einer zentralen Institution des Staates, nicht mehr in vollem Umfang nachkommt - aus welchem Grund auch immer -, dann ist es geradezu demokratische Pflicht, daß andere Organisationen oder Einzelpersonen diese Kontrollfunktion übernehmen. Diese soziale Kontrolle des öffentlichen Gewaltappaarats erhält ihre Legitimation weder durch 'Publikumwirksamkeit' noch durch Regeln der 'Schicklichkeit'; ihre Grenzen bestimmen einzig und allein Grundgesetz (Meinungsfreiheit/ Pressefreiheit) und Strafgesetzbuch (z.B. Verleumdung). Auf jeden Fall: die Institutionen des gesellschaftlichen Sicherheitsapparats müssen sich in einer Demokratie immer wieder neu legitimieren; polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit, die der Manipulation öffentlicher Meinung und Information Vorschub leistet, ist in ihrem Kern undemokratisch.

(5) Betrachtet man lediglich die Oberfläche des Geschehens, die öffentlich bekanntgewordenen Redaktionen der Herausgeber, dann scheint Heft 288 der 'blätter' lediglich gegen Vorstellungen vom guten 'Ton' journalistischen Verhaltens zu verstoßen. Selbst wenn dies die einzig wirklichkeitsgerechte Interpretation wäre, bleibt fraglich, ob 'Selbstzensur' eine angemessene Reaktion der Herausgeber ist. Abgesehen von durchaus praktikablen Alternativen (wie z.B. entsprechendes Vorwort der Herausgeber im selben Heft) stellt das Verbot der

Herausgabe eines druckfertigen Heftes nicht nur die proklamierte Unabhängigkeit der Redaktion in Zweifel, sondern auch das Vertrauen der Herausgeber in potentielle Mündigkeit der Leser und die 'Abwehrkraft' der Polizei (z.B. Recht auf Gegendarstellung; Klage wegen Verleumdung und Beleidigung). Stattdessen bleiben die Tatsachenbehauptungen der diskriminierten Artikel erstaunlicherweise unbestritten. Wenn die berichteten Tatsachen aber stimmen, wäre es dann nicht eher Aufgabe der Herausgeber gewesen, sich selbst kritisch damit auseinanderzusetzen statt die Redaktion der 'blätter' auf 'Schicklichkeit' in der Darstellung zu verpflichten? Schließlich zeigt sich die tatsächliche Funktion der Lokalpresse: nicht vom Fehlverhalten der Polizeibeamten ist dort die Rede, sondern nahezu ausschließlich vom Fehlverhalten derjenigen, die darüber in 'ungebührlicher' Form berichten. Man mag darüber streiten, ob Polizeibeamte mit vollem Namen genannt werden müssen, wenn ihr Verhalten zu kritisieren ist; denn - und das dürfte Redakteuren und Artikelschreibern der Blätter nicht verborgen geblieben sein - polizeiliches Handeln ist weniger persönlichkeitsbedingt als vielmehr rollenspezifisch zu sehen. Es ist die Berufsrolle des Polizeibeamten, seine Ausbildung und die an ihn gerichteten Erwartungen der Institution Polizei, die sein Handeln bestimmen. Es ist daher nicht die Person des konkreten einzelnen Beamten, gegen die sich die Kritik in erster Linie wenden kann. Andererseits - und dies sei nicht verkannt - ist der Polizei selbst - wenn es dem Zwecke ihrer Öffentlichkeitsarbeit dient - keineswegs der Gedanke fremd, ihr institutionelles Image durch die Persönlichkeit einzelner Beamter (mit Namen und persönlicher Lebensgeschichte) 'menschlicher' zu gestalten. Dies mag der Redaktion - wenn auch problematisch - als Vorbild gedient haben.

(6) Doch stellt sich die Frage, ob der Blick auf die Oberfläche des Geschehens ausreicht? Ob dem 'Fall der Blätter' nicht letztlich und im eigentlichen Kern Symptomcharakter zukommt, Symptomcharakter vor allem bezüglich der in den letzten Jahren verstärkt und bundesweit zu beobachtenden sozialen Neurose der 'Inneren Sicherheit'. Dabei sei zugestanden, daß den Akteuren selbst der Kontext ihres Handelns keineswegs bewußt gewesen sein muß. Immerhin: dem aufmerksamen Beobachter der politischen Szene kann nicht entgangen sein, daß Demokratie und Freiheit in der BRD allmählich in die Gefahr geraten, der 'Inneren Sicherheit' nachgeordnet zu werden. Es kann hier nicht darum gehen, diesen sich immer weiter aufschaukelnden Prozeß in seinen einzelnen Phasen nachzuzeichnen; es geht vielmehr darum, ihn überhaupt erst einmal in seinen konkreten Einzelereignissen zu erkennen, um ihn dort aufhalten zu können. Die Frage ist also, ob die Entscheidung der Herausgeber der 'blätter' unter dieser Perspektive als opportun zu bezeichnen ist. Die lokale Berichterstattung gibt hier zumindest zu ernsten Bedenken Anlaß. So fragt der Kommentator der 'Neuen Westfälischen' (27.5.77) bereits, ob die 'blätter' inzwischen auf der Seite derer ständen, denen die Freiheit so wenig gilt, daß sie sie auf Kosten anderer mißbrauchen; und das 'Westfalenblatt' (26.5.77) teilt seinen Lesern mit, daß es ja wohl kaum anders zu erwarten gewesen sei, daß nun auch die 'blätter' in die Kerbe der Linken und Linksradikalen schlügen, die nun - nach den Mordanschlägen bundesdeutscher Terroristen - Front machen gegen die Polizei; nur zwei Tage später ist im Kommentar der gleichen Lokalzeitung bereits vom 'Dschungel der Anarchiepropaganda und Hetze gegen die

Staatsorgane' die Rede, und: "Mit der Nummer 288 aber haben sich die 'blätter' in politisches Unkraut verwandelt, artverwandt mit den polithetzerischen Tiraden kommunistischer Flugblätter." Der Kommentator regt an, die Angemessenheit der jährlichen 20 000 Mark Zuschüsse 'angesichts derartiger Auswüchse' zu überprüfen. Daß die Herausgeber in der Lage waren, derartige Reaktionen vorauszusehen, muß unterstellt werden; ob sie sie tatsächlich vorausgesehen haben, ist indes zu bezweifeln. Denn welcher Herausgeber würde sich schon gern in die 'linke' Ecke stellen und schließlich den Geldhahn abdrehen lassen? Oder sollte das Verbot, die blätter auszuliefern, als Versuch anzusehen sein, seine eigene Haut zu retten. Es wäre doppelt schade. Nicht nur wegen der Blätter, der ältesten kulturkritischen Jugendzeitschrift, sondern auch wegen ihrer Leser und nicht zuletzt auch wegen der Demokratie in unserem Lande schlechthin.



Elisabeth Glücks, Münster

POLIZEIEINSATZ IN JUGENDWOHNGEMEINSCHAFT

Am 18.5.1977 wurde die Jugendwohngemeinschaft Klever Hof in Odenthal bei Köln von ca. 100 Polizeibeamten gestürmt. Grund: Ein anonymer Anrufer hatte behauptet, daß sich der gesuchte Christian Klar dort aufhalte. Bei dem Polizeieinsatz wurde ein Sachschaden von ca. 10 000.- DM angerichtet. Christian Klar wurde dort nicht gefunden.

Am 26.5.1977 berief der Jugendhof Odenthal eine Pressekonferenz im Gustav-Stresemann-Institut in Bergisch-Gladbach ein. Sie diente dem Ziel, den Berichten und Stellungnahmen der Polizei sowie der zunehmenden Diskriminierung des Jugendhofs und seiner Bewohner eine eigene Situationsschilderung entgegenzusetzen und eine breite Veröffentlichung der Ereignisse zu erreichen.
Anwesend auf der Pressekonferenz waren zahlreiche Vertreter von Tages- und Wochenzeitungen (FR, FAZ, Stern, dpa-Bild, örtliche Presse) sowie Teilnehmer eines internationalen Seminars aus dem Institut. Als Vertreter des Klever Hofes waren anwesend Peter Halberkann als Mitglied der Wohngemeinschaft sowie Hans Stendel als Mitglied des Trägervereins Kollektiv e.V. Außerdem nahm an der Pressekonferenz

der Atomwissenschaftler Dr. Klaus Traube teil, der dem Jugendhof seine Unterstützung zugesagt hatte. (Er hat mittlerweile in Konkret 7/77 einen engagierten Bericht geschrieben - d.Red.)
Ein Verantwortlicher der Wohngemeinschaft und Vorstandsmitglied, Heinz Faßbender, mußte infolge der psychischen Belastungen mit einem Kreislaufkollaps am Tage vor der Konferenz in ein Krankenhaus gebracht werden.

VERLAUF DER PRESSEKONFERENZ

Zunächst informierte Hans Stendel über die Entwicklung und Arbeit des Klever Hof: Das 300 Jahre alte Gehöft wird seit drei Jahren von Jugendlichen bewohnt, die in Eigenarbeit den total verfallenen Hof renovieren und inzwischen wieder bewohnbar gemacht hatten.
Die Jugendlichen befinden sich zum Teil in öffentlicher Erziehung, kamen aus Heimen oder von der Straße auf den Jugendhof.
Seit Bestehen der Jugendwohngemeinschaft, so wurde besonders betont, wurde keiner von den Bewohnern wieder straffällig.
Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen Jugendamt, Sozialamt wurde als positiv bewertet, Konflikte habe es bisher nur mit der Polizei gegeben.

Zum Vorfall selbst gaben die Sprecher des Jugendhofes eine ausführliche Darstellung:
Bereits am 16.5. war von Leuten aus der Umgebung festgestellt worden, daß der Jugendhof beobachtet wurde.
Am folgenden Tag, dem 17.5., konnten die Bewohner des Jugendhofes selbst diese Beobachtung machen.
Der eigentliche Polizeieinsatz von ca. 100 Polizisten (rd. 30 davon von sogenannten mobilen Einsatzkommandos) fand dann am 18.3. gegen 8.00 Uhr statt.
Die Bewohner wurden von den MEK's mit vorgehaltener Maschinenpistole aus den Betten geholt und mußten bei einer Temperatur von ca. 13-14° teils fast nackt auf Steinboden stehend ungefähr eine halbe Stunde ausharren. Ein behinderter Jugendlicher stürzte infolge der Behandlung der Polizeibeamten eine Treppe hinunter.
Auf Fragen nach einem Hausdurchsuchungsbefehl und dem Grund des Einsatzes wurde dem Mitbewohner Heinz Faßbender mit der Faust ins Gesicht geschlagen; später isolierte man ihn von den Jugendlichen, nachdem er versucht hatte, diese zu beruhigen ,denn damit hatte er das Redeverbot mißachtet.

Als schließlich Peter Halberkann als einer von rd. drei Bewohnern zu einer Ausweiskontrolle auf sein Zimmer geführt wurde, mußte dieser beim Betreten des Hauses feststellen, daß die gesamte Einrichtung inzwischen durcheinander gewirbelt worden und teilweise zerstört war.

Eine Gruppe von sieben Jugendlichen wurde dann zum Polizeirevier in Bergisch-Gladbach mitgenommen und dort nach Überprüfung der Personalien einfach vor die Tür gesetzt. Nach Odenthal zurück mußte man mit zwei Taxen, die aus der eigenen Tasche gezahlt werden durften.
Um 12.00 Uhr des gleichen Tages gab die Polizei eine erste Pressekonferenz; zum gleichen Zeitpunkt etwa konnten die Bewohner des Jugendhofes erst ihren Anwalt verständigen.

In den folgenden Tagen setzte eine Diffamierungskampagne gegen den Jugendhof und seine Bewohner ein; die Gemeinde Odenthal kündigte den Besuch einer Brandschutzkommission an, zuständige Behörden verwiesen immer wieder an übergeordnete und umgekehrt.

In der Sendung Radiothek am 24.5.1977, in der über den Vorfall berichtet wurde, äußerte der Polizeipräsident Hosse u.a. Vorwürfe, daß die Bewohner nicht gerade eine Ausweiskontrolle gefördert hätten, daß Heinz Faßbender von Beginn an auf Konfrontationskurs gegangen wäre. Außerdem wies der Polizeipräsident auf die besondere Baufälligkeit des Hauses hin! (Tonbandauszüge wurden auf der Pressekonferenz abgespielt). Nachdem sich bis dahin die zuständigen öffentlichen Stellen geweigert hatten, sich des Vorfalles und seiner Folgen anzunehmen, wurde am 25.5.77 plötzlich vom Dezernent für Schadensregulierung beim Regierungspräsidenten Köln eine Besichtigung vor Ort zugesichert.Der Schaden der Zerstörung wurde inzwischen von einem Gutachter auf ca. 17.000.-- DM beziffert. Noch nicht enthalten sind darin die Folgekosten sowie Schmerzensgelder.
Die Bewohner forderten angesichts dieser Entwicklung die öffentliche Entschuldigung des Polizeipräsidenten für die Diffamierungskampagne in dem Interview sowie für das, was die Polizei über das vertretbare Maß hinaus angerichtet hat. Der Anwalt des Vereins hat inzwischen Dienstaufsichtsbeschwerde beim Innenminister gestellt.

Bei der anschließenden Diskussion stellten sich weitere Eigentümlichkeiten heraus:

- von der Polizei war behauptet worden, nachdem man auf eine Nennung des Grundes für den Polizeieinsatz gedrängt hatte, daß der anonyme Anruf durch den Stern erfolgt sei. Dies wurde nachdrücklich von einem anwesenden Sternreporter dementiert.
- zur Zeit des Vorfalls war das Telefon außer Betrieb und nach dem Vorfall tauchten vielfältige Behinderungen des Telefonverkehrs auf: z.B. kam eine mit dem Hessischen Rundfunk verabredete Life-Sendung über Telefon trotz beiderseitigem Bemühen nicht zustande; sowohl beim Moderator der Sendung als auch auf dem Jugendhof ertönte immer wieder das Freizeichen, ohne daß jemand am anderen Ende den Hörer abnahm.

Was an diesem Vorfall erschreckend ist:

1. daß ein anonymer Hinweis genügt, um eine solche Einrichtung zu denunzieren und sie in ihrer Existenz schwer zu gefährden,
2. zeigt die Art und Weise des Polizeieinsatzes, wie schnell die Bewohner und Betreuer von solchen alternativen Einrichtungen im sozialen Arbeitsbereich zu Sympathisanten der Terroristenszene abgestempelt werden können.

Angesichts dessen, daß Einrichtungen wie Jugendwohngemeinschaften, Drogenberatungsstellen, Einrichtungen für ehemalige Strafgefangene u.ä. häufig dem 'braven Brüger' aber auch den Behörden ein Dorn im Auge sind und außerdem solch ein Einsatz nicht der erste dieser Art war (vgl. Georg-von-Rauch-Haus Berlin, Drogenberatungsstelle Aachen etc.), ist es notwendig, einer solchen Gefährdung alternativer Sozialarbeit geschlossen entgegenzutreten.

Da sich praktische Solidarität nicht nur in Worten niederschlagen kann und die WG Klever angesichts des angerichteten Schadens kurz-

fristiger finanzieller Unterstützung bedarf, rufen wir Bewohner, Betreuer, Mitglieder von Trägervereinen usw. zu einer Spendenaktion auf.

Die Unterstützungsaktion läuft über folgende Adresse:
Koordinierungsstelle f. Jugendwohngemeinschaften, c/o Elisabeth Glücks, Buldernweg 47, 4400 Münster, Postscheckkonto 1870 66-463 PschA Dortmund - Kennwort: Klever Hof

Wer sich direkt an den Jugendhof wenden möchte: Jugendhof, 5068 Odenthal-Klev, Tel.: 02202/79663.

(Elisabeth Glücks in Übereinstimmung mit den Bewohnern des Klever Hof)

DIE JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG IST NICHT TOT

Im April 1977 trafen sich in Frankfurt Vertreter regionaler Zusammenschlüsse von Jugendzentren zu einem Erfahrungsaustausch. Diese Zusammenschlüsse haben sich seit etwa 2 Jahren auf Kreis- und Regionalebene gebildet. Denn nur auf dieser Ebene ist eine ständige Kommunikation und gegenseitige Hilfe bei Aktionen usw. möglich.

In diesem Punkt ergab sich eine Auseinandersetzung mit dem Koob in Hagen, welches ebenfalls auf dem Treffen anwesend war. Das Hagener Büro versteht sich als zentraler Informationsverteiler und Anlaufstelle für Fragen aus Jugendzentren, sieht seine Aufgabe aber nicht darin, konkret regionale Zusammenschlüsse zu unterstützen. Dies konnte jedoch nicht ausdiskutiert werden, da die Vertreterinnen des Koob's frühzeitig abreisten.

Auf dem Treffen wurde beschlossen, bundesweit eine monatliche Wandzeitung herauszugeben. Sie wird von den regionalen Zusammenschlüssen gemeinsam erarbeitet und verteilt. Die Wandzeitung soll vor allem kurze Berichte aus der Jugendzentrumsbewegung enthalten. Außerdem sollten Termine von Seminaren, Treffen und Festen, die auch überregional interessant sind, sowie Besprechungen von Publikationen, Filmen und anderen Medien, die Jugendzentren betreffen, veröffentlicht werden. Die erste Ausgabe dieser Wandzeitung ist mittlerweile erschienen und kann über Tiedecke Heilmann (Adresse s.u.) bezogen werden.

Am 9. - 11. September findet im Bessunger Forst bei Darmstadt wieder ein Treffen statt. Regionale Zusammenschlüsse, die vom letzten Treffen nichts wußten, oder nicht kommen konnten, können Näheres bei Wolfgang Hätscher (Adresse s.u.) erfahren. Beim Septembertreffen soll u.a. auch die Erfahrungen mit der Wandzeitung diskutiert und evtl. eine neue hergestellt werden.

Des weiteren soll jetzt versucht werden,regionale Zusammenschlüsse dort zu fördern, wo es zwar einzelne Jugendzentren aber keine Zusammenarbeit gibt. Dabei muß sich die Struktur der Zusammenarbeit aus den Verhältnissen ergeben. Die bestehenden Dachverbände haben schon verschiedene Formen in ihrer Aktivität entwickelt: Seminare, Zeitungen, zentrale und dezentrale Treffen, Filmring, Büros usw.

KONTAKTADRESSEN REGIONALER ZUSAMMENSCHLÜSSE:

Koordinationsbüro der Jugendzentrumsinitiativen Schleswig Holstein
c/o Eckhard Marwitz, Stormarnstraße 14, 2070 Ahrensburg

JZ-Provinz Lüneburger Heide, c/o Tiedecke Heilmann, Haus Nr.25, 3141 Barnstedt

Koordinationsbüro für Jugendzentren u. Initiativen Ostwestfalen/ Lippe, c/o Harald Korten, Bielefelderstr. 321, 4900 Herford

Redaktionskollektiv für Jugendzentren Köln
c/o Ben Bausch, Königstraße 43, 5040 Brühl

Verband Saarländischer Jugendzentren in SV e.V., Feldmannstr. 92, 6600 Saarbrücken

Rems Murr Kreis
c/o Reinhard Witschel, August-Lämmle-Str. 56, 7064 Geradstetten

Dachverband für Karlsruhe Land
c/o Arnd Weidelich, Durlacher Allee, 7519 Walzbachtal

Jugendzentren in Unterfranken
Aktion Jugendhaus, Postfach 14, 6980 Wertheim

Franken-Hohenlohe-Kreis
c/o Rainer Moritz, Mühlenstraße 63, 6980 Wertheim

Dachverband Heidelberg
c/o Hannes Bauer, Seminarstraße 2, 6900 Heidelberg

DFG-VK Referat Jugendarbeit
c/o Erwin Eisenhardt, Goethestraße 16, 7352 Renningen

Koordinationsgruppe Jugendzentren Hessen
c/o Wolfgang Hätscher, Bergerstraße 142, 6000 Frankfurt

Flugblatt-Redaktion,Tübingen

DARMSTÄDTER ZENSUR AN DER FACHHOCHSCHULE

Die Entlassung zweier fortschrittlicher Dozenten und Änderung der Selbstverwaltungsordnung haben Studenten und Dozenten an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt in Gegensatz zu leitenden kommunalen und kirchlichen Gremien gebracht. In Darmstadt verstossen Vermittlung kritischer Lehrinhalte und Eintreten für die Rechte der Studenten gegen die 'evangelische Zielsetzung'.

Die Evangelische Fachhochschule Darmstadt (EFHD) ist 1971 von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) gegründet worden. Ausgebildet werden Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Religionspädagogen. Der Unterschied zu den staatlichen Fachhochschulen besteht vor allem aus der "evangelischen Zielsetzung". Was darunter zu verstehen ist, weiß an der Schule niemand so recht - sie ist nämlich

nicht eindeutig definiert -, klarer ist schon, auf welche Weise die Kirchenleitung der EKHN damit Hochschulpolitik betreibt.

Im Juni letzten Jahres sind nämlich zwei Dozenten der Schule mit der Begründung entlassen worden, sie hätten sich während eines Studentenstreiks illoyal gegenüber dem Rektorat verhalten, weil sie "Streikeskalationen" nicht in Solidarität mit dem Rektor verhindert hätten; das bedeute einen Verstoß gegen die verbindliche "evangelische Zielsetzung".
Das Arbeitsgericht Darmstadt erklärte beide Kündigungen am 2.12.76 für unwirksam. Obwohl das Kuratorium, das kirchliche Aufsichtsgremium der EFHD, in Berufung ging, konnten beide Dozenten im SS 77 aufgrund einer einstweiligen Verfügung wieder an die Schule kommen. Allerdings nur für sehr kurze Zeit, denn auch gegen diese Verfügung hat das Kuratorium Berufung eingelegt und ist beim Landesarbeitsgericht in Frankfurt/M. damit durchgekommen.

Was aber steht hinter diesem Konflikt?Die Entlassung gerade dieser beiden Dozenten muß andere Gründe haben als die im Prozeß verhandelten, denn die dort vorgetragenen "Vergehen" wurden jeweils von sechs bzw. acht Dozenten mitgetragen. Es ging um Unterschriften unter Protestbriefe und den Antrag auf eine einstweilige Verfügung, weil das Kuratorium im SS 76 die Wahlen von Rektor und Prorektor verhindert hat.
Im Kern des Konfliktes geht es wohl um zwei Punkte: Einmal um die Einschränkung der Selbständigkeit der EFHD durch Änderung der Selbstverwaltungsordnung (SVWO). Nach einer Änderung der SVWO im SS 77 - das war ein Grund für den damaligen Streik - ist es den Selbstverwaltungsorganen der Schule z.B. nicht mehr möglich, eine eigene Kandidatenliste für die Wahl von Rektor und Prorektor aufzustellen. Das wird in Zukunft vom Kuratorium gemacht. Die Organe der EFHD können nur noch Kandidaten für diese Liste vorschlagen. Neu ist auch die Möglichkeit des Kuratoriums, künftig bei nicht genehmem Wahlausgang einfach die Bestätigung der Wahl zu verweigern. Die Kirchenleitung hat angekündigt, weitere Vorschläge zur Änderung der SVWO zu machen.

Zum anderen geht es um die konkreten Lehrinhalte an der EFHD. Die Ausbildung der Sozialarbeiter/Sozialpäd./rel.-päd. soll grundlegend verändert werden. Ein wichtiger Hinweis dazu ist die Entschließung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände v. 14.9.76. Darin heißt es: "Die Städte, Gemeinden und Kreise erwarten von der Ausbildung an den Fachhochschulen, daß sie in ihren Zielen die verfassungsmäßige Ordnung und die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik achtet. In den Fachhochschulen muß auch vermieden werden, den Sozialarbeitern eine falsche Grundhaltung gegenüber kommunalen Dienstherren zu vermitteln. Wer in den Dienst einer kommunalen Gebietskörperschaft tritt, hat die Entscheidungen der kommunalen Organe zu achten und auszuführen. Es ist verfehlt, eine Grundhaltung zu vermitteln oder zu fördern, die die Zuständigkeiten der kommunalverfassungsrechtlichen Organe infrage stellt und dazu führt, daß offen gegen sie gewirkt wird. Fachhochschulen, die diese Notwendigkeit nicht beachten, laufen Gefahr, den beruflichen Erfolg ihrer Absolventen zu beeinträchtigen."
Gefordert wird also ein Sozialarbeiter, der sich nicht um die Ursachen und Hintergründe der Auffälligkeit seiner Klienten bemüht, son-

dern einer, der primär in Recht- und Verwaltungsfächern ausgebildet ist und als Koordinator staatlicher und kommunaler Verwaltungsmaßnahmen fungiert.

Das Diakonische Werk der EKHN hat sich dieser Entschließung angeschlossen und darüber hinaus auf eine verstärkte Ausbildung der Religionspädagogen in Theologie und Geschichte/Organisation der Diakonie gedrungen. Diese Tendenz läßt sich an den Kündigungen der beiden Dozenten belegen: Karl Friedrich hat in seinen Ökonomieveranstaltungen auch Einblicke in die marxistische Ökonomielehre erarbeitet. Der einzige Lehrbeauftragte, der jetzt noch an der Schule Ökonomieveranstaltungen gibt, kommt von der Industrie- und Handelskammer (IHK).
Ermuthe Spittler hat es in ihren Rechtsveranstaltungen - aufgrund ihrer sozialpädagogischen Ausbildung - verstanden, den Studenten einen Eindruck vom Spannungsverhältnis zwischen den rechtlichen Vorschriften einerseits, und den "berechtigten" Ansprüchen der Klienten andererseits, zu vermitteln. Für den verbleibenden Rechtsdozenten ist "Recht", was "Gesetz" ist. Bei Frau Spittler kommt "erschwerend" dazu, daß ihr bereits vor ca. zwei Jahren wegen kritischer Äußerungen mit Kündigung gedroht 'werden mußte'. Außerdem sind beide in der Gewerkschaft, Karl Friedrich war Sprecher der GEW-Gruppe an der Schule.

Im Prozeß wurden nicht die Lehrinhalte der Dozenten verhandelt. Vielmehr ging es um die Behauptung des Kuratoriums, die beiden Dozenten stünden im Widerspruch zur "evangelischen Zielsetzung". Dazu Originalton Urteilstext: "Zum anderen ist diese 'evangelische Zielsetzung' arbeitsvertraglich nicht in einer Weise konkretisiert, die eine diesbezügliche Überprüfung des Wegfalls der Vertrauensbasis durch das Gericht zuließe."

Der damalige Vorsitzende des Kuratoriums, Landrat a.D. Georg Kratz, hat sich angesichts dieses Urteils in der Darmstädter Lokalpresse hinreißen lassen, daß es in diesem Rechtsstreit leicht um die Existenz der Schule gehen könne, da das Kuratorium lieber die Schule aufgebe als seine Überzeugung "Die Kirche unterhält schließlich keine Schule, um das zu tun, was der Staat tut." (Darmstädter Echo v. 4.12.76)

Auf ähnliche Weise hat sich inzwischen auch der jetzige Vorsitzende Gasche geäußert. Bei einigen Gesprächen mit dem Kirchenpräsident bzw. dem Kuratorium sind in der Sache bisher nicht die geringsten Fortschritte erzielt worden. Die Studenten sind im Gegenteil durch falsche Aussagen und taktische Manöver hingehalten worden.
Um ihre Forderungen wirkungsvoll vorbringen zu können, sind die Studenten besonders auf die Solidarität der kirchlichen Öffentlichkeit angewiesen. Sie fordern die sofortige Weiterbeschäftigung von Karl Friedrich und Dr. Erdmuthe Spittler, freie gewerkschaftliche und politische Betätigung an der EFHD, Aufhebung der Berufsverbote sowie der Einschränkung der SVWO. Sie treten ein für eine verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat und wenden sich gegen eine Zensur der Lehrinhalte durch die "evangelische Zielsetzung".

Arbeitsausschuss des Sozialistischen Büros

RUSSELL–TRIBUNAL ÜBER DIE REPRESSION IN DER BRD

Nach einer langen phase der vorgespräche hat sich die betrand russell peace foundation entschlossen, die konkrete vorbereitung eines dritten internationalen russell-tribunals einzuleiten. Der arbeitsausschuß des sozialistischen büros begrüßt den entschluß der russell foundation, das tribunal einzusetzen und erklärt, daß das sozialistische büro die unabhängige arbeit des tribunals und seines sekretariats politisch und materiell unterstützen wird.

Die repression in der bundesrepublik, die auf die disziplinierung der lohnabhängigen zielt und auf die linke schlägt, zeigt sich in vielen offenen und verdeckten formen; denen nachgehen, die sich in einem gerichtlichen verfahren nachweisen lassen. Dies bedeutet die stärke und die beschränkung des russell-tribunals zugleich. Einerseits ermittelt es nach allgemein anerkannten und nachprüfbaren verfahrensregeln, andererseit kann es zentrale auswirkungen der repression wie einschüchterungen als massenwirkung und ihrer verheerenden folgen auf die wahrnehmung und durchsetzung demokratischer rechte nicht in die untersuchung mit einbeziehen. Gerade weil das tribunal in der form des ordentlichen gerichtsverfahrens arbeitet, kann es nicht zu einem forum politischer einschätzung und strategischer diskussion werden. Deshalb müssen das tribunal und das sekretariat völlige unabhängigkeit gegenüber allen politischen organisationen grundsätzlich bewahren.

Diese grenzen des tribunals sind von allen, die es unterstützen wollen, einzuhalten und zu respektieren. Das tribunal ist keine politische ersatzorganisation, sondern will demokratische rechte und freiheiten, die voraussetzung für entfaltung individueller emanzipation sowie politischer und gesellschaftlicher alternativen sind, sichern helfen. Mit dieser aufgabenstellung ist das tribunal nicht der vertreter von interessen einer oder weniger politischer richtungen und gruppierungen, sondern es greift die fundamentalen probleme all derjenigen auf, die für erhaltung und ausweitung demokratischer rechte auch in krisenzeiten eintreten. Das tribunal wird so zu einer radikaldemokratischen institution. Gerade weil wir als sozialisten den radikaldemokratischen anspruch eines solchen tribunals ernst nehmen, ist auch das sozialistische büro aufgefordert, den aufruf der russell foundation aufzugreifen, dem russell-tribunal nach den prinzipien einer pluralistischen unterstützung zuzuarbeiten, eigene vorschläge für die konkretisierung der thematik des tribunals zu unterbreiten und zugleich die unabhängigkeit des tribunals zu respektieren. Wir meinen, auch alle anderen demokratischen kräfte, alle radikaldemokraten - ob in betrieben oder in gewerkschaften, ob in schulen, hochschulen oder kirchen, ob in politischen, humanitären oder jugendorganisationen - sind aufgerufen, das russell-tribunal nach ihren möglichkeiten zu unterstützen,

in ihrem wirkungsbereich zu erläutern und zu vertreten.

Damit dies möglich ist, fordern wir das sekretariat des russell-tribunals auf, seine vorgehensweise und seine entscheidungen für alle transparent und damit erkennbar zu machen, damit fehlinterpretationen vermieden und verläßliche zusammenarbeit zwischen unterstützenden kräften und dem tribunal sowie seinem sekretariat erreicht werden.

Aus der aufgabenstellung des tribunals ergibt sich, daß es seine arbeitsbereiche nicht eng verstehen darf. Es muß durch seine untersuchung das ausmaß der politischen repression in der BRD im ganzen sichtbar machen, damit die menschen dieses landes und der europäischen nachbarländer erkennen, welche gefahren mit der repression in der BRD verbunden sind und daß nur entschlossener widerstand aller diesen gefahren begegnen kann.

Das ausmaß der repression läßt sich nicht allein aus der behandlung der berufsverbote im öffentlichen dienst erkennen. Die politische repression ist dabei, die gesamte verfassung zu einer verfassung der exekutive zu wandeln, einer verfassung der repression, die auch in den formal privaten organisationen ihre fortsetzung findet. Es muß unter anderem ermittelt werden:

- wie sich diese repressionsmechanismen mit den unvereinbarkeitsbeschlüssen in gewerkschaften, kirchen, privaten schulen usw. hineinverlängern.
- wie sich durch zusammenspiel von staatsorganen und privaten arbeitgebern die politische repression in betrieben und büros ausweitet;
- wie die staatlichen institutionen durch gesetze und rechtsverordnungen die meinungsfreiheit einschränken, die verteidigung politisch angeklagter behindern und kriminalisieren und politische gegner als kriminelle diffamieren;
- wie gefangene als menschen zerstört und ihre rechte mißachtet werden;
- wie durch ausweitung der zugriffsrechte der polizei, des bundesgrenzschutzes und privater schutztruppen die freiheitsrechte tendenziell aufgehoben werden;
- wie rechte von frauen, so bei abtreibungen und selbstorganisation in frauenzentren, repressiv eingeengt werden;
- und wie ausländische arbeiter durch gesetzgebung und praxis ihrer sozialen und politischen grundrechte beraubt werden.

Eine beschränkung des russell-tribunals etwa auf die berufsverbote hieße, nur eine eisscholle statt des eisberges sehen. Um den eisberg der gesamten politischen repression sichtbar werden zu lassen, rufen wir alle, die in den arbeitsfeldern, in den lokalen und projektgruppen des SB arbeiten, auf,

- das russell-tribunal über die repression in der BRD bekanntzumachen und seine unabhängige arbeitsweise zu erläutern;
- das tribunal mit den beweisunterlagen über politische repression und ihre auswirkungen aus ihrem bereich zu versorgen;
- durch sammlungen und spenden zur finanziellen sicherung des tribunals beizutragen;
- die ergebnisse des russell-tribunals in veranstaltungen, wo möglich und sinnvoll in zusammenarbeit mit anderen, öffentlich bekannt zu machen.

Für sozialisten ist die unterstützung des russel-tribunals nur ein teil ihrer arbeit gegen die repression. Daneben werden sie in ihren lebens- und arbeitsbereichen fortfahren, den zusammenhang zwischen repression und den reproduktionsmechanismen dieser gesellschaft anhand der dort gewonnen erfahrungen sichtbar zu machen und den widerstand gegen unterdrückung zu organisieren.

Hamburg, 25./26. Juni 1977

SB-SPENDENAUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DES RUSSELL-TRIBUNALS

Nachdem die bertrand russell peace foundation sich entschlossen hat, die konkrete vorbereitung eines dritten internationalen russell-tribunals einzuleiten, das die repression in der BRD zum gegenstand hat, muß neben der zuarbeit von material, neben der öffentlichen unterstützungsarbeit usw. vor allem auch sichergestellt werden, daß das tribunal nicht der gefahr ausgesetzt wird, daß es etwa aus finanziellen gründen scheitert.
Das sozialistische büro wird deshalb das ihm mögliche dazu beitragen, das sekretariat zur vorbereitung des dritten internationalen russell-tribunals sowie das tribunal selbst finanziell zu unterstützen. Nach einer vorläufigen schätzung, die das sekretariat bekanntgegeben hat, müssen zur finanzierung des russell-tribunals mindestens 200.000 dm aufgebracht werden. Bezahlt werden müssen u.a. die publizierung der materialien, eine intensive öffentlichkeitsarbeit, reisekosten für die international zusammengesetzte jury, auslagenersatz für zeugen und gutachter, saalmieten und nicht zuletzt bürokosten, telefon, porto usw. Das sozialistische büro hat - ganz im sinne des konzepts einer pluralistischen unterstützung für das russell-tribunal - ein sonderkonto "russell-tribunal" eingerichtet, dessen spendeneingang ausschließlich für das russell-tribunal sein sektretariat und die unterstützungsarbeit des SB für das russell-tribunal verwendet wird. Das SB ruft seine mitglieder und politischen anhänger auf, durch eine besonders große spendenbereitschaft zur finanziellen sicherung des tribunals beizutragen.
Spenden sind zu überweisen auf das SB-sonderkonto russell-tribunal bei bank für gemeinwirtschaft, niederlassung offenbach, konto nr. 17413263-12 (das postscheckkonto der bank lautet frankfurt nr. 172480-600).
Das sozialistische büro hat im vorgriff auf erwartete spenden bereits einen betrag von dm 5.000 an das sekretariat zur vorbereitung des russell-tribunals überwiesen, damit dieses, zusammen mit den spenden, die aus anderen demokratischen organisationen, vereinigungen usw. sowie von einzelnen aufgebracht wurden, in die lage versetzt werden konnte, seine arbeit aufzunehmen.

FÜR EINE INITIATIVE DES SB ZUR STÄRKUNG DES WIDERSTANDES GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Auf einer zentralen mitgliedertagung des bereichs betrieb und gewerkschaft im SB am 21./22. mai 1977 in kassel wurde ein vorschlag zur durchführung einer breiten, vom SB getragenen initiative gegen die arbeitslosigkeit und ihre folgen diskutiert und als antrag der arbeitsgruppentagung des SB zur gewerkschaftsfrage,die am 11./12. juni 1977 in frankfurt-harheim stattfand, vorgelegt. Dieser vorschlag einer initiative zur stärkung des widerstandes gegen die arbeitslosigkeit wurde in die diskussionen der ag-tagung aufgenommen und fand in frankfurt-harheim die grundsätzliche zustimmung der arbeitsgruppe sozialistisches büro. Inhalt und stoßrichtung einer derartigen, von den lokalen und regionalen gruppen, den arbeitskreisen betrieb und gewerkschaft und den arbeitsfeldern und projekten zu tragenden initiative, die u.a. auch in eine zentrale bzw. regionale großveranstaltung(en) münden könnte, konnten an diesem wochenende nicht ausführlich diskutiert werden. Es ist deshalb aufgabe des delegiertenrats des SB und der in dem antrag vorgesehenen vorbereitungstagung, baldmöglichst über die konkretisierung einer solchen SB-initiative gegen die arbeitslosigkeit die diskussion aufzunehmen und ein konzept zu erarbeiten, mit dem eine solche initiative in allen bereichen und auf allen ebenen unserer politischen arbeit praktisch in gang gesetzt wird. Der von der zentralen mitgliedertagung des bereichs betrieb und gewerkschaften entwickelte und von der arbeitsgruppentagung in frankfurt-harheim übernommene vorschlag hat folgenden wortlaut:

Seit einigen jahren steigen in den kapitalistischen industriestaaten die arbeitslosenzahlen. In der BRD liegt die zahl der arbeitslosen seit jahren über der millionengrenze. In wenigen jahren wird diese zahl wahrscheinlich auf mehrere millionen ansteigen. Betroffen sind nicht nur die bereits arbeitslosen, sondern auch die mit entlassungsdrohungen unter druck gesetzten beschäftigten und alle, die es - wie insbesondere schulabgänger und frauen - zunehmend schwerer haben, überhaupt noch einen zugang zum arbeitsmarkt zu finden. Im SB haben wir von dieser entwicklung bislang vorwiegend publizistisch kenntnis genommen. Praktisch aufgenommen haben wir diese frage bis heute nur unzureichend, obwohl sich gerade hier die tiefgreifenden veränderungen in den existenzbedingungen der westdeutschen arbeiterklasse besonders auffällig zeigen. Praktisch aufnehmen aber heißt, diese tendenzen nicht nur kommentierend zu begleiten oder resignativ festzustellen, daß das arbeitslosigkeitsproblem so lange unlösbar sein wird, wie es den kapitalismus gibt, sondern für hier und heute ansatzpunkte praktischen widerstandes gegen die arbeitslosigkeit und ihre folgen zu entwickeln.

Den widerstand gegen die arbeitslosigkeit zu einer praktischen politischen aufgabe zu machen, heißt einerseits, den widerstand gegen die in der BRD um sich greifende repression fortzusetzen, wie dies das SB mit der kampagne gegen politische und ökonomische unterdrückung und dem pfingstkongreß 1976 versucht hat. Andererseits aber geht es hier um eine form des widerstandes, für den besondere handlungsformen zu entwickeln sind und dem eine spezifische stoßrichtung zu geben ist.

In ihrer täglichen politischen praxis sind die genossinnen und genossen in betrieben und verwaltung in immer stärkerem maße gezwungen, das problem der rationalisierung und der damit einhergehenden entlassungsstrategien des kapitals aufzugreifen. Viele von uns sind selbst - sei es aus politischen gründen, sei es als opfer der anhaltenden rationalisierungswelle - von arbeitslosigkeit bedroht oder bereits betroffen. Angesichts derartiger entwicklungen geht vom bereich B & G die initiative aus, um im SB aufzufordern, dem widerstand gegen die arbeitslosigkeit eine praktische perspektive zu geben.

Die arbeitsgruppentagung am 11/12. juni 1977 sollte dazu dienen, nicht nur die frage sozialistischer gewerkschaftsarbeit zu diskutieren, sondern in diesem zusammenhang auch die politischen aktivitäten des SB für die nächste zeit schwerpunktmäßig auf ein uns alle betreffendes ziel zu richten: eine widerstandsstrategie gegen die arbeitslosigkeit und ihre folgen zu entwickeln und - so weit dies in unseren kräften steht - praktisch umzusetzen.

Der erste schritt sollte darin bestehen, eine vorbereitungstagung zur diskussion einer widerstandsstrategie gegen die arbeitslosigkeit durchzuführen. Auf dieser tagung sollten drei zentrale fragen diskutiert werden:

I. arbeitslosigkeit in der BRD - bestandsaufnahmen:
1. staatliche konzepte zur lösung der arbeitslosenfrage;
2. arbeitslosigkeit in der BRD im internationalen zusammenhang;
3. rationalisierungsstrategien in betrieb und verwaltung und mögliche widerstandsformen;
4. darstellung und kritik der gewerkschaftlichen konzeptionen zur lösung der arbeitslosenfrage;
5. spezifische formen der betroffenheit durch arbeitslosigkeit, die angesichts ihrer quantitativen und qualitativen bedeutung gesondert diskutiert werden müßten (angestellten-, frauen-, jugend-, ausländer-, akademiker- und dauerarbeitslosigkeit);
6. soziale und psychische auswirkungen von arbeitslosigkeit/abwehr- und widerstandsmöglichkeiten von arbeitslosen.

II. Praktische einwirkungsmöglichkeiten für das SB:
1. möglichkeiten der unterstützung betrieblicher abwehrkämpfe gegen rationalisierung und entlassungen;
2. möglichkeiten der entwicklung einer alternativen gewerkschaftsstrategie des widerstandes gegen die arbeitslosigkeit und ihre folgen;
3. unterstützung von widerstandsformen seitens der arbeitslosen;
4. ausbau des arbeitersolidaritätsfonds.

III. Zum weiteren vorgehen:
diese vortagung sollte dazu dienen, möglichkeiten und stoßrichtung praktischer aktivitäten des SB gegen die arbeitslosigkeit zu diskutieren. ausgehend von einer bestandsaufnahme bereits gemachter erfahrungen und laufender aktivitäten gegen die arbeitslosigkeit ist

die frage zu diskutieren, welche funktion eine breite initiative gegen die arbeitslosigkeit für die eigene praktische arbeit haben kann. Aktivitäten im rahmen dieser initiative sollten einerseit mit bereits existierenden praxisansätzen der arbeitsfelder und der lokalen gruppen verbunden sein, zum anderen aber auf eine möglichst breite und übergreifende öffentlichkeitswirksame mobilisierung zum widerstand gegen die arbeitslosigkeit ausgerichtet sein. Getragen werden sollen die aktivitäten von den lokalen,regionalen gruppen und den arbeitsfeldern. Die lokal, regional und in den arbeitsfeldern entwickelten aktivitäten sollten durch zentrale öffentlichkeitsorientierte aktivitäten gestärkt werden.

Aufgabe der vorbereitungstagung wäre es, die hier nur in der tendenz formulierte konzeption einer breiten initiative des SB zur unterstützung des widerstandes gegen die arbeitslosigkeit im hinblick auf ihre praktischen realisierungsmöglichkeiten zu konkretisieren.

KLEINANZEIGEN/MATERIALIEN

FILM/THEATER/KULTUR

- DIA-Tonbildschau "Zivildienst heute" behandelt die Situation des Zivildienstes in der BRD und informiert über Einsatzmöglichkeiten. Die Verleihgebühr beträgt DM 25.- und kann über Erwin Eisenhardt, Goethestr. 16, 7253 Renningen, Tel. 07159/8127 bezogen werden.
- Lieder aus dem Hotzenwald - "Salpetererlieder und Balladen aus dem 18.-20. Jahrhundert". Gegen Vorauszahlung von DM 20.- (Scheck) über die Salpeterer, Oberdorfstr. 29, 783 Emmendingen-Maleck zu beziehen.
- Lieder aus dem öffentlichen Dienst - alte und neue Lieder von Hans Helmut Decker-Voigt geschrieben und gesungen. Preis DM 19.-. Bezug: Thomas Verlag, Eugen Richter Str. 10, 4 Düsseldorf 30. Vereinbarungen über Auftritte in Jugendzentren, Clubs etc. mit anschliessender Diskussion ebenfalls über den Verlag.
- Neue Filme im Verlagsprogramm des Zentral-Film-Verleih z.B. "Wachsam Tag und Nacht" - Ein Film der IGM-Vertrauensleute der VFW-Fokker, Speyer, Dokumentarfilm, 16mm/45 min sw/Lichtton. Programm anfordern: ZFV, Karl Muck Platz 9, 2 Hamburg 36.
- Die politische Litographie im Kampf um die Pariser Kommune. Eine Ausstellung im Foyer vom Schauspiel Frankfurt bis zum 10.7. von 17.30-22.00 Eintritt frei. Führung für Schulklassen und Gruppen nach Vereinbarung. Tel. 0611/25 62 537.
- Rockgruppe Checkpoint Charlie mit ihrer neuen Rockrevue "Blutsturz", wer Informationen haben will, wende sich an: Joachim Krebs, Liegnitzerstr. 4a, 75 Karlsruhe/Waldstadt, Tel. 0721/684514.
- Wir brauchen Anschriften von Künstlern aller Art, Songgruppen, Bands, Kabarettisten, Polit-Clowns, Liedermachern, Chören, Interpreten, Theaterspielern und -gruppen, also alles, was der (politischen) Kommunikation dienstbar gemacht werden kann, ob Laien oder Profis. Dieses Verzeichnis wird vervielfältigt und allen, die uns dabei geholfen haben, zur Verfügung gestellt. Also schreibt Adresse, Telefonnummer, Was machen sie? Was kosten sie? Zuschriften an: Gruppe "Gegenkultur im SZ", Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1.
- Die erste Schallplatte von Schwulen "Mannstoll". Gegen Voreinsendung von DM 18.- über Brühwarm, Hoepen 10, 2 Hamburg 62, zu beziehen.
- Wir kämpfen um unser Leben - ein Film über die Unterdrückung und den Widerstand der Landarbeiter in den USA im heißen Sommer 1973; 60 Min/16 mm color. Verleih gegen eine Spende ab DM 100.- bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebenstr. 1, 1 Berlin 12.
- Anti-AKW-Theater und Liedermacher: a) "Ei was strahlt denn hier " - Theaterstück des Karl Napp-Chaos Theater c/o Frankfurter Kulturzentrum e.V., Maybachstr. 24, 6 Frankfurt, Tel. 0611/526768;
  b) Straßentheater der Nürnberger Kernkraftwerksgegner, Kontakt über Komm-Zeitung, Königstr. 93, 85 Nürnberg, Tel. 0911/223647;
  c) Lieder zu KKW und Umweltschutz von Jan Koneffke u.a., Kontakt über Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz, Frankfurterstr. 44, 61 Darmstadt, Tel. o6151/29 14 19 (17-19 Uhr).

● Dokumentation zum Lehrstückversuch "Die Ausnahme und die Regel" von Brecht.

In der Dokumentation gehen wir zunächst auf die Theaterkurse mit Lehrlingen ein, die wir seit Jahren durchführen, schildern, wie die Idee des Lehrstückprojektes entstanden ist und was wir uns davon erhofften. Im Hauptteil dokumentieren wir die einzelnen Arbeitsschritte der Inszenierung des Stückes. Es folgt eine Auswertung der Publikumsbefragung (Lehrlinge und Hauptschüler) nach Aufführungen im Januar. Am Ende steht eine theoretische Zwischenbilanz zur Frage, was kann man mit Brechts Lehrstücken und Lehrstücktheorie heute anfangen und wie geht man vor?

Die Dokumentation hat einen Umfang von ca. 150 Seiten und enthält einen großen Bildteil. Wenn Sie die Dokumentation erwerben möchten, überweisen Sie bitte DM 9.-- auf das Konto Berliner Bank 390 8620 800 BLZ 100 200 00 oder auf das Postscheckkonto Berlin West 653 06-100 des Wannseeheims und das Buch wird Ihnen zugestellt.
Wannseeheim f. Jugendarbeit, Hohenzollernstr. 14, 1 Berlin 39.

STELLENANGEBOTE/–SUCHE

● Wohnkollektiv für heim- und strafentlassene weibliche und männliche Jugendliche in München sucht ab 1.10.77 1 Erzieher oder Sozialarbeiter. Voraussetzung: Erfahrung in der Jugendarbeit und evtl. therapeutische Erfahrungen. Wohnkollektiv Öttlmairstr. 1, 8 München 83, Tel. o89/49 59 43

● Für eine fachübergreifende Praxisgemeinschaft in einer Großstadt am Rande des Ruhrgebiets suchen wir noch 1 Kinderarzt(in), 1 Allgemein-Mediziner(in), 1 Zahnmediziner(in). Anfragen unter Chiffre 7/16 an Sozialistisches Büro.

● "Haus der Offenen Tür" sucht Nachfolger/in für die hauptamtliche Stelle ab 1.9.77. Träger: Ev. Kirche. Arbeit läuft auf der Grundlage der Selbstverwaltung durch die Arbeiterjugendlichen (das geht!) Das HOT liegt im nördlichen Ruhrgebiet. Mitarbeiter: 1 ZDL, 3 Nebenamtliche, ab 1.1.78 eine Jahrespraktikantin, Team der Jugendlichen. Gesucht wird ein selbstbewußter, sensibler Mensch. (Soz. Päd./Arbeiter mit Anerkennungsjahr), der die Arbeit nicht nur als Job begreift. Er/sie kann aufbauen auf sehr vielseitigen Aktivitäten durch Jugendliche selber (Selbstverwaltung, Offene Arbeit, Theatergruppen, AGs, Elternarbeit, usw.). Anfragen unter Chiffre 9/20 an Redaktion Info Sozialarbeit.

● "Haus der Offenen Tür" sucht Nachfolger/in für die hauptamtliche Stelle ab 1.9.77. Träger: Ev. Kirche. Arbeit läuft auf der Grundlage der Selbstverwaltung durch die Arbeiterjugendlichen (das geht!). Das HOT liegt im nördlichen Ruhrgebiet. Mitarbeiter: 1 ZDL, 3 Nebenamtliche, ab 1.1.78 eine Jahrespraktikantin, Team der Jugendlichen. Gesucht wird ein selbstbewußter, sensibler Mensch (Soz. Päd./Arbeiter mit Anerkennungsjahr), der die Arbeit nicht nur als Job begreift. Er/Sie kann aufbauen auf sehr vielseitigen Aktivitäten durch Jugendliche selber (Selbstverwaltung, Offene Arbeit, Theatergruppen, AGs, Elternarbeit, usw.).
Anfragen unter Chiffre 17/1 an Info Sozialarbeit.

● Gesucht wird ein Sozialarbeiter/Sozialpädagoge oder ein arbeitsloser Lehrer für die Nichtseßhaftenarbeit in Bad Kreuznach. Anfragen unter o671/6158o

● In der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinde in Stuttgart ist die Stelle des Referenten im Bildungspolitischen Referat - Bereich Sozialisation - neu zu besetzen.
Voraussetzung: abgeschlossenes (Fach)hochschulstudium, nach Möglichkeit bereits in einer ESG mitgearbeitet haben und Erfahrungen in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung besitzen.
Bezahlung: analog BAT IIa
Bewerbungsfrist: 30. September 1977
Bewerbungen und nähere Informationen über die inhaltliche und organisatorische Arbeit: Evangelische Studentengemeinde, 7000 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29, Tel. 0711/281034-35.

● Wohnheim für Behinderte sucht ab sofort Zivildienstleistenden. Telefon: Frankfurt/504898.

● Erzieherin (24) sucht Stelle im RAum Rhein-Main, 5 Jahre Berufserfahrung mit Kinder-, Hort- und Schülergruppen, sowie Eltern- und Teamarbeit. Anfragen unter Chiffre 7/19 an Sozialistisches Büro.

● Berufsschullehrer (Pädagogik, Politik, Wirtschaft, Englisch und lange Arbeit in Juso-Schülerarbeit und Schülerselbstverwaltung) hat genug vom Erziehungskrieg, der Verrechtlichung, der Krankheit Schule. Was ich gerne machen würde: Jugend- u. Erwachsenenbildung, alternative Projekte, Sozialpädagogenausbildung, sozialistische Bildungsarbeit. NRW und Norddeutschland beverzugt. Wer weiß was - Hinweise unter Chiffre 7/20 an Sozialistisches Büro.

● Sozialpädagoge sucht im Raume Köln-Bonn-Aachen Stelle im Berufsanerkennungsjahr sofort oder Sept./Okt. Bevorzugt freie Initiative in der Kinder-, Jugend- oder Gemeinwesenarbeit.
Joachim Herder, Christian-Gau-Str. 17, 5 Köln 41.

● Suche im August/September eine Arbeitsmöglichkeit in einem (alternativen) Projekt im Ausland u.U. auch in der BRD. Wer weiß was? Hinweise unter Chiffre 7/22 an Sozialstisches Büro.

● Jugendclub in einem sozialen Brennpunkt in Frankfurt sucht zum 1.7.77 einen Zivildienstleistenden möglichst mit juristischer Vorbildung. Zuschriften unter Chiffre 6/16 an Sozialistisches Büro.

● Sozialarbeiterin sucht dringend Arbeit im Raum Osnabrück und Umgebung. Erfahrungen in offener Gruppenarbeit mit Kindern und im jugendfürsorgerischen Bereich. Barbara Kettler, Holtstr. 22, 45 Osnabrük.

● Soziapädagoge (29, verh., Elektriker, 4 J.Bw) sucht zum Frühjahr 1978 Stelle für das Berufspraktikum im Raum Nordeutschland in den Tätigkeitsbereichen Jugendwohngruppen - Jugendarbeit - Jugendamt. Claus Bleckwehl, Zabel-Krüger-Damm 52, 1 Berlin 28.

● Student, Erz.wiss., möchte längerfristig an einem linken (alternativen) Projekt (Sozialbereich, Buchhandel) in Groß- bzw. Univ.stadt mitarbeiten. Bin nicht ortsgebunden. - Wer kennt Materialien über Initiativen im sozialen Bereich? Zuschriften an: Gerhard Fleiner, Voglerstr. 27, 8700 Würzburg.

● Arbeitsgruppe möchte alternative Projekte der Jugendarbeit (Jugendarbeitslosigkeit, Suchtkranke) kennenlernen. Wir sind an Informationen und Einblick in die Praxis interessiert. Kontakt: Gerlinde Jonas Jahnstraße 54, 61 Darmstadt.

● Sozialpädagoge sucht Kontakt zu und Adresse von kleinen selbstverwalteten Heimen, Familien- oder Wohngruppen mit Kindern, Jugendlichen oder Behinderten (Raum Schleswig-Holstein/Niedersachsen/Großraum Hamburg), zwecks Informationsaustausch b.z.w. Mitarbeit: Ives Ratheau-Kuntze, 2000 Hamburg 76, Am Langenzug 8.

- Dipl.Sozialpädagogin mit therapeutischen Kenntnissen(1 Jahr Berufspraxis) sucht eine Stelle möglichst in einer Beratungseinrichtung im Rhein-Neckar-Gebiet. Jutta Steen, Elisabethstr.11, 68 Mannheim
- 2 Diplom-Pädagogik Studentinnen mit gerade bestandenem Vordiplom suchen lieber gemeinsam, oder auch getrennt ab Mitte Oktober 1977 eine halbjährige oder ganzjährige Praktikantinnenstelle im Raum Süddeutschland. Bisherige Praxis: 1 Jahr Kinderarbeit in einer Obdachlosensiedlung. Wir hätten gerne eine Arbeit in Jugendzentren, Stadtteilarbeit, Resozialisierungsbereich oder alternative Projekte. Zuschriften an: Ellen Krauser, Hauptwachstr. 4, 86 Bamberg.

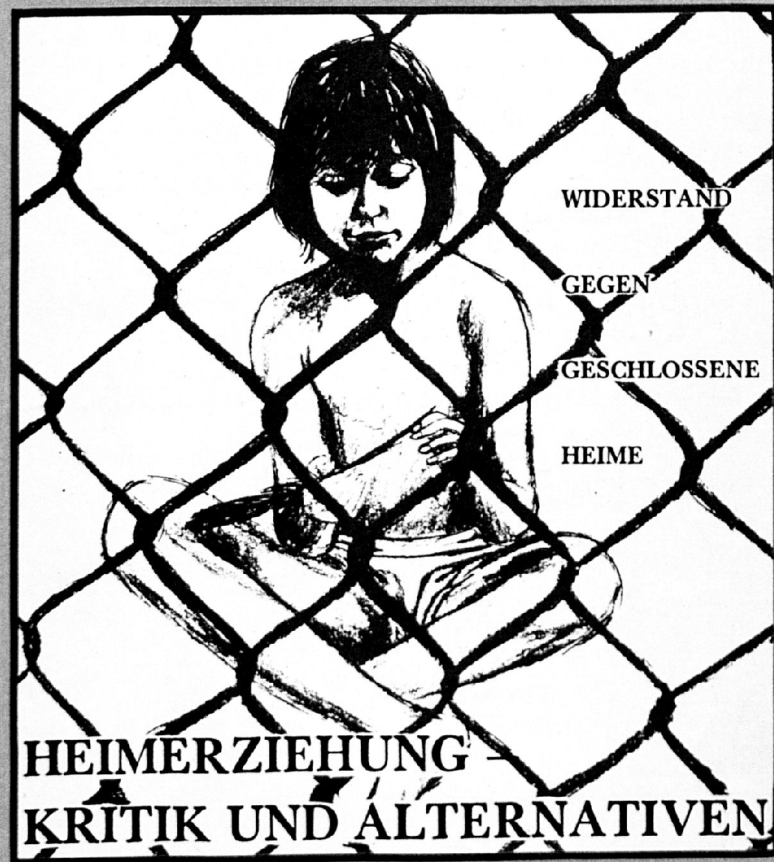
ARBEITS–/WOHN– UND FREIZEITKONTAKTE

- Wir haben auch am längerfristigen Zusammenleben Interesse. Wir sind bisher 4-5 Leute, die nach Abschluß des Studiums vorhaben, außerinstitutionelle Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit mit Landwirtschaft in Verbindung zu bringen. In unserer Altbauwohnung sind noch zwei Zimmer frei. Kontakt Christoph nach 19.oo Uhr 05309/5500.
- Holländer sucht für das Stdudienjahr 1977/78 ein Zimmer in Düsseldorf, vorzugsweise in einer Wohngemeinschaft. Harrie Mazeland, St. Annastr. 79, Nimwegen/Holland, Tel. 080 - 220483.
- Student, 23 J. sucht zum Spätsommer Platz in einer Wohngemeinschaft in Westberlin. G. Stanitzek, Herthastr. 17, 5 Köln 51.
- In einer Wohngemeinschaft (4 Erw./2 Ki) werden zum 1.8./1.9. 2 einhalbzimmer frei, Haus in Schwalbach bei Frankfurt, Nähe S-Bahn. Tel.: 06196/3840.
- Wer kann Strafgefangenen bei der Finanzierung einer Ausbildung über Fernkurse behilflich sein? H. Adolf Hammer, Limburger Str. 122, 6252 Diez.
- Wir, Soz.päd. (22w) und Stud. Germ/Phil. (24m) suchen Paar, welches mit uns im Raum Dortmund Wohngemeinschaft aufbauen möchte. R. Oshege, Oespeler Dorfstr. 3, 46 Dortmund 76.
- Wir, 2 Dipl.-Päds(26), suchen Leute im Raum MA/HD-auch mit Kindern-, die mit uns eine Wohngemeinschaft gründen wollen. Jutta/Rainer Steen Elisabethstr.11, 68 Mannheim. Telf. o621/4o 24 92

MATERIALIEN GESUCHT

- Thema: Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung. Unkosten werden erstattet. Klaus Kucharski, Wredestr. 2, 3 Hannover 0511/808578.
- Thema: Theorie- und Praxisberichte zur Obdachlosenarbeit Kindercentrum Riemekepark, Schulstr. 35, 479 Paderborn.
- Thema: Frauenwohnheime/Frauenhäuser Betinna Hinz-Dietrich, Rheinstr. 117, 62 Wiesbaden.
- Thema: Alternative Projekte im Bereich der psycho-sozialen Versorgung - Anne Sensmeyer, Babenend 5, 29 Oldenburg, Tel. 0441/681948.
- Repression an Schwule in der BRD und Material über die ehem. Rotzschwul - Rote Schwule Fraktion, Postfach 10 05 43, 42 Oberhausen 1.
- Kursbuch Nr. 22 und 25 Wolfgang Radtke, Schefflerstr. 23, 33 Braunschweig, Tel. 0531/692526.
- Thema: Frauenwohngemeinschaften.
- Thema: Einführung in die Arbeitsweise des Schülerreferats in einer 10. Klasse des Gymnasiums im Fach Englisch. Rolf Lappenbusch, Lemgoerstr. 77, 4937 Lage-Lippe, Tel.:05232/61708.
- Berichte, Dokumentationen, Flugblätter etc. zu Schülerstreiks Sigrid Meurer, Braker Str. 55, 48 Bielefeld 16.

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



Ausserdem: Selbstbestimmung und der Weg dorthin * Arbeit im Jugendzentrum * Der Fall Hans Roth *

18

Offenbach im November 1977
Doppelnummer - Preis DM 8,--